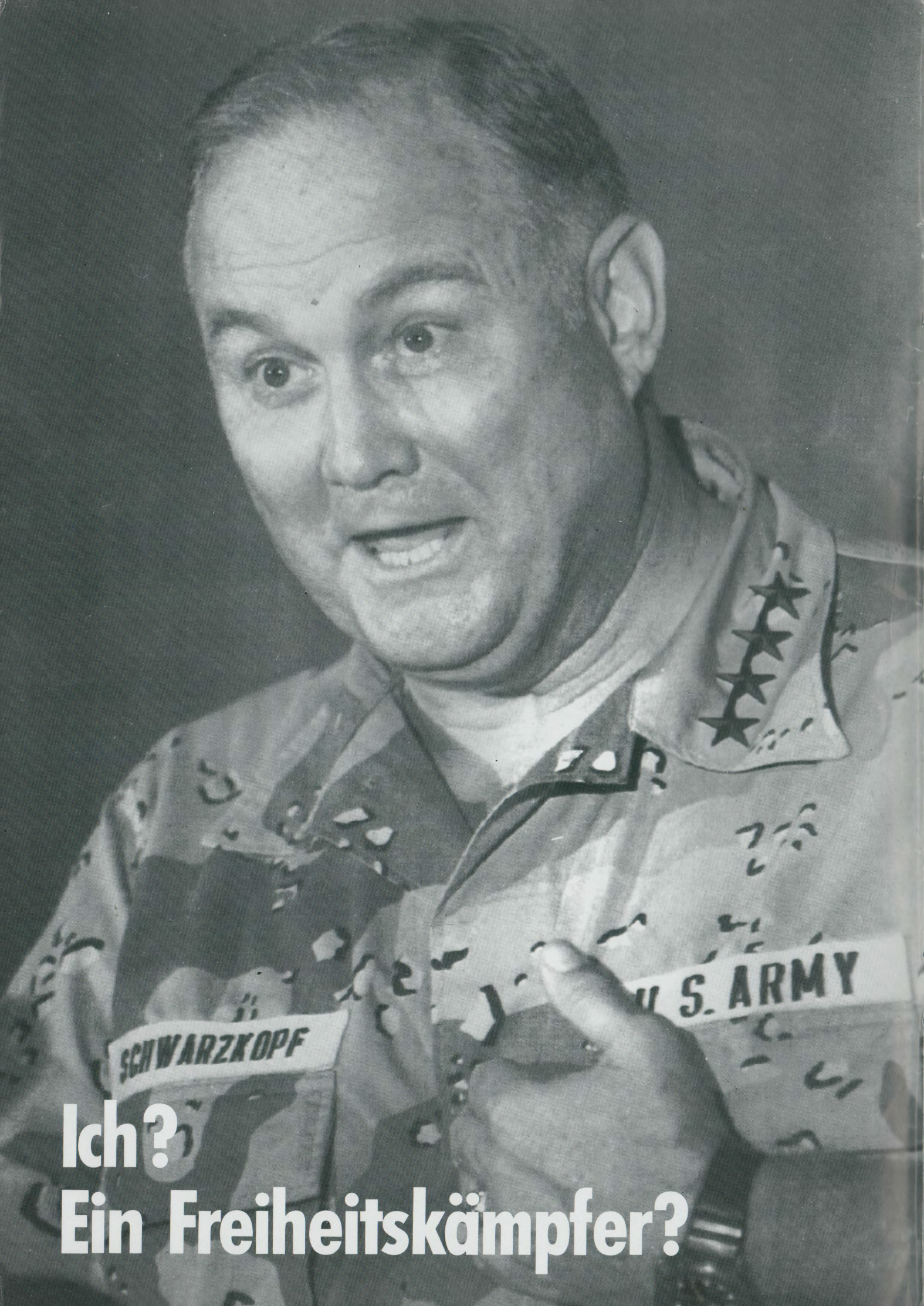
diskus

NR.1 FEB. 1991 40. Jahrg.

Frankfurter StudentInnenzeitung



Ich?
Ein Freiheitskämpfer?

editorial

Der *diskus* ist eine Vierteljahresschrift. Aufgrund des Magazinformats kommt eine relativ lange Produktionszeit (Satz, Lay-out, Druck, Binden) hinzu. Dies macht es unmöglich, aktuell Bericht zu erstatten.

Das Aktualitätsproblem betrifft den Frauenförderplan, der dem Konvent der Universität zum wiederholten Male zur Beschlußfassung vorgelegt worden ist. Über den Ausgang der Sitzung können wir nicht berichten.

Dieses Problem beeinflußte aber auch die Bearbeitung des Schwerpunktthemas „Krieg am Golf". Einerseits läßt sich ein solch einschneidendes Ereignis nicht einfach übergehen, als ein Thema unter vielen behandeln, andererseits ist einer sich täglich verändernden Lage mit einem Organ wie dem *diskus* nicht beizukommen. Deshalb haben wir uns mit schnellebigen Einschätzungen zurückgehalten, um den Blick auf längerfristige Entwicklungen zu lenken.

Der Krieg macht die unterschiedlichen Interessen und die scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Kontrahenten öffentlich und spitzt diese zu. Ein enormer Zündstoff ist auf beiden Seiten angehäuft. Es wäre völlig verkehrt anzunehmen, daß auch nur ein einziges Problem dieser Region durch diesen Krieg gelöst würde. Die Mächte, die nun gegen den Irak Krieg führen, haben dieses Land und diese Regierung noch bis vor kurzem zum Bollwerk gegen die befürchtete Ausbreitung der Islamischen Revolution, wie sie im Iran stattgefunden hatte, aufgebaut. Eine mögliche Reaktionsweise auf die Intervention der USA und ihrer Verbündeter ist eine Fundamentalisierung in der arabischen Welt, der Sturz repressiver weltlicher und das Entstehen neuer theokratischer Systeme. Nach westlicher Logik müßten diese erneut militärisch bekämpft werden. Bei der Beurteilung der unabsehbaren Konflikte gilt es, sich eine differenzierte Sicht zu bewahren und es nicht als Mangel zu empfinden, auf keiner der beiden Seiten stehen zu können. Das Entstehen einer relevanten Antikriegsbewegung ist ganz entscheidend daran gebunden, daß sie sich der Dichotomisierung in diesem Konflikt verweigert. Dennoch müssen die Gegner benannt werden: die Produzenten der Logik, die behauptet, daß solche Kriege unvermeidbar seien, mitsamt ihren Profiteuren.

Die einzelnen Beiträge, die wir für diese Ausgabe zusammengestellt haben, sind als Hintergrundinformation gedacht, umreißen aber auch unterschiedliche Ausgangspunkte, Sichtweisen und Positionen. Eine Diskussion an der Universität und darüber hinaus kann nur beginnen, wenn die Anzahl, Verschiedenheit und Vielschichtigkeit der angehäuften Konflikte erkannt und reflektiert wird.

Einen erheblichen Teil dieses Heftes verdanken wir dem bundesweiten Kongreß „Hochschule und Gesellschaft", den der AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt vom 18. bis 20. Januar veranstaltete. Unter dem Eindruck der aktuellen Ereignisse wurde das Programm kurzfristig geändert. Der Golfkrieg und die Perspektiven einer Antikriegsbewegung beherrschten die zentralen Debatten.

Die Redaktion des *diskus* hatte das Arbeitsforum „Das Modell ‚Gegenöffentlichkeit'" vorbereitet. Als uns die Nachricht vom Kriegsbeginn erreichte, schien es uns nicht mehr sinnvoll, theoretische Überlegungen zum Begriff der Öffentlichkeit sowie die historische Entwicklung der außerparlamentarischen Bewegungen der letzten zwanzig Jahre und ihrer Öffentlichkeitsformen zu diskutieren. Zu überwältigend ist die Rolle der Öffentlichkeit und ihrer Medien in dem beginnenden Krieg, als daß dies zu ignorieren oder mit schnellen Erklärungen zu verarbeiten gewesen wäre. Eine adäquate Auseinandersetzung hätte einer analytischen Anstrengung bedurft, die in zwei Tagen nicht zu leisten war. Trotzdem war und ist es notwendig, die Auswirkungen der offenen und hermetischen Zensur, die Wirkungsweise der zu beobachtenden spezifischen Form einer Herstellung manipulierter Öffentlichkeit zu diskutieren.

Die Freiheit der Presse erschöpft sich momentan im Eingeständnis ihrer Unfreiheit. Noch wo die Zensur ständig zugegeben wird, bahnt sich der zugerichtete Blick gewaltsam einen Weg ins Bewußtsein. Indem man nicht erfährt, was im Irak passiert, werden Handlungen von ihren Folgen abgetrennt. Mögliche Auswirkungen der Angriffe gelangen in Form von Spekulationen an die Öffentlichkeit, und das zu einem Zeitpunkt, da sie an Dauerbombardements bereits gewöhnt ist. Das Umgekehrte passiert im Falle Israels. Jeder Raketeneinschlag wird genau dokumentiert, Trümmer und Verletzte aus den Straßen Tel Avivs werden gezeigt. So verliert sich jede Relation, was die Auswirkungen auf die jeweilige Zivilbevölkerung angeht. Wird nach wenigen Tagen in den Schlagzeilen der — um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen: ohne jede Einschränkung zu verurteilende —fünfte Raketenangriff auf Israel gezählt, so erfährt man nebenbei auch, daß in der ersten Kriegswoche nach Armeeangaben über 15 000 Angriffe auf den Irak geflogen wurden. Ein erheblicher Teil davon bestand in Flächenbombardements. Wird im einen Fall technizistisch von „gelungenen Operationen" gesprochen, so werden im anderen Fall Gefühle mobilisiert. Die moralische Empörung soll von einer Antikriegshaltung in eine Unterstützung des Krieges zur Verteidigung Israels umgelenkt werden.

In zynischer Weise werden dabei Israel und die deutsche Vergangenheit instrumentalisiert. Das Bedrohungsgefühl der israelischen Bevölkerung resultiert entscheidend aus dem nicht für möglich gehaltenen, jedoch stattgefundenen Zivilisationsbruch im Nationalsozialismus: der Massenermordung europäischer Juden. Die Vernichtungsdrohungen aus den benachbarten Ländern (z. B. Rafsandschani, Iran, 25.1.91: „Die Zeit ist noch nicht gekommen. Es sind noch zu viele Feinde in der Region".) müssen vor dem Hintergrund dieser Erfahrung ernst genommen werden. Der einzige Schutz scheint daher ein abgeschotteter und hochgerüsteter israelischer Staat zu sein, der historisch zum ersten Mal die Möglichkeit kollektiver Selbstverteidigung bietet. Und doch wird dadurch das Problem fortgeschrieben. Die Kehrseite der israelischen Regierungspolitik ist nicht nur die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts der palästinensischen Bevölkerung. Diese Unterdrückung dient auch wechselnden arabisch-nationalistischen oder fundamentalistischen Führern mit

Foto: ap

Großmachtsphantasien immer wieder als Legitimationsfassade, um für die eigene aggressive Politik die Massen hinter sich zu bringen.

Die Solidarität mit Israel, die nun aus nahezu der gesamten politischen Klasse der BRD heraustönt, ist geheuchelt. Gegen den Protest der israelischen Regierungen wurde der gesamte arabische Raum mit deutschen Waffen bestückt. Für das Geschichtsverständnis der führenden Repräsentanten der BRD und ihre intellektuelle Mandarine stehen noch immer Bitburg und der sogenannte Historikerstreit. Das Gedankenspiel, in der nationalsozialistischen Vergangenheit und den ungebremsten Rüstungsexporten der Gegenwart die Legitimation eines Bundeswehreinsatzes zu suchen, ist atemberaubend.

Der Ausgang des öffentlichen Wettstreits ist unklar. Die durch permanente Fernsehdiskussionen suggerierte demokratische Kultur hat die strikte Zensur zur Grundlage. Gerade die Unsicherheit darüber, was im Kriegsgebiet passiert, lähmt eine öffentliche Diskussion. In einer Welt, in der keiner einzigen Nachricht Glauben geschenkt werden kann, und dies auch öffentlich propagiert wird, versagt notwendigerweise das Modell „Gegenöffentlichkeit".

Die Monotonie der technizistischen Darstellungsweise der Angriffe auf den Irak und der Versuch einer Umlenkung der moralischen Empörung haben zum Abflauen der anfänglichen spontanen Proteste beigetragen. Doch ist es der anderen Seite noch nicht in ausreichendem Maße gelungen, die moralische Empörung in politische Handlungen zu überführen.

In Frankfurt versuchten von Uni- und FH-ASten, Stadtschülerrat und autonomen Gruppen, Demonstrationsziele zu formulieren, die die Verknüpfung der bundesrepublikanischen Gesellschaft in weltweite Kriege und Krisen beispielhaft aufzeigen konnten. Die Frankfurter Börse wurde als Spiegel weltweiter Kriegsgewinne blockiert, als Symbol der ökonomischen Verfaßtheit der Metropolen. Am Ordnungsamt, das die Ausländerbehörde beherbergt, sollte gegen die verschärfte Asylpolitik und Abschiebungspraxis protestiert werden. Denn die Fluchtbewegungen aus der Dritten Welt sind auch im aktuellen Konflikt als Reaktion auf die Durchsetzung ökonomischer und politischer Interessen des Nordens — Unterstützung repressiver Systeme, Fluß des Reichtums vom Süden in den Norden etc. —erkennbar. In einer vorläufig letzten Aktion ist eine Kundgebung vor der Firma VDO, die unter anderem Armaturen für die Alpha-Jets der Bundeswehr herstellt, abgehalten worden, um die Produktion von Rüstungsgütern an einem herausgegriffenen Beispiel zu kritisieren.

Diese Protestformen wurden von einer breiteren Friedensbewegung nicht aufgegriffen und unterstützt. So kam es, daß die Polizei vor dem Ordnungsamt ein Drittel der völlig friedlichen Versammlung festnehmen konnte. Die Internierung von 114 Demonstranten, darunter befand sich die halbe *diskus*-Redaktion, stellt für Frankfurt eine neue Qualität dar. Liberale Presse und Politiker waren zwar empört über die vorübergehende Abschaffung der Versammlungsfreiheit, selbst grüne Kriegsgegner zeigten jedoch kein Verständnis dafür, „abstrakt gegen das Ordnungsamt zu demonstrieren". Genau darin liegt das Problem. Auf reale Verhältnisse und Zusammenhänge hinzuweisen, erscheint schon als Überforderung derjenigen, die in ihrer Alltagspraxis all das zulassen, worüber sie sich nachher lauthals beklagen. Solange Produktion wie Verwaltung nicht mit dem Anspruch auf Veränderung konkret kritisiert werden, dient jede moralische Entrüstung bloß dem guten Gewissen. Man produziert den Schein von Liberalität: ein bißchen Demonstrieren gegen den Krieg, ein bißchen Demonstrieren für die Versammlungsfreiheit, aber ansonsten hält man's im Sinne der Pressemitteilung der Ordnungskräfte: „Die Frankfurter Polizei gewährleistet für die Bürger einen Zustand der Normalität in dieser Stadt".

Die Normalität wird nicht nur mit aller Macht erzeugt, sondern ist vom allergrößten Teil der Bevölkerung auch erwünscht. Sie kann nur solange bestehen, wie wir uns einreden lassen, der Zustand, in dem wir leben, wäre tatsächlich „normal" (und zwar in seinem zweiten Sinne, nämlich den allgemeinen Normen zu entsprechen, auf denen —neben der Gewährleistung der gesellschaftlichen Reproduktion — die Legitimation der bürgerlichen Gesellschaft beruht, auch wenn sie sie nicht einhält). So mußte der Vietnamkrieg aufgrund des Drucks einer Öffentlichkeit, die die Flächenbombardements auf vietnamesische Dörfer nicht mehr ertragen konnte, beendet werden. Dieser Gefahr soll nun durch die sinnliche Abriegelung gegenüber dem tatsächlichen Kriegsgeschehen, dem Auseinanderreißen von Handlungen und den daraus resultierenden Folgen, vorgebeugt werden. Der Aufrechterhaltung von Normalität kann nur durch eine Praxis der Nicht-Normalität begegnet werden.

Über den Golfkrieg soll anderes nicht vergessen werden. Raul Hilbergs Standardwerk „Die Vernichtung der europäischen Juden", das die Veröffentlichungsprobleme so einiger Werke über den Massenmord teilte, ist erst seit Ende letzten Jahres, 29 (!) Jahre nach der amerikanischen Erstveröffentlichung, in einer erschwinglichen Taschenbuchausgabe erhältlich. Auch das sagt einiges über die bundesrepublikanische Öffentlichkeit aus. Darum möchten wir ausdrücklich auf Stefan Bundschuhs Beitrag und sein Interview mit Hilberg hinzuweisen.

Auch setzen wir in diesem Heft die Rassismusdebatte (Jost Müller, 2/1990, Etienne Balibar 4/1990) mit einem Artikel von Detlev Claussen fort.

die redaktion
(26.1.1991)

impressum:

diskus
Frankfurter StudentInnenzeitung
Heft 1, Februar 1991

Anschrift:
diskus
Jügelstraße 1
(StudentInnenhaus)
6000 Frankfurt/M. 1

Tel.: 069/798-3188

HerausgeberInnen: Tim Darmstädter, Andreas Fanizadeh, Dagmar Ganßloser, Michael Hintz, Katharina Pühl.
Redaktionelle Mitarbeit: Rembert Baumann, Raymund Burghardt, Bernd Eichhorn, Gerhard Fischer, Christoph Kind, Birgit Michalek.

Erscheinungsweise: vierteljährlich (zweimal pro Semester)
Satz: CARO-Satz/Wolfgang Röckel
Druck: CARO-Druck, Frankfurt/M.
Titelmontage: Henry Rapior

Auflage: 10000

Redaktionsschluß für den nächsten diskus ist der 15. April 1991. Wir planen ein Heft mit dem Schwerpunkt Geschlechterverhältnis.

Öffentliche Redaktionssitzung (Raum 106, StudentInnenhaus, I. Stock) jeweils mittwochs 20.30 bis 22.00 Uhr.

Bürozeiten: Dienstags von 10 bis 13 Uhr und mittwochs von 14 bis 17 Uhr.

Wir freuen uns über unverlangt eingesandte Manuskripte, können jedoch weder für sie haften noch in jedem Fall Korrespondenz führen. Die Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn ihnen entsprechendes Porto beiliegt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

inhalt

Imperialismus 6
Europa und die USA am Golf

Internationalismus 9
Mißglückte Befreiung

Israelische Opposition 12
Palästina und Saddam

Kurdistan 14
zwischen allen Fronten

Die alte Weltordnung 18
und ihre neueste Krise

Rent-a-cop 28
Weltsöldner USA

Durchbrecht die Normalität! 31
Ein autonomer Redebeitrag

Uni-Frankfurt 35
Frauenförderplan – Letzte Runde

DDR-Unis 38
Die »»Abwicklung««

Uni-Mediziner 41
entsorgen lästige Leichenteile

Nationalsozialismus 44
Die Vernichtung der europäischen Juden

Interview 50
mit Raul Hilberg

Rassismus-Debatte 54
Zu Etienne Balibar und Immanuel Wallerstein

»Tausendundeine Nacht« 56
Europäische Legenden über den Islam

Erzählung 59
Mohammed Mrabet,»»Das Licht««

Vom Imperialismus zum „Postimperialismus"?

Als mit dem Angriff der USA und der alliierten Streitkräfte auf den Irak in der Nacht zum 17. Januar der Golfkrieg begann, wurde evident, daß der Kongreß „Hochschule und Gesellschaft" den der AStA der Frankfurter Universität vorbereitet hatte, vom 18.-20. Januar nicht in der geplanten Form stattfinden konnte. Dennoch wollte man das Forum nutzen, um sich durch eine intellektuelle und politische Diskussion über die anstehenden Konflikte zu verständigen, aktuelle Ereignisse zu reflektieren und den Protest gegen den Krieg nicht nur unmittelbar durch die Präsenz auf der Straße auszudrücken. In diesem Sinne mußte das Programm innerhalb zweier Tage völlig verändert werden. Nicht mehr die Rolle der Hochschulen in der Wissensproduktion der Gesellschaft einerseits und als möglicher Ort kritischer Theoriebildung andererseits sollte Gegenstand der Debatte auf der Eröffnungsveranstaltung des Kongresses sein, sondern der Golfkrieg aus mehreren Perspektiven thematisiert werden. Es wurde versucht, die Konfliktlage einmal aus den inneren Zusammenhängen der arabischen Welt heraus (Ahmad Taheri Cherifa Magdi, Akram), zum anderen aus der Perspektive der Metropolen (Eckehard Krippendorf, Joachim Hirsch) zu begreifen. Dabei war es wesentlich, sich über politische Gegenstrategien klar zu werden.

Wir möchten aus der Debatte einen Beitrag von Joachim Hirsch veröffentlichen, den er nicht vorbereitet, sondern während der Diskussion entwickelt hat. Er verbindet die Analyse der Konkurrenzverhältnisse der Ersten zur Dritten Welt mit der Forderung nach einer Politisierung und Zielgerichtetheit der Protestbewegung. Ein schriftlich ausgearbeiteter Beitrag von Joachim Hirsch wird in der Februar-Ausgabe der Zeitschrift *links* erscheinen.

Es ist sicher ganz wichtig, jetzt auf die Straße zu gehen und massiv zu demonstrieren. Aber gerade in so einer Situation braucht man auch klare Situationsdeutungen. Es kommt darauf an, zu wissen, warum dieser Krieg geführt wird, wer eigentlich der Adressat unserer Proteste ist und welche unsere Forderungen sind. Diesbezüglich herrscht derzeit in der Protestbewegung mehr Verwirrung, als es auf den ersten Blick scheinen mag. Hinter der gemeinsamen Forderung nach Beendigung des Krieges verbergen sich durchaus unterschiedliche politische Einschätzungen und Positionen. Die Stellungnahmen hier auf dem Podium haben dies noch einmal ganz deutlich gemacht. Gerade in einer Versammlung hier in der Universität sollten wir uns darüber Gedanken machen.

Vielleicht genügt der Hinweis auf ein paar Widersprüche. Wer eigentlich ist unser Gegner? Immerhin ist es doch der irakische Diktator, der Kuwait überfallen und damit den Konflikt ausgelöst hat, ein Vorgehen, das nun in der Tat in keiner Weise gebilligt werden kann. Greifen die USA im Golf an? Formell handeln sie im Auftrag der UN-Weltorganisation und mit der Unterstützung des größten Teils der Staaten dieser Welt. Erklärtes Ziel ist es, die irakische Aggression rückgängig zu machen und das Völkerrecht zu wahren. Aber zugleich wissen wir, daß die USA keine Spur von Legitimation haben, sich zum Wahrer von Frieden und Recht aufzuschwingen. Gerade auch ihre Geschichte ist eine Kette von Völkerrechtsverletzungen und Gewaltakten nach innen und außen, bis in die jüngste Zeit. Und um UN-Resolutionen haben sie sich bisher recht wenig gekümmert. Dann gibt es in

diesem Spiel noch ganz zwielichtige Akteure wie die Bundesrepublik, deren Politiker Krokodilstränen über den Krieg vergießen, aber nichts getan haben, um ihn zu verhindern und ihn jetzt ganz massiv unterstützen. Allerdings recht vornehm aus dem Hintergrund. Die Szene ist also eingermaßen verwirrend, und deshalb sollte mal versucht werden, den Konflikt im Kontext zu sehen.

Und dieser Kontext ist ein globaler und ein historischer. Ich denke, daß man überhaupt nicht mit der Frage fertig wird, wie man sich zu den Ereignissen in Kuwait und Irak stellen soll, wenn man sie nur aus der aktuellen Situation des Jahres 1990/91 und dem unmittelbaren Konfliktgeschehen heraus zu beantworten versucht.

Wenn man diesen globalen und historischen Zusammenhang beurteilen will, dann kommt man um einen Begriff nicht herum, der in letzter Zeit in der linken Szene etwas in Mißkredit gekommen war, und das ist der Begriff des Imperialismus. Nun ist es allerdings so, daß der damit bezeichnete globale Ausbeutungs- und Herrschaftszusammenhang zwischen den kapitalistisch entwickelten Metropolen und ihrer abhängigen Peripherie einigermaßen komplizierte Strukturen aufweist und vor allem sehr starken historischen Veränderungen unterworfen ist. Es ist jedenfalls fatal, wenn der Imperialismusbegriff als abstrakte Schablone verwendet wird. Dies führt zu ebenso simplifizierten wie falschen Erklärungen. Zur Unterscheidung von Gut und Böse, Recht und Unrecht taugt er jedenfalls nur bedingt. Selten wie jetzt gerade war so deutlich, wie wenig das geht.

Nicht jeder, der sich mit der imperialistischen Großmacht USA anlegt, ist deshalb schon antiimperialistisch. Wir müssen verstehen, daß der Krieg am Golf ein imperialistischer Krieg ist, bei dem es im Kern um die Kontrolle einer strategisch wichtigen Weltregion geht. Aber gleichzeitig ist die aggressive Militärmacht Irak, gegen die sich die Intervention richtet, selbst ein Produkt imperialistischer Strategien. Der Irak wurde von den Westmächten und der Sowjetunion **nach** dem Sturz des Schahregimes gemeinsam als Gegengewicht gegen den Iran und als regionale Kontrollmacht politisch gestützt und militärisch aufgerüstet. Er war ein Verbündeter der Mächte, die jetzt im Krieg mit ihm stehen, und dies ganz ungeachtet der Tatsache, daß er schon damals ein aggressives und menschenverachtendes Terrorregime war. Im Iran-Irak-Krieg war von Demokratie und Menschenrecht jedenfalls bei denen keine Rede, die sich jetzt damit aufplustern. Kurzum: der Zauberlehrling hat sich mit seinen Schöpfern angelegt, weil er — was absehbar gewesen war — zur Gefahr für ihre eigenen Interessen wurde. Dies alles macht moralische Optionen etwas schwierig.

Festgehalten werden muß aber daran, daß eine entscheidende Ursache des heutigen Konflikts im Nahen Osten in den schon lange anhaltenden Bemühungen rivalisierender kapitalistischer Metropolen liegt, die für sie interessanten Teile der Peripherie unter ihrer Verfügung und Kontrolle zu halten. Es geht in der Tat um mehr als um „billiges Öl". Es geht um die Sicherung globaler Einfluß- und Kontrollzonen. Hier liegt die Wurzel der Geschichte. Der Nahe Osten ist, seitdem Erdöl eine entscheidende Rolle in der Reproduktion der kapitalistischen Metropolen spielt, ein bevorzugtes Kontroll- und Interventionsobjekt *aller* imperialistischen Mächte gewesen und die deswegen geführten Interventionen und Kriege sind kaum mehr zu zählen. Diese Interventions- und Kontrollpolitik hat sehr wesentlich die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse in dieser Region geprägt, die nun in der Tat unseren Vorstellungen von Vernunft und Demokratie nur wenig entsprechen. Sicher gibt es bedeutsame kulturelle Unterschiede zwischen dem Westen und dem Orient, aber das entscheidende Problem ist der Imperialismus und Kolonialismus. Die koloniale Deformation der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in dieser Region macht es auch sehr schwierig, sich umstandslos mit den dortigen Oppositionsbewegungen zu solidarisieren.

Der Vorwurf des Anti-Amerikanismus, der der Protestbewegung immer stärker entgegengehalten wird, sollte ernst genommen werden, selbst wenn die dahinterstehenden Motive mehr als durchsichtig sind. Um was es allerdings geht, ist nicht eine Kritik an „den" oder gar einen Kampf gegen „die" USA und schon gar nicht gegen die zu einem großen Teil aus den armen und rassistisch unterdrückten Schichten dieses Landes kommenden Soldaten, die dort in den Tod geschickt werden. Die Kritik richtet sich klar gegen den militärisch-industriellen Komplex, der dieses Land beherrscht und der zugleich ein Teil der metropolitanen Machtoligarchie insgesamt ist. Ohne die Kritik an einem ökonomischen Weltsystem, dessen militärisch dominierende Macht die USA nun halt mal sind, lässt sich weder der Konflikt begreifen, noch der Protest gegen den Krieg begründen. Der „Anti-Amerikanismus"Vorwurf dient vor allem dazu, davon abzulenken. Das bedeutet aber zugleich, daß es gewiß nicht nur um die USA geht.

Welche Rolle spielen nun eigentlich die europäischen Staaten und insbesondere die Bundesrepublik in diesem Krieg? Die westeuropäischen Staaten haben zunächst auf Sanktionen und Verhandlungen gesetzt, um schließlich dann doch ganz offen in den Krieg einzutreten. Sie haben zunächst gezögert, aber dann doch mit den USA gemeinsame Sache gemacht. Aber sie sind beileibe keine Satelliten der Amerikaner, sondern verfolgen durchaus eigene Interessen. Hintergrund dafür ist, daß das imperialistische Weltsystem in den letzten Jahren eine neue Struktur angenommen hat. Ihre wesentlichen Dimensionen sind der Zusammenbruch der Sowjetunion und die veränderten ökonomischen Kräfteverhältnisse innerhalb des Systems der kapitalistischen Metropolen. Seit die Sowjetunion von inneren Krisen geschüttelt ist und als Großmacht kaum mehr international interventionsfähig ist, entwickeln sich die imperialistischen Auseinandersetzungen anders. Der Ost-West-Konflikt, der ein militärisches Eingreifen der Großmächte bislang oft verhindert hat, existiert nicht mehr. Die kapitalistischen Metropolen haben zum ersten Mal seit Ende des zweiten Weltkriegs wieder ein freies Operationsfeld. Deutlich wird dies daran, daß sich die UdSSR die Tolerierung ihrer militärischen Intervention im Baltikum durch das Stillhalten im Golf-Konflikt erkauft hat. Zugleich werden aber auch die Auseinandersetzungen *innerhalb* der imperialistischen Zentren, d.h. zwischen den USA, Japan und Westeuropa, offener und härter. Und es rückt der bislang vom Ost-West-Gegensatz überformte Weltkonflikt, nämlich der zwischen den hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern und ihrer abhängigen Peripherie, offen ins Zentrum des Weltgeschehens. Der Krieg am Golf ist der erste große Konflikt der Ära nach dem Kalten Krieg, ein Krieg, bei dem es unter politisch höchst verzerrten Konstellationen im Kern um die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen „erster" und „dritter" Welt geht. Dieser weltumspannende Konflikt wird die Weltpolitik der nächsten Jahrzehnte beherrschen.

Was spielt die Bundesrepublik für eine Rolle

»Gott schrieb die Bibel, und mit dem Schreiben
entstand die Welt...
Soweit hat es noch kein Schriftsteller gebracht.
Aber die Ehrgeizigen versuchen es.«
Olof Lagercrantz

Huss'sche
Universitäts-
Buchhandlung GmbH
Kiesstraße 41
6000 Frankfurt a. Main
Telephon (069) 77 60 50

»Der Goldene Westen« heißt Folge 56 der ARD-Serie »Praxis Bülow-Bogen«, die zur Zeit in den DEFA-Studios von Potsdam-Babelsberg gedreht wird: Dr. Pfitzmann hilft seiner Patientin Ilse Werner und ihrem Neffen aus der ehemaligen DDR, der Probleme mit der Freiheit hat. **Foto: dpa**

dabei? Sie ist die ökonomisch dominierende Macht in Europa. Der Nahe Osten insgesamt gehört — nicht zuletzt wegen des Öls — zu ihren bevorzugten ökonomisch-politischen Interessengebieten. Gleichzeitig stehen aber die kapitalistischen Metropolen auch untereinander in scharfer Konkurrenz um Kontrolle und Einfluß. Dieser Konflikt wird umso härter, je stärker die Konkurrenten der USA, Europa und Japan, werden. Aber die Europäer und Japaner sind zwar ökonomisch stark, aber immer noch militärisch erheblich schwächer als die USA. Der unbedingte Wille der USA, es zum großen Krieg kommen zu lassen, ist mit der Absicht zu erklären, ihre imperialistische Hegemonialposition auch gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten zu behaupten. Deshalb das anfängliche Zögern der europäischen Staaten und der Bundesrepublik, ihre Interessen mit den Mitteln des großen Krieges durchzusetzen. Gleichzeitig besteht das *gemeinsame* Interesse aller Metropolen daran, diese Region unter ihrer Kontrolle zu halten, Befreiungsbewegungen und nationale Selbständigkeitsbestrebungen zu unterdrücken.

Wenn deutsche Politiker jetzt ihre scheinheilige Betroffenheit zur Schau stellen, so liegt es daran, daß sie mit der militärischen Intervention der USA in eine Zwickmühle geraten sind. Für die Bundesregierung wird diese noch dadurch vergrößert, daß militärische Abenteuer hierzulande nicht eben populär sind. Dies ist nicht zuletzt eine Folge der Protestbewegungen der letzten Jahre. Aber es gibt zugleich die Interessengemeinschaft mit den USA, und die Bundesregierung versucht, vom Konflikt zu profitieren, ohne sich die Hände schmutzig zu machen. Je länger der Krieg dauert, desto weniger wird ihr das gelingen.

Für die Protestbewegung heißt das, daß es keinerlei Gemeinsamkeiten mit der bundesrepublikanischen Politik gibt. Der friedliche Protest, die Mahnwachen und Schweigekreise, die unpolitische Betroffenheit und der naive Pazifismus passen ganz gut in das Kalkül der Herrschenden. Auf was es ihnen ankommt, ist die Spaltung der Protestbewegung an dem Punkt, wo es um die Thematisierung der imperialistischen Hintergründe der Auseinandersetzungen und um die Militanz der Protestaktionen geht. Die Friedlichkeit des Protests und der „Antiamerikanismus" sind die Themen, mit denen diese Spaltung vorangetrieben werden soll. Dazu das Existenzrecht Israels, dessen Verteidigung eben gerade nicht heißen kann, die Politik der amerikanisch-israelischen Allianz zu billigen.

Lassen wir uns von diesen Ablenkungsmanövern nicht täuschen. Die Bundesrepublik ist eine entscheidende kriegsführende Macht auch dann, wenn sie nicht offen in die Kämpfe eingreift. Die Kriegstreiber sitzen im eigenen Land und nicht nur in den USA. Die Macht des militärisch-industriellen Komplexes ist keine amerikanische Spezialität. Unser politisches Verhältnis zu den USA muß in der Solidarität mit der Anti-Kriegsbewegung dort und auch mit den amerikanischen Opfern der Aggression bestehen. Der Kampf findet in diesem Lande statt. Um was es hier geht, ist die Unterbindung der Waffengeschäfte, der Kriegsfinanzierung, der militärischen Unterstützung der Golf-Intervention. Es geht darum, die Bundesregierung zu zwingen, ihre eigene Interventionspolitik zu beenden und die Kriegsallianz zu verlassen. Gefordert werden muss die sofortige Beendigung des Krieges und die Aufnahme internationaler Nahostverhandlungen. Es geht nicht nur um die Bekundung von Friedensliebe, sondern um das Austragen eines zentralen innergesellschaftlichen Konflikts. Und dieser wird, wie die Polizeiaktionen gegen alle Formen des sich nicht an die herrschenden Spielregeln haltenden Protests und die damit verbundenen ideologischen Kampagnen zeigen, leider nicht so friedlich sein, wie wir uns das wünschen.

Joachim Hirsch

Mißglückte Befreiung

Auf dem Internationalismusforum des Kongresses „Hochschule und Gesellschaft" bezeichnete Klaus Dieter Tangermann den Internationalismus als Bewegungsform von Solidarität, die sich stark auf die soziale Frage bezog. Er galt als Motor, Befreiung voranzutreiben. Im Golfkonflikt ist dieser Begriff nicht brauchbar. Im Gegensatz zur Lateinamerikasolidarität oder auch zum Beispiel Vietnam gibt es hier keine soziale Frage, die ausgetragen würde, folglich auch keinen Träger. Es handelt sich um einen Krieg zwischen Staaten. Darum kann es keine positive Bezugnahme, es kann keine Unterstützung für, sondern nur eine Solidarität gegen geben, also gegen den Krieg.

Detlev Claussen meinte, nur mit ziemlicher interpretativer Gewalt ließe sich eine international klare Realität herbeizaubern. Er kritisiert vereinfachende Erklärungsmuster der Auseinandersetzung der Ersten gegen die Dritte Welt. Seine Forderung nach neuen Kategorien, mit deren Hilfe die internationale Realität und die Möglichkeit, aus ihr herauszukommen, begriffen werden kann, tangiert entscheidend auch die festgefahrenen Vorstellungen von Imperialismus und Antiimperialismus.

Die folgenden Ausführungen sind eine Zusammenfassung von drei Beiträgen, die Detlev Claussen während der an die Einleitungsvorträge anschließende Diskussion geleistet hat.

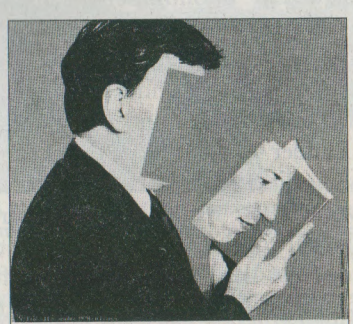
Das Raster, zu sagen, das sei ein Krieg der Ersten gegen die Dritte Welt, hilft uns nicht weiter; die Sache ist komplizierter. In der Koalition finden sich nicht nur Puppen und Marionetten. Assad und Saddam Hussein stehen auf einer Ebene, sie gehören jeweils der gleichen Welt an, stehen aber auf unterschiedlichen Seiten der Koalition. Wie lange noch? Das ist noch eine andere Frage.

Die Situation dieser Länder hat in zweierlei Weise mit der Geschichte der mißglückten Befreiung vom Kolonialismus zu tun. Die eine Seite ist die Geschichte des Scheiterns des sowjetischen Modells. Das sowjetische Modell — es existiert von der Substanz her auch in der Volksrepublik China und in Kuba — steht in seinen sozialen und ökonomischen Konsequenzen vor einem Problem, das es so nicht lösen kann, nämlich aus seiner Entwicklungslogik herauszukommen.

Die andere Seite ist das, was Fanon beschreibt. Man hat das vor 20, 25 Jahren sehr heftig diskutiert: „Die Verdammten dieser Erde". Man hat im Grunde genommen nur die positive Seite von Fanon gesehen, positiv im Sinne des Emanzipationsanspruchs der Kolonisierten. Die letzten zwei Drittel des Buches aber beschäftigen sich mit den Unglücken, Mißgeschicken, dem Scheitern von antikolonialer, nationaler Befreiung. Das ist etwas außerordentlich Aktuelles und Ernstzunehmendes.

Es muß etwas analytische Kraft verwendet werden für das, was sich in der arabischen Welt abgespielt hat. Es beschränkt den Blick zu sehr, wenn man als einziges Handlungssubjekt die USA sieht, oder man sieht Europa, oder den Imperialismus. Hier gibt es noch andere Handlungssubjekte, die man auch ernst nehmen muß, und diese haben etwas mit der Geschichte der mißglückten Befreiung zu tun. Nämlich, daß zum Beispiel in bestimmten Ländern, auf Grund von bestimmten Strukturen ganz bestimmte Leute in Machtpositionen hineingerückt sind, die jetzt aber für sich reklamieren, Sprecher der Dritten Welt zu sein, allgemeine Interessen zu vertreten, andere Interessen zu vertreten als ihre Personalinteressen. Dieser Saddam Hussein ist ein Musterbeispiel für ein Schicksal mißglückter Befreiung. Hier kommt nämlich außer einer ganz antikolonialistischen Rhetorik etwas Anderes hinzu. Aus dem antikolonialen Bewußtsein, das sich aus realen Problemen, der ökonomisch-politischen Dominanz über die arabischen Völker, die Spielbälle kolonialistischer Mächte waren, gebildet und dagegen verbreitet hat, hat sich eine politische Kraft entwickelt. Aber dieses antikoloniale Bewußtsein ist zusammengegangen mit ganz spezifischen Ideologien. Und eine davon ist die des arabischen Nationalismus, des Panarabismus, hier: eine spezifische Variante, die der Baath-Partei. Es geht hier immer um das jeweilige Zentrum, um die Frage, wer führt diese fiktive arabische Nation an. Das ist zum Beispiel die Auseinandersetzung Nasserismus gegen Baathismus gewesen. Jetzt ist es ein Koflikt, der zu beiden Seiten der Front führt, nämlich syrischer Baathismus gegen irakischen Baathismus. Die Geschichte der Herausbildung von nationalistischen Parteien hat etwas zu tun mit der Geschichte der mißglückten Befreiung.

Wenn Sie die Gelegenheit haben, lesen Sie das mal nach, diese zwei Kapitel bei Fanon über die Spontaneität und über den Nationalismus, wo er diesen Mechanismus beschreibt, der zu einem nachkolonialen „Schmalspur-Faschismus" führen kann, wie er es nennt. Sie sehen diesen Saddam Hussein vor sich, wenn Fanon über die nationalistischen Führer schreibt. Hier werden Massen regelrecht produziert, nämlich Massen, für die es überhaupt keine anderen politischen Betätigungsformen gibt als Akklamationsformen. Die Massen werden zu jeweiligen Zwecken auf die Straße gerufen wie



LAND IN SICHT
Buchladen im Nordend
Rotteckstr. 13/Mercatorstr.
Nähe Friedberger Platz
6 Ffm 1, Tel. 069/443095

Foto: ap

US-Soldat bei der Verteidigung der Menschenrechte in Vietnam

Herden, sagt Fanon. Sie werden behandelt wie Schafherden. Durch diesen Typ von Politikform wird der emanzipatorische Kern, der eigentlich in der antikolonialen Befreiung drinsteckt, liquidiert.

Sie sehen das auf allen verschiedenen Ebenen, zum Beispiel auf der Ebene der gesellschaftlichen Kontrolle. Das ist kein Spaß in Gesellschaften wie Irak oder Syrien zu leben. Politisch nicht, wenn man irgendwie eine andere Meinung hat, und gleichzeitig hat es auch etwas damit zu tun, welche ökonomisch-gesellschaftliche Perspektive solche Führer ihren jeweiligen Ländern anbieten. Das ist ein merkwürdig schreiendes Mißverhältnis zwischen dem ökonomischen Potential, das Länder wie der Irak z.B. besitzen und was aus diesem ökonomischen Potential geworden ist, nämlich eine Super-Verschleuderung. Ich erinnere an den ersten Krieg (Iran-Irak) und wozu der geführt hat. Was in der Rüstung drinsteckt, ist der Gesellschaft an Entwicklungsdimensionen real entzogen. Man kann immer sagen, wir haben einen großen Feind und gegen den müssen wir gerüstet sein. Warum begebe ich mich auf diese Ebene des Feindes, nämlich der absoluten Hochrüstung? Sind nicht vielleicht alternative Entwicklungsmöglichkeiten denkbar? Das wäre eine Frage, die man nicht immer unterdrücken darf, indem man immer nur auf die Größe des Feindes schielt. Feindbilder werden auch benutzt, um ganz bestimmte Interessen abzusichern.

Die Entwicklung hat auch dazu geführt, daß sich in allen arabischen Ländern die Modernisierung durchgesetzt hat. Eine Modernisierung, die die politische Herrschaft noch mehr im luftleeren Raum hängen läßt. Hinter dieser Herrschaft steht nicht eine stabile Agrarstruktur oder die Vertretung legitimer Interessen, sondern hier geht es um die Selbstreproduktion politischer Apparate. Das sind diese Massenparteien, die ihre Relation wiederum haben in einer Mischung von lumpenproletarischen bis Basarmomenten, der lokal-spezifischen Form des städtischen Kleineigentums. Es ist eine hochurbanisierte Kultur, also eine verstädterte Bevölkerung, aber ohne eine wirkliche ökonomische Entwicklungsdimension. Das führt dazu, daß man in so einem System nur gut leben kann, wenn man eine gute Beziehung zur Macht hat — da erinnert vieles an realsozialistische Verhältnisse. Der Surplus, der aus dem Öl gezogen wird, wird zur Korruption breiter gesellschaftlicher Bevölkerungsschichten benutzt. Das macht die Stabilität des jeweiligen Systems aus und das heißt, daß diese Systeme eigentlich unheimlich labil sind. Nicht nur Saudi Arabien ist labil und Ägypten, auch ein Land wie Algerien, das eine spezifische Befreiungsgeschichte hinter sich hat. Zu den Mißgeschicken nationaler Befreiung gehört eine Reaktionsweise auf diese Mißgeschicke, die eine Labilität durch eine andere Labilität beantwortet.

Es gibt eine innere Dynamik, die viel weniger mit den USA zu tun hat und noch viel weniger mit dem Palästina-Problem, als Saddam glauben machen möchte. Die Raketen gegen Tel Aviv und Haifa sind der Versuch, endlich einen in der muslimischen Welt allgemein legitimierten Feind wieder zu holen, damit man jetzt plötzlich eine andere Legitimation hat als die, die man bei der Besetzung Kuwaits hatte. Denn die vorher war ziemlich dünn. Im Grunde genommen könnte man so sagen — ich spitze das jetzt extra zu, ein bißchen provokativ auch —,

dies ist das Todesgefecht des arabischen Nationalismus. Aus Angst nämlich vor dem Fundamentalismus. Es wird hier im Westen so getan, als ob das identische Größen wären. Doch sind es unterschiedliche — im Politologenchargon würde man sagen Politikprojekte —, nämlich die, die über arabischen Nationalismus mobilisieren und diejenigen, die das über den Fundamentalismus versuchen. Der Fundamentalismus ist eine geschichtliche Reaktion auf die mißglückte politische Befreiung. Das ist etwas ganz Modernes, verkleidet sich nur altertümlich. Man geht eine Ebene tiefer, um sich stärker zu begründen, in Traditionen, die viel stärker sind als die weltlichen. Nationalismus ist eine weltliche Tradition, die sich losmacht von den religiösen Wurzeln. Im Fundamentalismus hingegen findet eine Mobilisierung der religiösen, kulturellen Wurzeln — als anti-moderne Wurzeln, aber mit ganz modernen Mitteln — gegen ein nationalistisches Projekt statt. Das heißt: Es war nicht nur ein geschickter Augenblick, warum Saddam Hussein damals den Iran angegriffen hat, gleichzeitig war es auch schon sein Interesse, einmal exemplarisch zu zeigen, wie sich das nationalistische Projekt gegen ein fundamentalistisches behauptet.

Natürlich schafft die Niederlage von Saddam Hussein nicht einer besseren Welt den ganz großen Raum, sondern es werden wiederum die Kräfte in diesem Konflikt gestärkt, die auch in anderen Ländern schon stark sind, z.B. in Ägypten die Moslembrüderschaft. Und das begründet auch das Lavierspiel, das so ein Typ wie der Assad macht: Einerseits Machtkonkurrenz mit Saddam Hussein, auf der anderen Seite hängt er ohne treue Massenbasis nur in der Luft. Das sind wirklich kleine Cliquen, die an der Spitze von einer Mischung aus Korruption und Gewalt stehen, hochorganisiert, aber ganz labil. Das kann beim ersten Mißerfolg zusammenbrechen.

Es wäre ein paternalistischer Standpunkt, zu glauben, daß es ewig so sein wird, daß es ein paar politische Cliquen gibt, die irgendwelche Massen mobilisieren können, und daß die Massen da immer mitmachen. Das Problem aber ist, daß aus den Modernisierungsprozessen eine Amorphisierung des Sozialkörpers folgt und gleichzeitig auf der einen Seite durch die enorme Verfügungsgewalt über Extraprofite ein ganz erhebliches Potential in organisierte Gewalt fließt, d.h. Militär aber nicht zu vergessen auch ein „Super-Stasi-System", das dazugehört, auf der anderen Seite das Entstehen eines politischen, demokratischen Lebens verhindert wird, indem man breite Schichten korrumpiert, also an das System bindet. Fällt dieses System in sich zusammen, dann gibt es auch Möglichkeiten, daß sich da andere Kräfte und andere Interessen artikulieren, nur ist das Ganze sehr diffus. Deswegen ist es eine hasardieuse Vorstellung, man beseitigt einen Führer und dann würde sich das alles sozusagen von selbst ergeben. Das ist nicht die richtige Vorstellung vom Kräftespiel nachkolonialer Eliten.

Wenn die Lebensbedingungen der Gesellschaft nicht mehr gesichert werden, delegitimiert das ein System. Da würde ich fast sagen, das ist eine anthropologische Konstante. Die Frage ist nur, wann setzt sich das durch und welche Alternative setzt sich durch. Das kann man nur sehr schwer sagen. Und es hängt von den jeweiligen Gesellschaften auch ab. Z.B. bei dem Typus Kuwait, Bahrein existiert eine Ethnisierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Das ist zutiefst ungerecht und in sich labil. Ein anderes Beispiel ist die Entwicklung, wie sie der Irak durchgemacht hat, dieser enorme Urbanisierungprozeß, augrund der Extraprofite. Da kann man nicht sagen, die USA sind an allem Schuld, sondern da hat der Saddam Hussein ganz schmählich versagt. Der hat ceauscescuartig den Mehrwert verschleudert, der auch ihm zugekommen ist durch das Öl, verschleudert in persönlicher Protz- und Prunkhaltung und gleichzeitig in einem Krieg, den er katastrophal geführt hat und ihn eben in diese legitimatorische Krise gebracht hat. Das Problem für solche Länder ist, daß eine enorme Abhängigkeit von diesen Extraprofiten entsteht. Wenn der Extraprofit nicht mehr da ist, dann sind sie kaputt. Und das führt zu einer erheblichen Delegitimierung.

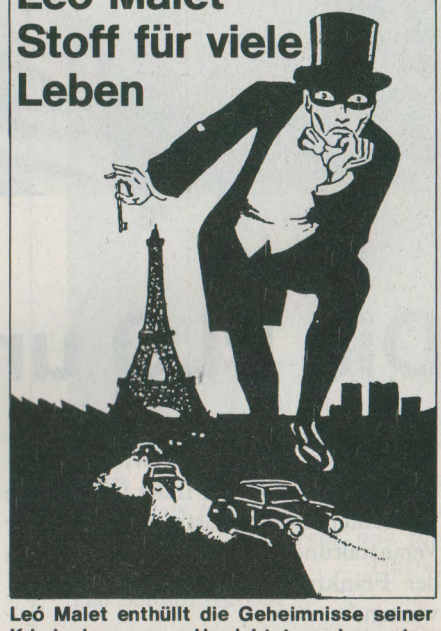
Doch lebt der Mensch von mehr als vom Öl allein. Der Schah hatte gedacht, Hauptsache das Land entwickelt sich, und ich kann viele Leute damit in irgendeiner Weise zufriedenstellen. Daß das zu noch ganz anderen Prozessen führt, hat er sich nicht vorstellen können. Diese Modernisierung hat menschliche, gesellschaftliche Lebensbedingungen tangiert, das hat er nicht begreifen können.

Ein weiteres Problem ist die Palästinafrage. Nicht nur die bekannten schlimmen Bedingungen, die von der israelischen Besetzung kommen und als materielle Hinderungsgründe einer Entwicklung entgegenstehen, komplizieren die Sache, sondern auch die inneren Bedingungen. Das innere Problem ist ein Widerspruch in der palästinensischen Struktur, ein Widerspruch, der ganz objektiv ist. Auf der einen Seite ist die PLO ein Projekt des arabischen Nationalismus, das geht nur als säkulares Projekt. Denken Sie an die palästinensische Bevölkerungsstruktur, das sind doch nicht alles Muslime, sondern das ist eine Struktur mit dem größten Anteil von Christen in der arabischen Bevölkerung. Das heißt also, hier taucht ein massives Problem auf: Wenn der Nationalismus scheitert, führt das zur Fundamentalisierung. Das heißt aber, daß ein großer Teil der Palästinenser ausgegrenzt wird aus der palästinensischen Nationalbewegung. Also Sie sehen, hier gibt es ganz erhebliche innere Widersprüche und die muß man auch irgendwie beachten, und man sieht, daß diese einfachen radikalistischen Formeln in die Sackgasse führen.

Ich glaube es verfälscht, wenn wir sagen, hier haben wir den Krieg der Ersten gegen die Dritte Welt. Auf beiden Seiten der Koalition sind erhebliche Probleme angehäuft, die ein enormer Zündstoff sind für die Zukunft.

Detlev Claussen

Léo Malet
Stoff für viele Leben



Leó Malet enthüllt die Geheimnisse seiner Kriminalromane und berichtet vom bewegten wie bunten Leben als Anarchist, Chansonnier, Vagabund und Surrealist. Da Malet an allen wichtigen literarischen und politischen Bewegungen seiner Zeit aktiven Anteil hatte, liest sich sein Lebens-Roman auch als eine höchst lebendige französische Kulturgeschichte dieses Jahrhunderts. Reichhaltig illustriert, gebunden, 248 Seiten, 38.- DM

Edition Nautilus
Hassestraße 22 – 2050 Hamburg 80

Verhaftete Palästinenser, West-Bank 1967

Die PLO und Saddam Hussein

Warum sympathisieren soviele PalästinenserInnen mit dem Irak? Diese Frage versuchten zwei Palästinenser in einer Veranstaltung den 300 BesucherInnen an der Frankfurter Universität zu beantworten.*

Maurice Estephan vom Bonner Büro der PLO berichtete von der Unterdrückung und Demütigung der palästinensischen Bevölkerung durch den isrealischen Staat, von der Intifada und den zahlreichen palästinensischen Opfern. Er wies darauf hin, daß sich die israelische Gesellschaft weitgehend gleichgültig gegen den Staatsterror in den besetzten Gebieten verhielt. Nach all dem Leid, das der palästinensischen Bevölkerung durch den Staat Israel zugefügt wurde, sei es nicht verwunderlich, daß sich die PalästinenserInnen auf die Seite des Irak schlagen würden. Jegliche Nah-Ostkonferenz zur Lösung des Problems und die Gründung eines eigenen palästinensischen Staates sei auf St. Nimmerlein vertagt. So bliebe auch der PLO nichts anderes übrig als auf Saddam Hussein zu setzen.

In seiner Erwiderung widersprach David Atzmon von der israelischen Ratz-Bewegung (Peace Now) den zwei Palästinensern. Nachstehend dokumentieren wir den Beitrag des israelischen Oppositionellen.

Mein lieber Kollege ist, glaube ich, eine Antwort schuldig auf einen Widerspruch in seinen Worten. Man sollte die Worte der Politiker sehr ernst nehmen. Dann frage ich ihn, warum sollte Israel nicht ernst nehmen, daß alle arabischen Staaten gesagt haben, daß sie uns ins Meer werfen wollen. Aber das ist nur eine Randbemerkung.

Ich wurde bereits kurz vorgestellt, ich bin Mitglied der Ratz-Partei, die Bewegung für

Bürgerrechte und Frieden in Israel, die führende Opposition. Also trauen Sie mir nicht zu, daß ich die Politik der israelischen Regierung verteidigen werde. Unsere Position möchte ich in wenigen Sätzen klar darstellen.

Wir sagen es seit 23 Jahren — in Israel nichts anderes als im Ausland, wir sagen im Ausland nichts anderes als in Israel: Wir sind für Frieden zwischen Israel und den Palästinensern, wir sind für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser, das heißt, die Palästinenser haben das Recht, ihren eigenen Staat zu gründen. Früher oder später wird er entstehen, und wenn ich Optimist sein will, kann ich sagen, ich glaube, daß in Zukunft die Palästinenser in ihrem eigenen Staat einen zuverlässigen Partner, Verbündeten haben werden, und das wird Israel sein. Denn von Anfang an haben die sogenannten arabischen Brüder die Palästinenser unterdrückt.

Ich habe heute im Fernsehen die Pressekonferenz von König Hussein gesehen und gehört. Er hat Annektionen besprochen, er hat nur eine kleine Annektion vergessen, als die UNO am 29. November 1947 beschlossen hatte, daß in dem ehemaligen oder damals noch Mandatsgebiet der Briten in Palästina zwei Nationalstaaten errichtet werden sollten, ein jüdischer und ein arabischer, hat Jordanien dieses Gebiet, daß das Palästina ursprünglich sein sollte, annektiert und die Palästinenser wurden 19 Jahre, bis 1967, unterdrückt. Womit ich natürlich nicht sagen will, daß Israel sie befreit hat.

Ich glaube, klarer kann man diese Position überhaupt nicht darlegen. Wir sind für Frieden mit dem palästinensischen Volk, und ich sagte den Kollegen, bevor wir hierher kamen: Wenn wir in der Mehrzahl in Israel wären, leider sind wir eine Minderheit, eine allerdings wachsende, dann würde es wahrscheinlich zu diesem Gespräch hier nicht kommen, wir hätten längst Frieden.

Jetzt zum anderen Komplex, der einzig und allein geographisch damit verbunden ist. Wenn hier im Saal jemand der Meinung ist, daß Saddam Hussein Kuwait annektiert hat, geplündert, gemordet, um die Palästinenser zu befreien, möge er bitte aufstehen.

Die Mahnwachen und die Demonstrationen, die vor den amerikanischen Konsulaten und Botschaften und in den Städten stattfinden, sollten eher vor der Deutschen Bank und vor Siemens und vor all diesen Gesellschaften, die nicht nur damals all die Falschen untersüttzt und aufgerüstet haben, stattfinden. Und ich möchte, damit ich keine Vorwürfe bekomme, auch betonen: Ich beschönige nichts und ich klage auch die israelische Regierung an, nicht daß sie den Irak beliefert hat, aber auch weltweit an die Falschen. Irak wurde aufgerüstet sowohl von den Amerikanern wie von den Sowjets. Und wenn heute Leute sagen, man sollte die Sanktionen greifen lassen, ja ich bitte Sie, seit dem Beschluß der UNO über Sanktionen gab es, glaube ich, über hundert deutsche Firmen, die Waffen und Tödliches an den Irak geliefert haben. Und Helmut Kohl Hase — mein Name ist Hase, und ich weiß von nichts —, die Bundesregierung hat es nicht unterbunden.

Was das Öl betrifft: Ich weiß nicht, Tomaten züchten kann man in Kuwait wahrscheinlich nur wenige. Ich kenne Kuwait nicht, leider war ich nicht dort. Ich glaube, es gibt dort mehr Öl als Wasser, so daß man Tomaten da nicht züchten kann. Aber die Amerikaner sind doch mit Sicherheit kaum von diesem Öl abhängig. Erstens haben sie eigenes, auch die Briten haben ja eigenes. Und ich habe erst diese Woche in *newsweek* gelesen, daß die Japaner, auch wenn ein Barrel Öl nicht mehr 30, sondern 60 Dollar kosten würde, damit fertig würden. Denn seit der ersten Ölkrise sind die USA, die Japaner, und eingeschränkt auch wir, effektiver gworden. Wir sind von diesem Öl weniger abhängig. Es ist nicht richtig zu behaupten, daß Öl das einzig entscheidende Element in dieser Sache ist.

Saddam Hussein ruft seine Brüder, seine moslemischen Brüder zum heiligen Krieg auf. Wo war er acht Jahre lang, als er die moslemischen Brüder im Iran mit Giftgas bombardiert hat? Seine eigene Bevölkerung, die Kurden, auch. Ist es denn wirklich ein Zufall, daß Saudi-Arabien, und ich bin bestimmt kein Monarchist, ich bin nicht für das Königreich, ich habe auch nichts übrig für den Emir von Kuwait, aber es ist kein Zufall, daß sowohl Saudi-Arabien, Syrien, Ägypten gegen Irak sind. Denn Irak, so aufgerüstet, mit diesem Herrscher, mit dieser Herrschaft und dieser Ideologie, ist eine Gefahr für sämtliche Länder. Und ich möchte auch wirklich behaupten, diese Gefahr ist für die arabischen Länder wesentlich größer als für Israel.

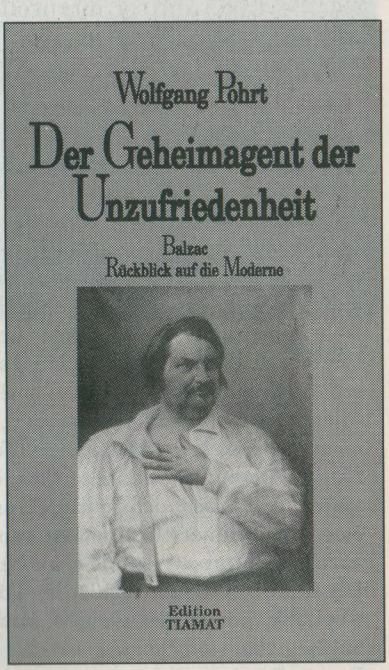
Heute gilt es, dieses Regime zu — ich will keine zu starken Worte benutzen, aber — dieses Regime muß eliminiert werden, denn der Irak ist ein Störfaktor im ganzen Gebiet. Ich weiß, man kann den Irak nicht versuchen auszulöschen. Das gibt's nicht, und der Kampf ist nicht gegen das irakische Volk gerichtet. Und man soll sich auch vorsehen, es darf kein Loch in diesem Land entstehen, daß andere da ihre Machtposition einwerfen.

Danke schön.

David Atzmon

* Die Veranstaltung fand am 19.1.1991 im Rahmen des vom AStA-Linke Liste/Undogmatische Linke organisierten bundesweiten Hochschulkongresses statt.

Die Frage ist: Steht ein nationaler Aufbruch bevor, oder wird die Wiedervereinigung zum Rentenanpassungsproblem?
160 Seiten, 20.-DM



»Daß die klugen literarischen Essays von Pohrt über Balzac neu aufgelegt wurden, freut uns ungemein.« *Ultimo*
120 Seiten, 18.-DM

Edition TIAMAT

Grimmstr. 26 – 1000 Berlin 61

Krieg vor Kriegsbeginn

Die Kurden und die Golfkrise

In der Öffentlichkeit hierzulande ist die Entsendung der 18 Alpha Jets nebst der 270 sie betreuenden Luftwaffensoldaten vom Jagdbombergeschwader A 3 aus Oldenburg nicht gerade mit breiter Zustimmung aufgenommen worden. Doch eigentlich geht es ‚unseren Jungs' ganz gut im Ferienland Türkei: Vollpension (selbstverständlich deutsche Küche) im ostanatolischen Fliegerhorst Erhac, inklusive der täglichen Lieferung der meistgelesenen deutschen Tageszeitung.

Was die Idylle bereits vor dem Tag X etwas getrübt haben mag, sind die Verhältnisse, unter denen die ansässige Bevölkerung, größtenteils KurdInnen, leben muß. Bereits unmittelbar nach Beginn der Golfkrise hatte die türkische Regierung die Aufstockung der Truppen im türkischen Teil Kurdistans auf 500000 Mann veranlaßt.

Diese haben in den letzten Monaten unzählige sogenannte Manöver durchgeführt, die auf seiten der Zivilbevölkerung enorme Verluste (durch die Verminung von Dorfstraßen etc.) verursachten und dadurch eine Massenflucht aus der Region auslösten, die bis jetzt andauert. Allerdings haben sich die Fluchtbedingungen in den letzten Wochen drastisch verschlechtert. Letzten Meldungen zufolge verweigern die Banken mittlerweile die Auszahlung von Geldern an die fliehende Bevölkerung; viele Überlandbusse wurden von der Armee konfisziert.

Doch auch der Verbleib in Kurdistan ist kaum möglich. Nachdem der wirtschaftliche Zusammenbruch sich gleich mit Krisenbeginn eingestellt hatte, wird nun auch jede andere Möglichkeit zur zivilen Existenz zerstört, Universitäten sind geschlossen worden, Krankenhäuser stehen für die Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung, weil auch sie dem Militär überstellt wurden, zum Schutz vor dem befürchteten Giftgas-Angriff stehen Gasmasken nur für Staatsbedienstete und Angehörige des Militärs zur Verfügung.

Wenn es Krieg mit dem Irak gibt, dann werden die westlichen Staaten von zwei Fronten angreifen, von Norden und von Süden. Also auch von der Türkei. Was heißt von der Türkei, hier von Kurdistan aus. Wir wissen sehr genau, daß die Ölfelder, die Militärflughäfen, die Brücken über den Euphrat und den Tigris wichtige strategische Ziele sind. Selbst wenn es einen Blitzkrieg von drei Tagen gibt, werden hier auf beiden Seiten der Staatsgrenze Tausende Kurden sterben. Wir haben 1988 nicht vergessen, wir wissen, daß Saddam Hussein zu einem Massenmord fähig ist, und wir wissen auch, daß Özal um keinen Deut besser ist. Ich führe keinen Krieg für die Türkische Republik, aus meiner Familie wird keiner Soldat, eher schicke ich sie alle in die Berge..."

Hier melden sich diejenigen zu Wort, die bereits *vor* Ausbruch des Krieges von seinen Auswirkungen betroffen waren und zu seinen Opfern zählen, die aber in der Diskussion um den Konflikt kaum Erwähnung finden. Nur ganz am Rande taucht in Zeitungsberichten, Artikeln und Büchern zur aktuellen Entwicklung im Mittleren Osten der Begriff „Kurde" auf.

Aufstände der Kurden gegen die jeweiligen Zentralregierungen hat es seit der Aufteilung des Mittleren Ostens und der Gründung der türkischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg wiederholt gegeben, immer wieder wurden sie von allen vier Zentralstaaten Iran, Irak, Syrien und Türkei niedergeschlagen. Massaker an den Kurden machten nie größere Schlagzeilen in der Weltpresse. Es waren auch die Europäer, deren Verhalten auf den beiden Friedenskonferenzen von Sevre 1920 und von Lausanne 1924 maßgeblich zur Aufteilung Kurdistans auf die vier Zentralstaaten beigetragen hatte. Während den Kurden noch 1920 in Sevre eine autonome Region zugesprochen worden war, wurde diese Entscheidung vier Jahre später in Lausanne einstimmig rückgängig gemacht; Vertreter der Kurden waren zu dieser Konferenz schon gar nicht mehr eingeladen. Jahrzehnte später schlossen dann Syrien und der Irak mehr oder weniger enge Bündnisse mit der UdSSR, und der Schah im Iran mit der westlichen Welt, vor allem den USA. Mit dem Putsch 1980 empfahl sich die Türkei anstelle des mittlerweile ausgefallenen Iran als westlicher Bündnispartner. Grund genug, um sich in stillen Übereinkommen zwischen Ost und West über die Situation der Kurden, die sich überall organisiert und den Kampf um ihre Rechte wieder aufgenommen hatten, auszuschweigen. Die Kurden machten nur dann Schlagzeilen, wenn sich, wie während des Krieges zwischen Iran und Irak, „Ereignisse von weltweiter Bedeutung" kreuzten.

Damals starben im Irak über zehntausend Kurden, unzählige wurden verwundet, die von den kurdischen Organisationen kontrollierten Gebiete an der iranisch-irakischen Grenze wurden durch C-Waffenbombardements erheblich zerstört. Heute wissen insbesondere die türkischen Kurden, wie das obige Zitat belegt, sehr genau, was der Ausbruch eines Krieges für sie bedeuten wird. Auch wenn sich die Situation der türkischen Kurden wesentlich von der der Kurden im Irak unterscheidet, sind sie eine Kraft, die von der Zentralmacht bei der strategischen Planung nicht ausgeklammert werden kann.

Die aufstrebende kurdische Bewegung in der Türkei der 70er Jahre endete mit dem Militärputsch von 1980. 1984 nahm die PKK den bewaffneten Kampf wieder auf, der sich vor allem in den vergangenen zwei Jahren zu einem regelrechten Guerillakrieg ausgeweitet hat, vor allem in der Grenzregion zum Irak, der selbst seit dem Beginn der Krise vom türkischen Militär nicht eingedämmt werden konnte.

Durch die Golfkrise hat sich für die Regierung und die Kurden in der Türkei zweierlei geändert: Erstens ist die Türkei in größerem Zugzwang, den Konflikt aus militärstrategischen Gründen schnell zu beenden, zum Zweiten kann sie das offener denn je mit Gewalt versuchen. Unter dem Vorwand der Golfkrise erklärte sie am 6. 8. 90 im Europa-Rat, die Menschenrechte in den kurdischen Provinzen seien vorübergehend suspendiert. Sie bezog sich dabei auf Art. 15 der Menschenrechtskonvention, der dies in Fällen „akuter Gefahr für das Überleben der

Foto: Klaus Malorny

Nation" gestattet. — Protest blieb, sogar vom linken Flügel des Rats, aus. So kann die Türkei heute offiziell ihre schon im letzten Jahr begonnene Entvölkerungspolitik in der türkisch-irakischen Grenzregion — zuständige Stellen in Ankara nennen es „Kampf gegen den Terrorismus" — vorantreiben. Hunderte von Dörfern sind in den letzten Monaten verwüstet und in Brand gesteckt, ihre Einwohner vertrieben und gefoltert worden. Weiden, Pistazienhaine, Weinberge, Obstplantagen und Bienenstöcke werden niedergebrannt, die Existenzgrundlagen der Bevölkerung und ganze Dörfer werden vernichtet. Zehntausende erwarten in Nomadenzelten auf 2000 m Höhe den Winter. Massenverhaftungen in den Kleinstädten sollen die Menschen dort davon abhalten, die vertriebenen DorfbewohnerInnen bei sich aufzunehmen: über tausend Menschen aus acht Kreisstädten sind in den letzten zwei Monaten festgenommen, anschließend gefoltert und eingeschüchtert wieder freigelassen worden. Der Widerstand der Kurden wurde dadurch allerdings eher herausgefordert als vermindert. Trotz der Nachrichtensperre ist in der Grenzregion fast jede Woche von Angriffen der Guerilla zu hören. Als türkische Soldaten im Frühjahr dieses Jahres die TeilnehmerInnen eines Beerdigungszuges für einen gefallenen Guerillakämpfer beschossen, war dies der Anlaß für einen zweiwöchigen Aufstand in nahezu allen grenznahmen kurdischen Städten. Seitdem hat es im kurdischen Gebiet nicht mehr aufgehört zu gären. Auch in eine Demonstration von ca. 300 DorfbewohnerInnen in der kurdischen Kreisstadt Lice schoß das türkische Militar; eine 22jährige Frau kam dabei ums Leben, ein 12jähriger Junge wurde von einem Panzer überrollt.

Die Kurden wissen, daß sie im Kriegsfall zu den Verlierern gehören werden. In den ersten Wochen der Krise kursierte das Gerücht, die PKK wolle Profit aus der Situation schlagen und sich die militärische Unterstützung Saddam Husseins sichern. Dies erwies sich als Propaganda der türkischen Presse. Andere Meldungen ergänzten Gerüchte dieser Art: die Kurdische Front Irak stünde bereit, Saddam von Norden aus anzugreifen, hieß es. Die Reise einer der Führer der Kurdische Front Iraks, Celal Talabani, in die USA wurde als Vertragsschluß zwischen Pentagon und Kurden denunziert.

Aus welcher Motivation sich diese Propaganda speist, scheint deutlich zu sein: die türkische Regierung versucht, sich Erfahrungen aus dem Krieg Iran-Irak zunutze zu machen, in dem ebenfalls die Kurden gegeneinander ausgespielt worden waren. Eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der PKK und der Kurdischen Front Irak — beide im Glauben, die andere Organisation unterstütze den jeweils eigenen Feind — hätte dem türkischen Heer seine Bewegungsfreiheit in der Grenzregion sichern können.

Doch die Türkei streute nicht nur Gerüchte. Im September letzten Jahres öffnete sie Teile der türkisch-irakischen Grenze für im Irak operierende Peschmerga der Front und sagte ihnen so mehr oder weniger direkt logistische Unterstützung zu. Die Front lehnte jedoch ab.

Mesut Barzani erklärte ausdrücklich, mit

der Türkei in keinerlei Verhandlung zu stehen. Auf der anderen Seite erklärte auch die PKK immer wieder mit Flugblättern, Flüsterpropaganda und durch ihre Auslandsvertretungen, die Kurden dürften in diesem Konflikt nicht zugunsten einer der beiden Parteien Stellung beziehen. Der Organisation wie auch der Bevölkerung ist bewußt, was auf dem Spiel steht. Im Verlaufe einer Auseinandersetzung mit dem Irak ist es ein Leichtes für die türkische Luftwaffe, die Grenzregion, die nur aus Hochgebirge besteht und keine strategisch unersetzbaren Einrichtungen enthält, *aus Versehen* zu bombardieren und sich damit eines ihrer größten Probleme zu entledigen.

Auch die Kurden im Irak scheinen die Türkei in den letzten Monaten als ernstzunehmenden Gegner der Kurden nicht nur innerhalb der türkischen Staatsgrenzen wahrzunehmen. Seit Beginn der Diskussion über eine Veränderung der Grenzen im Mittleren Osten und Pläne zu einer Neuaufteilung des Mittleren Ostens sind von türkischer Seite wieder verstärkt Ansprüche auf das „im Grunde ja türkische Gebiet" um Mosul und Kirkuk erhoben worden. Diese Ansprüche hatte die Türkei auch während des Krieges zwischen Iran und Irak immer dann formuliert, wenn der Irak die Kontrolle über die Ölfelder um die beiden Städte zu verlieren drohte.

Eine erweiterte Türkei als Alternative zu einem kurdischen Staat im Mittleren Osten könnte — insbesondere nach dem aktuellen Verhalten der türkischen Regierung im Golfkonflikt — für die USA einiges an Attraktivität besitzen. Für die Türkei wäre wohl die Niederschlagung der kurdischen Befreiungsbewegung im Irak Voraussetzung, da eine zusätzliche, starke kurdische Bewegung kaum in ihrem Interesse liegen wird.

Doch die Kurdische Front Irak, die sich bislang Beziehungen zur Türkei hatte offenhalten wollen, hat sich mittlerweile unmißverständlich sowohl gegen die Türkei, als auch gegen den Irak gewandt: ihr Ziel sei hinfort nicht mehr Autonomie, sondern Selbstbestimmung, hieß es in einer Erklärung.

Umgekehrt sind auch die Zentralstaaten, vor allem die Türkei, in diesen Monaten gezwungen, sich grundsätzlichere Gedanken über eine Strategie gegenüber der kurdischen Bewegung zu machen. Auch hier ist die Golfkrise nicht alleiniger Anlaß, sondern eher Katalysator. Nach der Auflösung des Warschauer Paktes und der endgültigen Pensionierung der Bedrohung aus dem Osten hatte die Türkei eine der beiden wichtigen Funktionen als NATO Flankenstaat, die ihr über Jahre hinweg nicht unerhebliche Militär-und Wirtschaftshilfen eingebracht hatte, verloren. Nach der Perestroika war der „Wächter am Bosporus" zur Kontrolle des sowjetischen Zugangs zum Mittelmeer überflüssig geworden. Auch die gemeinsame Grenze mit der UdSSR hatte an Bedeutung verloren. Blieb die zweite Funktion, die des „Hochpostens" am Nord-Rand des Mittleren Ostens. Schon seit dem Frühjahr 1990 versucht die Türkei, sich in diesem Bereich zu profilieren. Doch die Region, die hierfür ausschlaggebend ist, ist kurdisches Gebiet. Es grenzt nicht nur geographisch an den Irak und Syrien an, sondern verfügt mit den Flüssen Euphrat und Tigris und diversen Staudammprojekten über die Möglichkeit, den beiden südlichen Nachbarstaaten, die weitgehend von diesen Flüssen abhängig sind, das Wasser und — in bezug auf Syrien — auch den Strom abzudrehen. Die Ölreserven der Türkei — zwar wesentlich spärlicher als die der Nachbarländer, aber dennoch ausreichend, um einen Ausfall der irakischen Quellen vorübergehend aufzufangen — befinden sich ebenfalls in Batman, Adiyaman und Diyarbakir, also im Herzen der kurdischen Region.

Noch bevor Diskussionen um die strategische Position der Türkei und ihre Fähigkeit, in Kurdistan die nötige Ruhe zu schaffen, an Intensivität gewinnen konnten, machte Saddam Hussein mit seinem Einmarsch nach Kuwait deutlich, wo die militärische Front in einer Welt ohne die alten konkurrierenden Machtblöcke verlaufen werde und tat damit der Türkei einen großen Gefallen. Staatspräsident Özal zögerte keine Minute, seinen Platz in dieser Krisenkonstellation zu bestimmen: ohne die Frage in dem eigentlich dafür zuständigen Nationalen Sicherheitsrat zu diskutieren, sagte er Präsident Bush in einem Telefongespräch die Schließung der Erdölpipeline ans Mittelmeer und den Anschluß an das Wirtschaftsembargo gegen den Irak zu. Denjenigen, die dafür plädieren wollten, sich die Rolle einer Vermittlerin zwischen westlicher Welt und den trotzenden Mittelostaaten offenzuhalten, blieb nichts anderes übrig, als nachträglich zu protestieren, daß sie keine Chance gehabt hätten, in die Diskussion einzugreifen.

Özal sah in dem von ihm eingeschlagenen Weg die Möglichkeit, sich bei der EG anzubiedern. Gleichzeitig sollte der Befürchtung,

die Türkei könnte durch die Herausbildung der West-Europäischen Union als Verteidigungsbündnis auch als NATO-Partner an Bedeutung verlieren, begegnet werden.

Diese Entscheidung brachte der Türkei zwar Milliarden Dollar Verluste in bezug auf Geschäfte mit dem Irak, aber fast ebenso hohe Entschädigungen von seiten der USA, der EG, Japans, der Weltbank und der ehemaligen kuwaitischen Herrscherfamilie ein. 6 Mrd. Dollar hat die Türkei schon erhalten, weitere Entschädigungen und langfristige Weltbankkredite sind für 1991 geplant. Japan, einer der größten Investoren im Irak (70 % aller Auslandsschulden des Irak gingen an Japan) überlegt sich, einige seiner irakischen Niederlassungen in die Türkei umzusiedeln. Zum ersten Mal in der Geschichte der türkisch-japanischen Beziehungen besuchte ein japanischer Ministerpräsident im September letzten Jahres die Türkei.

Für die Türkei, die in den letzten fünf Jahren in zunehmendem Maße Devisenschulden angehäuft hatte, und deren Bemühungen um Auslandskapital relativ erfolglos geblieben waren, ergibt sich nun also die Hoffnung, einen Ausweg aus der ewigen Wirtschaftskrise finden zu können. Kein Ausweg allerdings für die kurdische Bevölkerung, die auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu den ersten Opfern der Krise zu zählen ist: durch das Embargo ist die E 24, die Straße von den Ölfeldern in Mosul zu den türkischen Mittelmeerhäfen, stillgelegt worden. 6000 Laster fuhren diesen Weg täglich, fünf Kreisstädte lebten ausschließlich vom Handel mit den Lastwagenfahrern. Diese Städte sind zu Geisterstädten geworden. Läden, Lokale, Hotels, Werkstätten, Wechselstuben haben geschlossen. Tausende von Menschen haben die Städte verlassen, um anderswo Arbeit zu suchen.

Eine Situation, die die Zentralregierung wenig stört, da sie in den Rahmen ihrer Entvölkerungspolitik paßt. Zusätzlich ließ Staatspräsident Özal militärische Maßnahmen den ökonomischen folgen: der Schließung der Pipeline folgte die wortgetreue Einhaltung des 1983 abgeschlossenen „Host Support Nation" Programmes mit den USA. Auf der US-Raketenbasis Incirlik wurden die F 16 und F 111 Flugzeuge startklar gemacht, in und um die Radarstation Pirinclik (ca. 300 km von der Grenze entfernt) herrschte reges Kommen und Gehen. Ob sich Özals Dienstfertigkeit, die selbst die türkische Presse einhellig als „bushiger als Bush" einschätzt, jedoch durchsetzen kann, darüber wird in Ankara noch diskutiert.

Opposition gegen den Kriegskurs ist aus einer Ecke zu vernehmen, aus der sie am allerwenigsten zu erwarten war; schon seit Beginn der Krise war der türkische Staatspräsident Özal seinen Kritikern gegenüber hart gewesen. Zwei Außen- und ein Verteidigungsminister blieben dabei auf der Strecke. Nun reihte sich am 3. 12. 1990 auch der Generalstabschef Torumtay in den Reigen derjenigen ein, die angesichts Özalscher Alleingänge ihren Hut nahmen. Kritik hatte der Staatspräsident von Anfang an nicht nur von den Oppositionsparteien, sondern vor allem aus militärischen Kreise einstecken müssen. Schon im September hatte der pensionierte General und heutige Abgeordnete Recep Ergun als einziges Mitglied der regierenden Mutterlandspartei gegen die Entscheidungsgewalt der Regierung über einen eventuellen Kriegseintritt gestimmt. Heute sind es wieder zwei pensionierte Generäle, unter anderem der Vorgänger Torumtays als Generalstabschef, die das Anfordern der ‚NATO-Feuerwehr' Allied Mobile Force (AMF) scharf kritisieren. Auch die Zusammenziehung von in West- und Zentralanatolien stationierten Truppen an die türkisch-irakische Grenze war, so ein Kommentar der türkischen Tageszeitung ‚Hürriyet' vom 10. 12. 90, erst nach dem Rücktritt des Generalstabschefs möglich.

Das türkische Militär als Friedensengel? Dieses Bild wird durch drei blutige Putsche im regelmäßigen Abstand von je zehn Jahren getrübt. Vor allem nach der Machtübernahme der Militärs 1980 gingen Meldungen von Hunderttausenden Verhafteten, über 2000 Verschwundenen und Hunderten von Folteropfern des letzten Putsches um die Welt. Der innertürkische Machtkampf, den die Golfkrise nur schneller und grundsätzlicher zum Ausdruck gebracht hat, ist kein Kräftemessen zwischen Falken und Tauben, sondern eher eine Auseinandersetzung darum, die eigene Macht und die Position der Türkei unter weltpolitisch völlig neuen Bedingungen zu bestimmen. Da stehen die Militärs als Vertreter der kemalistischen Tradition, die zwar im Inneren völlig skrupellos gegen alle vorgegangen waren, die eine Bedrohung für die nationale Einheit darstellten oder darzustellen schienen, die aber niemals eine expansionistische Politik betrieben hatten. Seit seinem Bestehen ist das Heer in seiner ganzen Struktur auf die Niederhaltung hauptsächlich der Kurden ausgerichtet. Es ist, obwohl von seiner Größe her das zahlenstärkste der NATO, eigentlich ein Bürgerkriegsheer. In zwischenstaatlichen Auseinandersetzungen hat es sich nur während des Koreakrieges bewähren müssen.

So beschloß Özal, auf die Militärs seiner Verbundeten zurückzugreifen, und lud die Allied Mobile Force ein.

Für diese Truppe ist Kurdistan kein Neuland, seit 1963 führt sie in der Grenzregion routinemäßig Manöver durch. Diese Manöver bilden dann allerdings manchmal den Hintergrund für andere Machenschaften: 1980 fand während des AMF-Manövers Anvil Express der Militärputsch statt, 1983 boten NATO-Soldaten mit „Adventure Express" Rückendeckung für eine Grenzüberschreitung des türkischen Heeres in den Irak, 1987 begann „Aurora Express" zeitgleich mit einer Großoffensive des türkischen Heeres gegen die Kurden — aber 1990 im Juni konnte das geplante „Ardour Exchange Manöver" nicht stattfinden, da die AMF diesmal von den Militärs ausgeladen wurde. „Die sensible Situation läßt ein Manöver nicht zu" hieß es in einer Nachricht an Brüssel. Nun ist die AMF doch gefragt, nicht zum Manöver sondern für den Ernstfall. Diesmal soll sie Özal den Rücken decken — unter Umständen auch gegen die eigenen Militärs und, so häufen sich besorgte Mutmaßungen — ihm gegebenenfalls auch bei einer militärischen Lösung der ‚Kurdenfrage' helfen.

me

Buchhandlung Schutt
Am Bornheimer Uhrtürmchen
Arnsburger Straße 76
6000 Frankfurt am Main 60
Telefon: 069/43 51 73

Foto: dpa

Die Krise am Persischen Golf

Dimensionen einer Regionalkrise nach dem Ende der Bipolarität

Dieser Artikel von Mohssen Massarrat erschien kurz vor Ausbruch des Krieges in der Jubiläumsausgabe der Zeitschrift *PERIPHERIE** („10 Jahre — eine Bilanz"). Der Autor, der am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück tätig ist, untersucht die Ursachen der Krise am Persischen Golf vor dem Hintergrund der weltweit veränderten Kräfteverhältnisse. Dabei stehen die kulturelle Dimension der Krise und insbesondere die Analyse der ökonomischen Interessengegensätze im Mittelpunkt. Obwohl der Krieg am Golf inzwischen begonnen hat, bleibt die von Massarrat beschriebene „friedliche Alternative" eine wichtige Grundlage für die Diskussion über die Neuordnung der Beziehungen innerhalb der Region und zwischen Norden und Süden.

Vor genau 10 Jahren, im September 1980, haben Saddam Husseins Truppen die ölreiche Provinz Khusistan im Südwesten des Iran unter dem Vorwand überfallen, „arabisches Land und arabische Brüder und Schwestern" in Khusistan vom Joch der Perser befreien zu wollen. Mit einem Blitzkrieg glaubte Saddam Hussein, angesichts der als Folge der Islamischen Revolution offensichtlich gewordenen militärischen Schwäche des Iran mit einem Schlag die Ölquellen dieses Landes erbeuten zu können, den freien Zugang zum Persischen Golf zu schaffen, die von der Islamischen Revolution für die eigene Macht ausgehenden Gefahren abzuwenden und schließlich das lang erträumte Ziel zu erreichen, die Hegemonie in der Golfregion und in der gesamten arabischen Welt zu übernehmen (s. Massarrat 1988a; Ekbal 1984). Das Ergebnis war der acht Jahre andauernde Golfkrieg mit einer Million Opfern und ca. US $ 1000 Mrd. materiellem Schaden auf beiden Seiten, ohne daß die verfolgten Ziele erreicht worden wären. Dennoch haben diese Folgen des Golfkrieges Saddam Hussein nicht davon abgehalten, die Verwirklichung ähnlicher Ziele durch den Überfall auf Kuwait zu versuchen. In letzterem Fall kommen noch die bedeutend höheren Ölreserven Kuwaits (9,3 % der Weltreserven), die Lösung des Schuldenproblems gegenüber diesem Staat (US $ 30 bis 35 Mrd.) und der Zugriff auf das mehrere hundert Milliarden umfassende In- und Auslandskapital Kuwaits hinzu, die den Überfall auf diesen Staat im Kalkül eines nach innen äußerst repressiven und nach außen expansiven Regimes mit einem skrupellosen Machthaber an der Spitze noch lohnender erscheinen ließen, als im Falle der Provinz Khusistan. Jedoch hat sich Saddam Hussein im Falle des Iran verrechnet, da er die Dynamik der Gegenkräfte im Revolutionsprozeß offenbar unterschätzt hatte. Und er wird sich

auch diesmal aller Wahrscheinlichkeit nach verrechnet haben. Durch die umfangreichen Waffenlieferungen, die direkte und indirekte Unterstützung, die Saddam Hussein von der Sowjetunion und westlichen Staaten während des Golfkrieges erhielt, und dadurch, daß er auch nach Beendigung des Golfkrieges sogar von staatlichem Personal westlicher Länder (beispielsweise von Mitarbeitern des BND in der Bundesrepublik) bei der Herstellung chemischer Waffen unterstützt wurde, fühlte er sich offenbar erneut ermutigt, ungestraft ein anderes Nachbarland zu überfallen. Dabei übersah Saddam Hussein, daß er die Unterstützung im Krieg gegen den Iran als Gegenleistung für die Eindämmung der Islamischen Revolution erhielt, während er durch den Überfall auf Kuwait unmittelbar massive westliche Interessen bedroht und im Begriff ist, die Kräfteverhältnisse in der Golfregion zuungunsten der USA zu verändern.

Im übrigen wirft ein Vergleich von gänzlich unterschiedlichen Reaktionen auf ein und denselben Sachverhalt, nämlich die grobe Verletzung der staatlichen Souveränität zweier Nachbarstaaten durch den Irak, gleichzeitig auch ein Licht auf die Doppelmoral und die Heuchelei westlicher Staaten. Während im Falle des Iran die USA und die übrigen wichtigen Staaten der Völkergemeinschaft die Verletzung der staatlichen Souveränität durch den Irak hinnahmen und jegliche Verurteilungen des Aggressionsaktes durch die UNO verhinderten, wird im Falle Kuwaits angesichts einer ebensolchen Aggression mit allen denkbaren Mitteln einschließlich einer militärischen Intervention reagiert. Daß nun ein Land der Dritten Welt nach dem Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems es wagt, ein anderes Land in einer Krisenregion mit dramatischen Konsequenzen für die Golfregion und für die internationalen Beziehungen überhaupt zu überfallen, resultiert meines Erachtens nicht aus der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes. Erinnert sei daran, daß derselbe Irak den Iran gerade in einer besonders turbulenten Phase der Blockkonfrontation überfallen hatte.

Hinsichtlich der Reaktionen westlicher Staaten auf die aktuelle Golfkrise schafft die Überwindung des Blockgegensatzes jedoch gänzlich neue Rahmenbedingungen. Immerhin haben die NATO-Staaten — allen voran die USA und Großbritannien, aber auch Frankreich — durch den Zerfall des Warschauer Pakts eines ihrer Ziele erreicht, in der Dritten Welt mit erheblich weniger Rücksicht auf die östliche Supermacht militärisch intervenieren zu können, was sie anläßlich der Krise am Golf vor unseren Augen auch vorführen. So unterstrich Präsident Bush auch nach dem Golf-Gipfeltreffen in Helsinki im US-Kongreß beinahe triumphierend die Feststellung: „Nicht länger kann sich ein Diktator auf den Ost-West-Gegensatz berufen, um UN-Sanktionen gegen eine Aggression zu unterlaufen" (*FR*, 13. September 1990).

Die Koalitionen

Interessant und äußerst lehrreich sind die Koalitionen, die sich als Folge der Golfkrise herausgebildet haben: Auf der einen Seite wurde der irakische Präsident Saddam Hussein, der den Panarabismus nach innen zur wirksamen Repression und nach außen zur Aggression gegen den Iran und gegen die Islamische Revolution instrumentalisiert, dabei die arabischen Regierungen zu einem Verbündeten gemacht hat, über Nacht zum Idol und Hoffnungsträger von Millionen sozial benachteiligter und gedemütigter Araber und Moslems in zahlreichen arabischen und islamischen Ländern, weil es ihm gelang, erstens bei den Arabern das Schweigen der westlichen Staaten im Falle israelischer Aggressionen im Vergleich zu ihren jetzigen Reaktionen gegenüber dem Irak als Heuchelei anzuprangern und sich als Opfer einer weltweiten amerikanisch-zionistischen Kampagne hinzustellen, zweitens die Rückgabe Kuwaits an die Rückgabe der durch Israel besetzten Gebiete zu koppeln, drittens die Parole zu propagieren, die Öleinnahmen gehörten allen Arabern und nicht nur Prinzen und Königen und schließlich viertens gegen die amerikanischen Besatzer der islamischen Heiligtümer Medina und Mekka und die arabischen Verbündeten Amerikas den Heiligen Krieg auszurufen. Mit anderen Worten erreicht es Hussein, sein machtpolitisches Koordinatensystem vom antizionistischen, antipersischen und antiislamischen Standort in die antizionistische, antiamerikanische und gegen die ehemals verbündeten arabischen Regierungen zielende islamische Richtung zu verschieben.

Auf der anderen Seite des Konflikts wurde George Bush, der Präsident des mächtigsten Staates der Welt, zum Vorreiter und Verfechter der Verteidigung der staatlichen Souveränität und des Völkerrechts. Und er führt dabei nicht nur die verunsicherten arabischen Regierungen einschließlich des Erzfeindes Syrien, selbstverständlich auch alle westlichen Staaten und ihre konservativen Medien in einer weltweiten Koalition zusammen, die jener von ihm angeordneten größten Militärintervention nach dem Vietnamkrieg militärischen, logistischen, finanziellen und moralischen Beistand leistet. Er reißt im Sturm der weltweiten Entrüstung gegen den Irak sogar auch kritische Medien wie die *Frankfurter Rundschau* — die Japan wegen dessen zögernder Haltung, die USA militärisch zu unterstützen, „außenpolitischen Kleinmut" vorwirft — und kritische und linksalternative Intellektuelle mit, die seine gefährliche Militärexpedition unkritisch hinnehmen oder gar offen rechtfertigen. Müssen aber die unbestreitbaren Fakten, zum Beispiel das Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber dem Irak im Golfkrieg, die militärische Intervention im kleinen und wehrlosen Grenada, die militärische Intervention in Panama, um einen Drogendealer zu fangen, wobei das Leben einiger tausend Menschen riskiert wurde — müssen diese Tatsachen den Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht als einen unglaubwürdigen Anwalt und Verfechter für den Schutz staatlicher Souveränität anderer Völker erscheinen lassen? Bei der Krise am Golf geht es nicht um die Verteidigung von Prinzipien, sondern um die von Interessen. Es liegt nahe, daß in diesem Konflikt der amerikanische Präsident das wichtige Gut der „staatlichen Souveränität" für andere — ökonomische, militärstrategische, hegemonialpolitische — Ziele seines Landes instrumentalisiert, ebenso wie Saddam Hussein, der die Nöte, Leiden und Emotionen der Araber und Moslems für seine machtpolitischen Ziele mißbraucht. Für ihren Irrtum werden die Araber und Moslems einen hohen Preis bezahlen müssen. Nicht geringer dürfte die Last für die blinde Gefolgschaft der militärischen US-Intervention sein, die andere zu tragen haben. Daß sich auch Menschen mit linksalternativem Anspruch als Bestandteil der weltweiten Koalition für die US-Intervention im Golf begreifen, ist jedenfalls rational nicht zu erklären. Vielmehr scheint der seit der Islamischen Revolution im Iran unterschwellig ausgetragene Kampf zweier Kulturen, der rassistisch verklärt als Kampf zwischen „Zivilisation und Barbarei" bzw. „Aufklärung und Islam" begriffen wird, die kritisch-rationale Sicht zur Einschätzung von ökonomischen und hegemonialpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten vollends zu überlagern.

Die Dimensionen der Krise

In der Tat reichen die Dimensionen der Golfkrise weit über die Aggression eines Staates und deren Abwendung hinaus. Der Konflikt hat eine kulturelle Dimension, da der irakische Überfall im öffentlichen Bewußtsein der westlichen Staaten genauso als eine Bedrohung durch den Islam erscheint, wie die militärische Besetzung eines islamischen Landes mit bedeutendsten islamischen Heiligtümern durch Ungläubige von Moslems als Bedrohung durch das Christentum empfunden wird. Angesichts reicher Ölreserven — in der Golfregion lagern 66% der nach dem gegenwärtigen technologischen Stand ökonomisch gewinnbaren Ölreserven der Welt — hat die Golfkrise auch eine, durch die Veränderung des Ölpreises sich vollziehende, Dimension der Ressourcenverteilung, die die westlichen Staaten zu strategischen Konzepten veranlaßt hat. Von gravierender Bedeutung sind dabei die militärstrategischen und hegemonialpolitischen Dimensionen des Konfliktes, da die Golfregion angesichts der reichen Ölreserven für die westlichen Staaten im allgemeinen und für die USA im besonderen erklärtermaßen eine Region von „vitalem Interesse" darstellt, wobei die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes für die NATO-Staaten in der Golfre-

gion und in der Dritten Welt überhaupt neue und gefährliche Möglichkeiten militärischer Interventionen schafft.

Die Reduktion der Golfkrise auf die Souveränitätsfrage und die Ausblendung anderer Dimensionen des Konflikts ist auf jeden Fall eindimensional und muß zu Fehleinschätzungen führen. Vielmehr ist die Berücksichtigung obiger Dimensionen des Konflikts für die Diskussion von kurz- und langfristigen, möglichst gewaltfreien Lösungskonzepten unumgänglich. Dieser Beitrag ist ein Versuch in diese Richtung.

Kulturelle Dimension: Morgenland und Abendland. Wiederbelebung eines historischen Konflikts

Saddam Hussein läßt sich in seinem nach dem Überfall auf Kuwait und der „Besetzung Saudi-Arabiens durch Ungläubige" inszenierten Propagandafeldzug als den neuen Saladin feiern und ruft durch diese historische Parallele die Erinnerungen der Moslems an die Wunden wach, die das christliche Abendland durch die Kreuzzüge in der arabischen Welt vor Jahrhunderten hinterlassen hat. Tatsächlich hatten zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert die abendländischen Kreuzritter in ihren zahlreichen Expeditionen islamische Kulturstätten vernichtet, islamische Heiligtümer besetzt gehalten und hunderttausende Moslems abgeschlachtet. Immer wieder wurden die gewaltsamen Vorstöße des Abendlandes zur Eindämmung des Islam zurückgeschlagen. Der Sieg Sultan Saladins, des Begründers der Aijubiden-Dynastie, über die Kreuzritter, den er durch die Einnahme Jerusalems 1187 erlangte, machte ihn zu einem mythischen Helden in der arabischen Geschichte, mit dem sich nun „der Führer aller Araber" aus Bagdad auf eine Stufe stellen möchte. Nicht ganz ohne Erfolg, denn hunderte Millionen Moslems nicht nur in der arabischen Welt, sondern auch in Bangladesh, in Indonesien, in Malaysia, im Iran und in der gesamten islamischen Welt empfinden den Truppenaufmarsch aus „Dar al Koffar", dem „Reich der Ungläubigen", in das islamische Land mit den bedeutendsten islamischen Heiligtümern Mekka und Medina, in das jährlich Millionen von Moslems pilgern, als eine bedeutend bedrohlichere Provokation als die Aggression Saddam Husseins gegen einen anderen islamischen Staat. Und die historischen Wurzeln der antiwestlichen Ressentiments in der arabisch-islamischen Welt müssen nicht unbedingt im Zeitalter der Kreuzzüge gesucht werden. Die Ereignisse der jüngeren und jüngsten Geschichte in den morgenländisch-abendländischen Beziehungen sind im Bewußtsein der Moslems sicherlich lebendiger.

Nach jahrhundertelanger wissenschaftlich-technischer Überlegenheit mußten die islamisch-orientalischen Völker in ihrer neueren Geschichte nicht nur den Verlust ihres Vorsprungs an das christlich-okzidentale Europa hinnehmen, sondern auch mit dem Umstand fertig werden, daß sie zu Kolonien und Halbkolonien des letzteren geworden waren. Mit dem Zerfall des Osmanischen Reiches im letzten Jahrhundert zerfällt das letzte islamische Weltreich, und mit diesem verschwinden auch die symbolischen Relikte des Ruhms und der Größe des Morgenlandes. Bereits während dieses Zerfallsprozesses haben sich die Emporkömmlinge des überlegenen Okzidents, allen voran Großbritannien und Frankreich, massiv politisch eingemischt, dem Osmanischen Reich den Todesstoß versetzt und die arabischen Bestandteile des Reiches als Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete untereinander aufgeteilt. Der Irak, Kuwait, Saudi-Arabien, die Arabischen Emirate samt ihren heutigen Grenzstreitigkeiten, der Staat Libanon, die Gründung des Staates Israel und der Palästina-Konflikt sind Produkte dieser Entwicklung. Doch die Golfregion begann erst dann, sich in ein explosives Pulverfaß zu verwandeln und sich zu einem dauerhaften Krisenherd zu entwickeln, als neben den britischen und holländischen auch die US-amerikanischen Ölkonzerne dazu übergingen, die scheinbar unbegrenzten Ölreserven der Region rücksichtslos auszubeuten und als die neue Hegemonialmacht USA die alte Hegemonialmacht Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg auch in der Golfregion ablöste.

Es ist an der Zeit, die Führung der Vereinigten Staaten an die unrühmliche Rolle, die sie und ihre Verbündeten in den letzten Jahrzehnten in der Golfregion gespielt haben, zu erinnern:

* Es waren die Vereinigten Staaten, die 1953 den besonders populären iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh mit Hilfe des CIA und des iranischen Militärs stürzten, weil er es als erster politischer Führer in der Golfregion gewagt hatte, durch die Verstaatlichung von British Petroleum der Souveränität des Iran über die eigenen Ölquellen Geltung zu verschaffen und weil er jene Kräfte im Iran symbolisierte, die bürgerlich-parlamentarische Institutionen an die Stelle der absoluten Monarchie des Schahs setzen wollten.
* Es waren die Vereinigten Staaten, die ein von der Schah-Diktatur verordnetes pseudomodernes, als „weiße Revolution" gefeiertes Wirtschaftssystem unterstützten, das die breiten Bevölkerungsschichten des Iran als Fremdkörper empfinden und ablehnen mußten. Und es waren die Vereinigten Staaten, die dieses bei seinem eigenen Volk verhaßte Schah-Regime mit massiver militärischer Aufrüstung und der Stationierung eines 40000 Offiziere umfassenden amerikanischen Beraterstabs im Iran zum Gendarmen der Golfregion machten, somit Bedrohungsängste bei den Nachbarstaaten schürten und einen noch nie dagewesenen Rüstungswettlauf in der Golfregion forcierten, der sich schließlich in dem achtjährigen Golfkrieg entlud.
* Es waren Großbritannien und Frankreich, die zusammen mit Israel 1956 einen Blitzkrieg gegen Ägypten vom Zaun brachen und die für den Weltfrieden bedrohliche Suezkrise heraufbeschworen, weil der ägyptische Präsident Nasser den Suezkanal, der bis zu diesem Zeitpunkt als kolonialistisches Relikt von Großbritannien kontrolliert wurde, verstaatlichte, um die beachtlichen Einnahmen der eigenen Volkswirtschaft zuführen zu können.
* Die Vereinigten Staaten und alle anderen Staaten des christlichen Abendlandes, aber auch die Sowjetunion, haben den laizistischen Saddam Hussein im Krieg gegen den Iran mit Waffenlieferungen, ja direkter Intervention unterstützt, um Khomeinis islamische Revolution einzudämmen.
* Die Vereinigten Staaten haben seit 1948 alle völkerrechtswidrigen Militäraktionen Israels gegenüber dessen arabischen Nachbarn und den Palästinensern legitimiert, indem sie entsprechende UNO-Resolutionen durch ihr Veto-Recht im Sicherheitsrat zu Fall brachten. Und die Vereinigten Staaten haben nie eine glaubwürdige Initiative für eine friedliche Lösung des Palästinakonflikts unternommen, obwohl sie und nur sie über alle Möglichkeiten dafür verfügen.

Ölinteressen des Westens

Jenseits propagandistischer Schaumschlägerei um die Verteidigung der staatlichen Souveränität Kuwaits wird in den Medien der westlichen Staaten und von führenden Politikern der Vereinigten Staaten unverhohlen zugegeben, daß Saddam Hussein mit seinem Überfall auf Kuwait auch Ölinteressen des Westens tangiert hat. Aus der Fülle von Äußerungen sei hier Lee Hamilton, Vorsitzender des Unterausschusses für Europa und den Nahen Osten im US-Repräsentantenhaus, aus einem *Spiegel*-Interview zitiert: „Der Grund für unseren Einsatz am Golf ist viel alltäglicher: Geld und Öl — und wer die Kontrolle darüber ausübt. Wir wollen natürlich auch einen Aggressor in die Schranken weisen" (*Der Spiegel* 34/90, S. 119f.). Hamilton benennt zwar wichtige Gesichtspunkte, läßt aber viele neue Fragen aufkommen. Was sind beispielsweise Ölinteressen, und was verbirgt sich genau hinter diesem konfus unspezifischen Begriff? Wer sind beim Kampf um das Öl die Gewinner und wer die Verlierer? Und welche Vorteile hat schließlich die Kontrolle über das Öl und für wen, für den Westen insgesamt oder nur für die Vereinigten Staaten?

Erpressung durch die Ölwaffe

Die einhellige Zustimmung für die sofortige Entsendung der US-Armee in die Golfregion nicht nur in den USA, sondern auch in West-

Iran 1953: CIA-Putsch gegen demokratische Regierung, Mossadegh vor dem Militärtribunal **Foto: ap**

europa und die einmütige Meinung westlicher Massenmedien zur Teilnahme der Streitkräfte der übrigen NATO-Staaten an möglichen Militäraktionen gegen den Irak beruht auf der offen verkündeten Zielsetzung der Militärexpedition, neben dem Rückzug der irakischen Truppen aus Kuwait auch die Ölversorgung des Westens zu sichern. Das Gespenst der Erpressung und Strangulierung des Westens durch den verrückt gewordenen Diktator aus dem Zweistromland geht um die Welt. Die Bevölkerungen der Ölverbraucherstaaten sind davon überzeugt, daß der Ölfluß aus der Golfregion tatsächlich ausbleiben könnte und in einigen Ländern deshalb unvorstellbar chaotische Zustände herbeigeführt würden. Massenmedien und Politiker dieser Staaten verstärken diese Überzeugung. Für eine solche Annahme, die nachvollziehbare Ängste hervorruft, wird allerdings kein glaubwürdiges Szenario vorgelegt. Sie resultiert entweder aus Unwissenheit oder aber aus der bewußten Irreführung der Öffentlichkeit. Eine reale Beeinträchtigung der Ölversorgung des Westens hat es in der bisherigen Geschichte noch nie gegeben, auch nicht, wie allgemein behauptet wird, während des „Sechs-Tage-Krieges" im Oktober 1973. Und eine ernstzunehmende Unterbrechung des Ölflusses kann es meines Erachtens auch in Zukunft aus folgenden Gründen nicht geben:

* Aus der Sicht der Ölproduzentenstaaten gibt es dafür keinen rationalen Grund. Ihre Ökonomien weisen durchweg stark monostrukturelle Züge auf. Der Ölanteil am gesamten Exportwert beträgt beispielsweise für die Vereinigten Arabischen Emirate 86%, für Saudi-Arabien 90%, Katar 91%, den Iran 92%, den Irak 98%, Oman 99% und für Libyen 100% (Massarat 1988a, S. 45). Das Überleben der Regierungen und das Funktionieren der Wirtschaft dieser Staaten hängt ganz entschieden vom ununterbrochenen Ölfluß ab. Der Exportausfall von so wichtigen Ölproduzenten wie dem Irak und Kuwait, die zusammen vor der Golfkrise 18% des OPEC-Exports stellten, führt — wie wir sehen — zu keiner Störung des Ölflusses. Umgekehrt wird uns durch ein Handels- und Ölembargo gegen den Irak eindrucksvoll vorgeführt, wie wirksam die Ölwaffe gegen ihre Eigentümer eingesetzt werden kann. Und dies geschieht nicht zum ersten Mal. Bereits 1952/53 haben Großbritannien, die USA und andere westliche Nationen durch einen gemeinsamen Ölboykott die Ölwaffe gegen die erste demokratisch gewählte iranische Regierung unter Mossadegh so lange eingesetzt, bis diese in eine Finanzkrise geriet und in deren Folge durch einen vom CIA gesteuerten Militärputsch gestürzt wurde (Nirumand 1967, S. 33ff.).
* Manche Ölstaaten — insbesondere die Scheichtümer und Saudi-Arabien — haben sich über ihre existenzsichernden Öleinnahmen hinaus auch durch die Anlage ihres gesamten überschüssigen Kapitals in den westlichen Staaten noch zusätzlich von letzteren abhängig gemacht. Kuwaits Kapital im Westen wird auf mindestens US $ 100 Mrd., das Auslandskapital der übrigen Scheichtümer und Saudi-Arabiens auf mindestens US $ 170 Mrd. geschätzt. Als Gegenmaßnahmen zu einem eventuellen Ölembargo seitens dieser Staaten könnte dieses Kapital jederzeit eingefroren oder gar beschlagnahmt werden.
* Selbst im Falle eines nur theoretisch denkbaren — praktisch aber angesichts divergierender Interessen der Golfstaaten unvorstellbaren — gemeinsamen Ölexportembargos der Ölstaaten am Persischen Golf (worst case), verfügen die von den Ölimporten abhängigen Industriestaaten durch Nutzung ihrer strategischen Reserven und Einsparungsmaßnahmen, durch eine Steigerung der Ölproduk-

tion in anderen Weltregionen (Nordsee, Venezuela, Mexiko, Sowjetunion und China) und durch die stärkere Nutzung anderer Primärenergien über vielfältige Instrumentarien, kurz- und auch mittelfristig wesentlich leichter eine „Durststrecke" durchzustehen als die zu 90% von Öleinnahmen abhängigen vermeintlichen Erpresser. Die Tatsache, daß die Ölstaaten des Persischen Golfs bei Zugrundelegung der Daten für 1989 mit 1081 Mio. t Öl mit ca. 67% an der OPEC-Produktion (1552,8 Mio. t) und mit 35% an der Weltölproduktion (3225,3 Mio. t) beteiligt waren sowie lediglich 13,5% des gesamten, aus Öl, Gas, Kohle, Atom- und Hydroenergie bestehenden Weltprimärenergieverbrauchs (8013,3 Mio. t Öläquivalent) abdeckten (vgl. dazu BP 1990), relativiert die ohnehin dramatisch überbewertete Bedeutung der Golfregion für die Weltenergieversorgung und verweist auf die breite Palette von Diversifizierungsmöglichkeiten bei der Energieversorgung einschließlich eines weltweit beachtlichen Energieeinsparpotentials.

Die Ölversorgung des Westens wird schon aus existentiellen Interessen der Produzentenstaaten nicht ins Stocken geraten und braucht daher auch keine politisch-militärische Absicherung durch den Westen. Eine gegenteilige Behauptung dient meines Erachtens dazu, die Ängste der Bevölkerung zu schüren und auf diese Weise weitreichende politische-militärische Interventionen zu legitimieren. Umgekehrt können die Staaten des Nordens, wie historische Beispiele zeigen, aber sehr wohl die Ölwaffe gegen die Ölproduzenten des Südens erfolgreich einsetzen. Nun fragt sich aber, was sich hinter dem Schlagwort „Absicherung der westlichen Ölversorgung" eigentlich verbirgt und welche Umstände die Golfregion für den Westen so begehrenswert und für die USA sogar zu einem Gebiet von „vitalem Interesse" werden ließen. Die Behandlung dieser Fragen ist dringlicher denn je, zumal jenes schon immer lächerlich anmutende Gespenst, „die kommunistische Sowjetunion verfolge das Ziel, durch den militärischen Zugriff auf die Golfregion, den Westen zu erpressen", heute nicht mehr an die Wand gemalt werden kann. Hierzu ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Golfstaaten und ein stichwortartiger Exkurs zur politischen Ökonomie des Öls unvermeidlich.

Verteilungskampf zwischen Nord und Süd. Unterbewerteter Ölpreis und Überausbeutung der Ressourcen

Während um die Jahrhundertwende die Vereinigten Staaten die mit Abstand bedeutendsten Ölproduzenten und -verbraucher der Welt waren und Europa hinsichtlich seines Energiebedarfs weitgehend Selbstversorger war, wurden in den agrarisch-nomadischen, als Kolonie, Halbkolonie, Protektorat und Mandatsgebiet von den Stammesclans bzw. absoluten Monarchien regierten Subsistenzökonomien am Persischen Golf gerade die ersten Ölfunde gemacht. Stets auf spärliche Steuereinnahmen und Geschenke von bäuerlich-nomadischen Untertanen angewiesen, muß es den ahnungslosen, mit den Gesetzen der Tauschökonomie und des internationalen Handels nicht vertrauten Herrschern wie ein himmlisches Geschenk erschienen sein, als sie für ein paar tausend Pfund Sterling mit den westlichen Pionieren der später die Weltökonomie beherrschenden Ölkonzerne langfristige Konzessionsverträge zur Ölausbeutung unterschreiben konnten. Nach wie vor in den Kategorien der Naturalwirtschaft befangen, wollten und konnten diese Relikte der Vergangenheit nicht begreifen, daß sie für ihr Öl einen Bruchteil dessen erhielten, was die kalifornischen Pächter anstandslos ihrem Öleigentümer als Pachtzins oder Grundrente gewährten. Die Geheimnisse der Marktwirtschaft blieben ihnen selbst dann noch verborgen, als sich herausstellte, daß die Ergiebigkeit ihrer Ölquellen ein Vielfaches der kalifornischen Ölquellen betrug. Als schlechte Anwälte der Natur und sorglose Verwalter der Interessen der eigenen Völker öffneten sie den öldurstigen britischen, holländischen, französischen und vor allem US-amerikanischen Konzernen während der folgenden Jahrzehnte die Pforten ihrer natürlichen Schatzkammern und wurden mehr oder weniger zu Almosenempfängern und stummen Zuschauern eines noch nie dagewesenen Wirtschaftsbooms in den entwickelten kapitalistischen Ländern, dessen Motor unbestritten eben das zu Schleuderpreisen erworbene Öl aus der Golfregion war (ausführliche Analyse dieser Zusammenhänge s. Massarrat 1980). Damit wurde in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd, zwischen ökonomisch, politisch und militärisch gänzlich ungleichen Parteien, zwischen der fortgeschrittenen kapitalistischen und der stagnierenden traditionellen Produktionsweise ein System mit strukturellem Nord-Süd-Gefälle etabliert, das hinsichtlich seiner Ausbeutungsdimensionen und der Folgen für die Natur und die Menschheit alle kolonialen Handelsbeziehungen der vergangenen Jahrhunderte in den Schatten stellt:

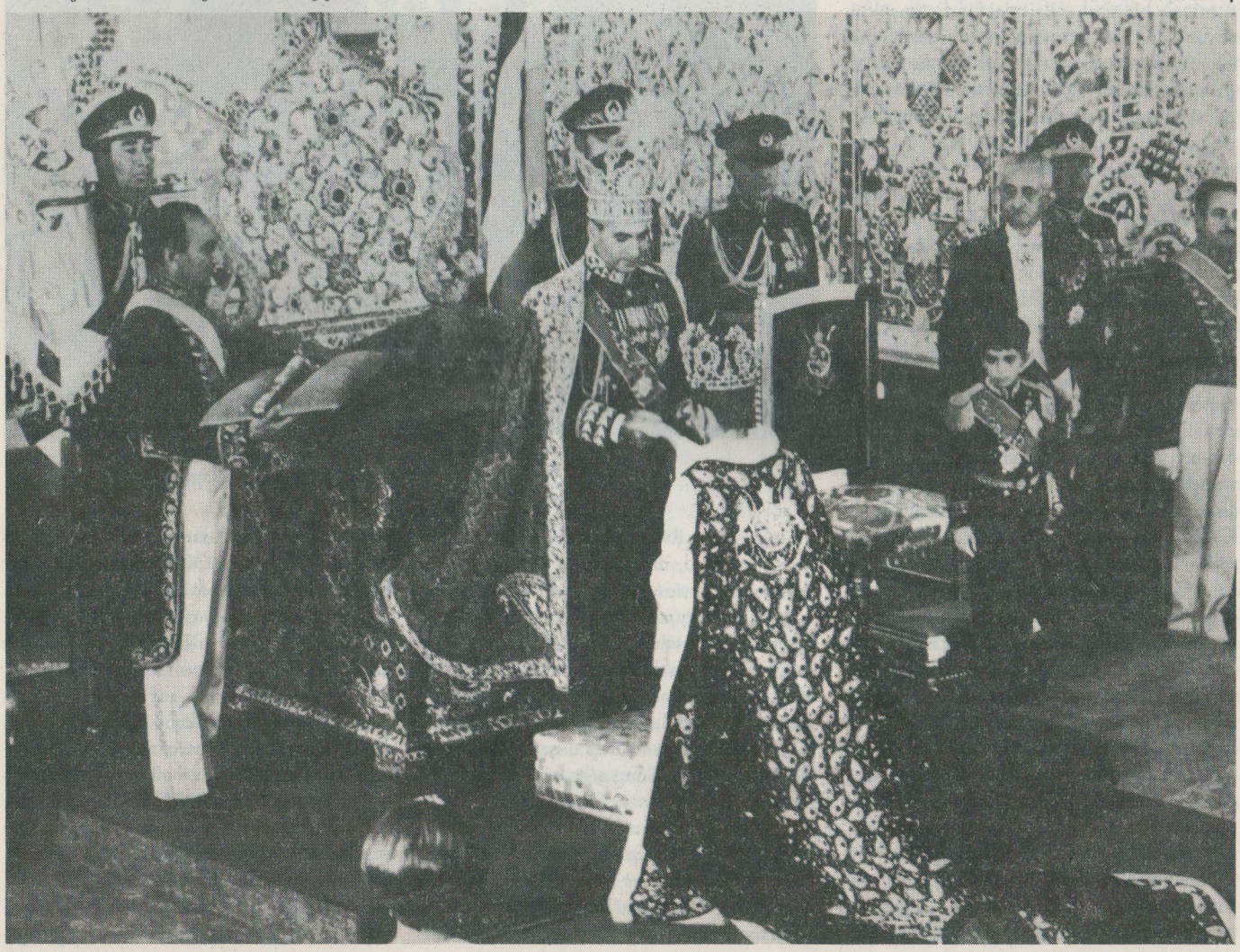
* Die Ölstaaten der Golfregion wurden in diesem System durch Konkurrenz untereinander dazu verdammt, immer größere Ölfunde zur Ausbeutung freizugeben, als seien diese unerschöpflich, während die Vereinigten Staaten und in wesentlich stärkerem Maße auch Westeuropa und Japan ihre alte und kostspielige Energieversorgung auf der Basis der heimischen Primärenergie binnen weniger Jahre auf das spottbillige, weil immens unterbewertete Öl aus der Golfregion und zunehmend auch aus Nordafrika (Algerien und Libyen) umstrukturierten. So wurde die Schwäche unterentwickelter Gesellschaften des Südens rücksichtslos mißbraucht, um ein expansionistisches Wachstumsmodell in den entwickelten kapitalistischen Staaten und Teilen der Dritten Welt zu forcieren, dessen ökologisch destruktive Dimensionen, wie die Überausbeutung von nicht regenerierbaren Energieressourcen bei gleichzeitiger Schadstoffbelastung für die Umwelt und die Erwärmung der Erdatmosphäre, nunmehr immer deutlicher zutage treten.
* Durch das sorglos und in riesigen Mengen für die Weltwirtschaft geförderte Öl zu Niedrigpreisen wurden die Voraussetzungen für die Entwicklung und Anwendung von alternativen, insbesondere regenerativen Energien im Norden wie im Süden verschlechtert und die Einlösung solcher Möglichkeiten um Jahrzehnte verzögert.
* Die Unterbewertung des Öls aus der Golfregion und den anderen OPEC-Staaten verschaffte den Regierungen der ölimportierenden Staaten des Nordens die Möglichkeit, über wirtschaftspolitische Hebel wie Zölle und Mineralölsteuern über Jahrzehnte auf Kosten der Ölexporteure ihre Staatshaushalte zu sanieren und so hunderte Milliarden Dollar aus dem Süden in den Wirtschaftskreislauf des Nordens umzuleiten.
* Die Verlierer waren bei diesem System ungleicher Handelsbeziehungen auf allen Ebenen die Völker des Südens, da ihnen nicht nur ihre Naturreichtümer unwiderruflich buchstäblich unter den Füßen weggezogen, sondern ihnen obendrein die ökologischen Folgen der im Norden verursachten Energieverschwendung aufgebürdet werden. Auch die im Vergleich mit agrarischen Rohstoffproduzenten des Südens relativ hohen Renteneinnahmen der Ölstaaten gelangen einmal über den Austausch gegen Waffen in den Norden zurück, die wiederum die sozialen, ethnischen und nationalen Konflikte auf die Spitze treiben und mörderische Kriege verursachen. Von den gesamten in den 80er Jahren erzielten Einnahmen von US $ 1150 Mrd. haben die ölproduzierenden Länder US $ 460 Mrd. (40%) für Waffen ausgegeben (*taz*, 13. September 1990). Zum andern gelangten diese Renteneinnahmen über die mit dem Norden verbündeten und von ihm abhängigen Petro-Oligarchien Kuwaits, der anderen Emirate und Saudi-Arabiens als „überschüssiges Kapital" ebenfalls in den Wirtschaftskreislauf des Nordens, schaffen nicht in Kairo, Alexandria, Amman, Bagdad, Beirut usw., sondern in München, Stuttgart, Paris, London, New York usw. Arbeitsplätze und tragen so zur weiteren Anhebung des Wohlstandes des Nordens bei.

Die oben angeführten beiden Phänomene, erstens Protektionismus der westlichen Ölimporteure und zweitens Existenz von Petro-Oligarchien in der Golfregion, haben sich inzwischen zu wirksamen strukturellen Hebeln für die Lenkung von Kapital und Ölressourcen vom Süden in den Norden entwickelt. Beide Faktoren unterminieren in au-

ßergewöhnlicher Weise die Gesetze der Tauschökonomie und des internationalen Handels: In der internationalen Ökonomie gibt es kein einziges Massenimportgut, dessen Import zum Schutz der eigenen Anbieter und zwecks einer Manipulation der Weltmarktpreise so massiv durch Zölle bzw. Importsteuern eingeschränkt wird, wie das Öl aus den OPEC-Staaten. Zölle und Mineralölsteuern auf das OPEC-Öl, die in allen westlichen Industriestaaten erhoben werden und bis zu zwei Drittel des Endverbraucherpreises ausmachen, haben für die Ölimporteure vor allem die Funktion, den OPEC-Ölmarkt mit einem Anteil von ca. 19% an der Weltenergieproduktion von den freien, die restlichen 81% der Weltprimärenergien — Öl, Kohle, Erdgas und Atomenergie — umfassenden, Energiemärkten abzuschotten, somit also den Öl-Importpreis künstlich auf einem möglichst niedrigen Niveau zu halten und schließlich die Differenz zwischen dem Öl-Importpreis und dem Endverbraucher-, d.h. dem tatsächlichen Marktpreis, selbst zu kassieren. Diese Differenz übersteigt in der Regel bei weitem den Ölimportpreis und führt dazu, daß auch die Zoll- bzw. Steuereinnahmen der Ölimporteure erheblich höher sind, als die gesamten OPEC-Einnahmen. In der Bundesrepublik Deutschland entfielen beispielsweise vom Endpreis einer 50-Liter-Tankfüllung Treibstoff, der im August 1990 DM 67,- betrug, DM 41,50 (62%) auf den bundesrepublikanischen Staat, DM 14,50 (21,6%) auf die Förderländer (Importpreis), DM 8,50 (12,7%) auf die Mineralölkonzerne und DM 1,50 (3,7%) auf die Tankstellen.

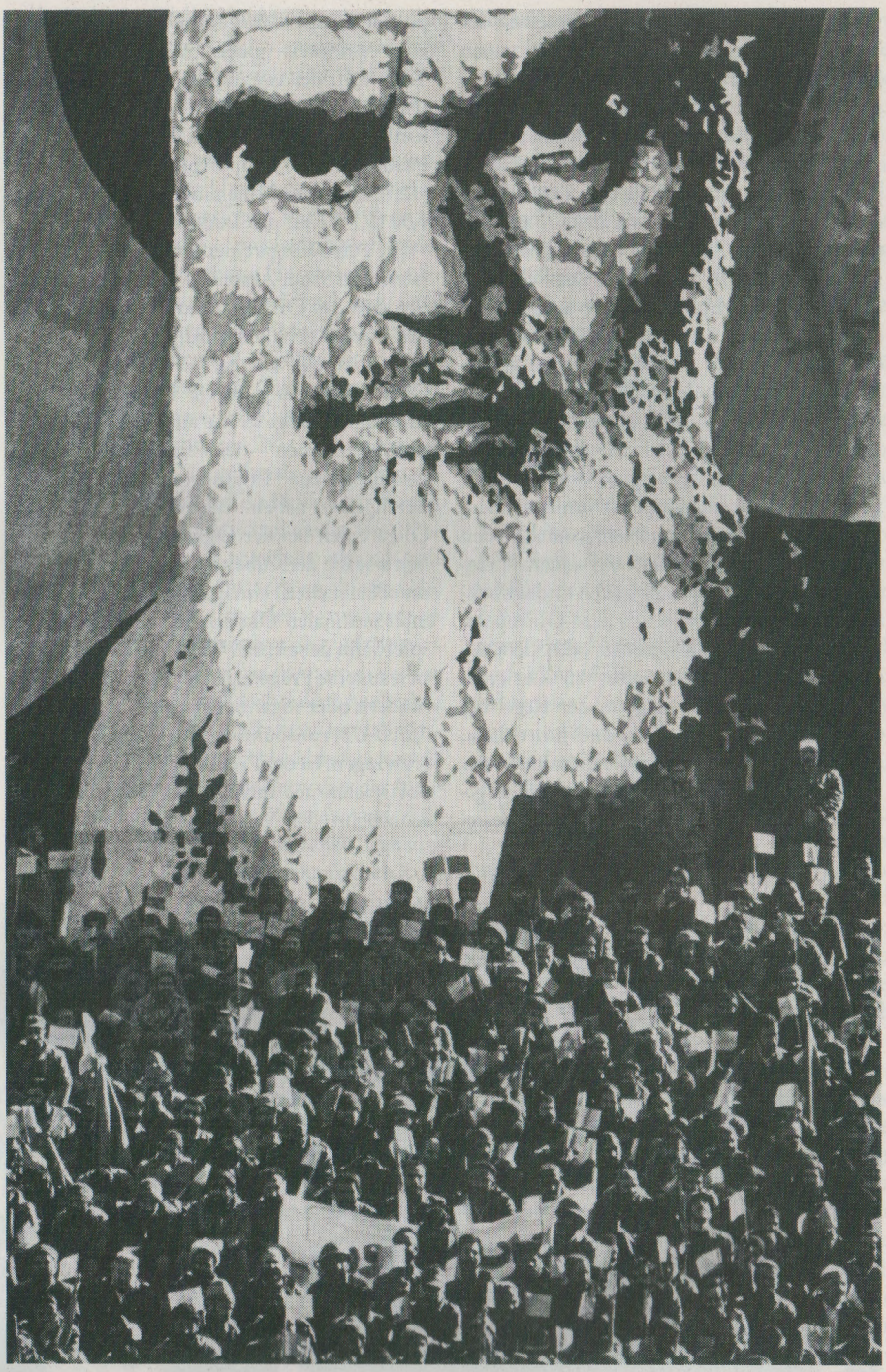
Die Petro-Oligarchien in Kuwait, den Emiraten und Saudi-Arabien sorgen ihrerseits dafür, daß das OPEC-Öl auf einem niedrigen Preisniveau gehalten wird, indem sie mit ihrem Ölanteil von ca. 40% innerhalb der OPEC stets für niedrige Preise eingetreten sind und niedrige Preise auch mit ganz wenigen Ausnahmen — teilweise sogar durch die Drohung zur Produktionsausweitung — durchgesetzt haben. Auch die Rolle der Petro-Oligarchien bei der Ölpreisbildung ist, ähnlich wie die der Ölbesteuerung durch die Verbraucherstaaten, einzigartig. Es dürfte in der internationalen Ökonomie kein anderes Beispiel dafür geben, daß Warenproduzenten von sich aus eine Preissteigerung für ihre Ware verhindern oder sogar bereits sind, zum Beispiel durch Überproduktion eine Preissenkung zu erzwingen. Ist der Protektionismus der Ölimportstaaten aus ihrer Sicht nachvollziehbar, so scheint das Verhalten der Petro-Oligarchien gänzlich widersinnig zu sein. Tatsächlich entbehrt auch ein solches Verhalten auf den funktionierenden Märkten jedweder Rationalität. Doch läßt die doppelte Funktion der Petro-Oligarchien, zum einen als Ölproduzenten der Golfregion und zum andern als Kapitaleigner in den westlichen Industrieländern zu fungieren, ihr Verhalten als Ölproduzenten in einem anderen Licht erscheinen. Als Eigner einer in den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik und Japan etc. investierten Kapitalsumme von mindestens US $ 270 Mrd. — wobei Kuwaits Einnahmen aus dem Auslandskapital bereits über seinen Öleinnahmen liegen — folgen die Petro-Oligarchien offenbar eher der Logik der ölverbrauchenden Ökonomien westlicher Industriestaaten, die bestrebt sind, alle Kostenfaktoren, insbesondere bei importierten Produktionsfaktoren, möglichst niedrig zu halten, als den ökonomischen Rationalitätskriterien der Ölproduktion. Allein die Gesetze der Tauschökonomie machen es bei der ökonomisch rationalen Ressourcenproduktion zwingend notwendig, daß bei nicht regenerierbaren Ressourcen die Preise ansteigen müssen. Dadurch aber, daß die Petro-Oligarchien der Golfregion selbst diese für einen nachhaltigen Schutz von natürlichen Ressourcen ohnehin

US-Liebling Schah – von der eigenen Bevölkerung gehaßt **Foto: ap**



unzureichenden Marktgesetze außer Kraft setzen, betreiben sie das Geschäft der Ölkonsumenten und tun so, als wollten sie jene immensen Ölressourcen, über die sie nur zufällig verfügen, so intensiv wie möglich ausplündern, um auch selbst alsbald ihrer bereits in die Ölverbraucherwelt des Nordens geschleusten kapitalisierten Beute zu folgen. In der Tat sind diese parasitären Petro-Oligarchien in ihrer ökonomischen Funktion integraler Bestandteil der ölverbrauchenden Industrieländer des Nordens und mißbrauchen ihre historischen und kulturellen Bindungen mit der Golfregion im Interesse des Nordens und gegen die Interessen der Völker dieser Region und gegen die Natur überhaupt. Vor dem Hintergrund dieser Analyse dürfte nun offensichtlich geworden sein, weshalb über Jahrzehnte hinweg westliche Industriestaaten gerade diese autoritären, konservativen bis reaktionären und durch keinerlei demokratische Institutionen legitimierten Petro-Oligarchien stets als „gemäßigte" Ölproduzenten feierten und sie als verläßliche Partner in der Golfregion einstuften. Andererseits zeigt sich, daß Moamar el Ghaddafi, Ayatollah Khomeini und nun auch Saddam Hussein mit ihrer Kampfansage an die Petro-Oligarchien, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Motive, den Nerv des neokolonialistischen Ausbeutungskreislaufs getroffen haben. Die Golfregion ist somit ein klassisches Beispiel für die Ausplünderung des Südens und der Natur durch den Norden und symptomatisch für die besonders gigantische Dimension von Ressourcenausbeutung, wenn der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie mit dem Nord-Süd-Gegensatz ineinandergreift.

Ein derartig zerstörerisches und auf Ungleichheit zwischen Nord und Süd beruhendes System, das der latente Transfer von natürlichen Ressourcen und Kapital von Süden nach Norden in Gang hält, ist wahrlich kein stabiles System, das auf Dauer Bestand haben kann. Vielmehr fordert es die betroffenen Völker des Südens heraus, aufzubegehren und dieses ungleiche Verhältnis zu beseitigen und den Transfer von Ressourcen und Kapitel im eigenen Interesse zu stoppen. Wichtige Voraussetzungen für eine solches Aufbegehren sind jedenfalls in den meisten Ölstaaten der Golfregion und der OPEC längst herangereift. Hier vollziehen sich umfassende soziale und politische Umwälzungen, die in sozialen Differenzierungen, in der Herausbildung mittelständischer und bürgerlicher Schichten, in der Entstehung einer Elite von qualifizierten Fachkräften, die die Wissenslücke der archaischen Machthaber kompensierten, und in politischen Bewegungen zum Ausdruck kommen, die nicht länger bereit waren und sind, das immer noch vorherrschende System der latenten Übervorteilung durch den Norden hinzunehmen. Die Verstaatlichung der Ölindustrie 1951 im Iran durch die bürgerliche und demokratisch legitimierte Regierung Mossadegh, die Gründung der OPEC 1960,



Die Rückkehr des Islam – auch ein Resultat der falschen Politik von USA und Europa

die algerische Revolution 1962, der Palästinenseraufstand, der zu einer Dauerkrise in der Region geworden ist, der Sturz der Monarchien in Ägypten 1952, im Irak 1958, in Libyen 1969 und schließlich des Schah-Regimes durch die islamische Revolution im Iran 1979 sind markante Stadien eines Prozesses zur teilweisen Überwindung des strukturellen Nord-Südgefälles in einem Teil unserer Welt, der zwar mächtig in Gang gekommen, aber keineswegs abgeschlossen ist. Die erste sprunghafte Ölpreissteigerung 1973/74 und die zweite noch stärkere Ölpreiserhöhung 1979, die sinnigerweise aus der Sicht des Nordens als die erste und die zweite Energiekrise charakterisiert wurden, waren Ausdrucksformen der Umverteilung von Ressourcen in diesem Prozeß. Der Ölpreis der OPEC-Staaten ist in der Tat der einzige ökonomische Hebel im Verteilungskampf zwischen dem Norden und dem Süden. Wird es wie bisher gelingen, ihn mit Hilfe von wirtschaftspolitischen und politischen Instrumentarien auf einem unterbewerteten niedrigen Niveau zu halten, so wird der gigantische Ressourcenfluß von Süden nach Norden aufrechterhalten. Würde es dagegen den Golf- und OPEC-Staaten gelingen, das oben beschriebene neokolonialistische System zu durchbrechen, so würde der Ölpreis steigen und auch steigen müssen, damit die einseitige Ausbeutung der Golfregion und der Natur gebremst und zum Erliegen ge-

bracht werden kann.

Reaktionen des Westens auf den Verteilungskampf

Die westlichen Industriestaaten des Nordens wollten und wollen allerdings immer noch das neokolonialistische System des strukturellen Nord-Süd-Gefälles in der Golfregion — wie übrigens gegenüber allen anderen rohstoffproduzierenden Regionen des Südens — aufrechterhalten. Um den einseitigen Fluß natürlicher Ressourcen und Kapital von der Golfregion nach Japan, Westeuropa und den Vereinigten Staaten nicht zu unterbrechen und den mehr oder weniger „blühenden" Wachstumsprozeß ihrer Ökonomien auf Kosten der Natur und des Südens nicht zu stören, waren und sind diese Staaten nicht bereit, die in der Golfregion in Gang gekommene Veränderung der Kräfteverhältnisse und den damit einhergehenden Prozeß der Ressourcenumverteilung hinzunehmen. Auf die oben dargestellte Entwicklung in diesem Prozeß haben sie unter der Hegemonie der Vereinigten Staaten seit dem Beginn der 50er Jahre stets mit Handelsembargos, direkten und indirekten Interventionen im Rahmen einer immer dilettantischer wie aggressiver werdenden Globalstrategie reagiert.

So steckte 1957 Präsident Eisenhower den Interventionsrahmen der US-Regierung in der nach ihm benannten Doktrin der „Containment Policy" ab, deren Kern darin bestand, den befreundeten Regierungen der Golfregion im Falle eines Vordringens des Kommunismus Wirtschafts- und Militärhilfe zu gewähren. Diese offizielle Politik wurde formuliert, nachdem derselbe Präsident Eisenhower mit Unterstützung westeuropäischer Industriestaaten durch den Sturz des iranischen Ministerpräsidenten Mossadegh 1953 seine Entschlossenheit an den Tag gelegt hatte, keine Veränderung der Verhältnisse in der Region zuzulassen. Nach dem Abzug der britischen Truppen aus der Golfregion 1970/71 gingen die Vereinigten Staaten dazu über, das Machtvakuum zu füllen, indem sie den Iran und Saudi Arabien als ihre Brückenköpfe in der Region massiv aufrüsteten. Gemäß der Nixon-Doktrin der „Twin Pillar Policy" sollten der Iran und Saudi-Arabien stark genug werden, um aus eigener Kraft nicht nur die innere und äußere Bedrohung der eigenen Regime abzuwenden, sondern darüber hinaus auch die wackelige Macht der Herrscher in den ölreichen Scheichtümern zu stützen (Kuniholm 1987).

Diese Strategie brach zusammen, da sie mit dem Schah-Regime eine ihrer Säulen verlor. Die 40000 amerikanischen Militärberater im Iran, die Bestandteil dieser Strategie waren, wurden über Nacht von Khomeinis Revolutionären aus dem Iran hinausgworfen. Fortan sollten nicht nur neue Verbündete das Schah-Regime ersetzen und „vitale Interessen des Westens" in der Golfregion schützen, sondern die USA sollten die Fähigkeit erlangen, bei Bedarf selbst direkt militärisch intervenieren zu können. Die Grundlage für eine solche veränderte Strategie schuf im Januar 1980 die „Carter-Doktrin", wonach die Region des Persischen Golfs auch offiziell und offensiv zum „Interessengebiet der USA" erklärt und den „befreundeten" Regierungen und herrschenden Familienclans angeraten wurde, eine „kooperative Sicherheitspolitik" zu initiieren. Das Kernstück der neuen US-Strategie, nämlich der Aufbau von Rapid Deployment Force (RDF; Schnelle Eingreiftruppe), blieb der Reagan-Administration vorbehalten. Diese Truppe, die als mobile Armee möglichst überall in der Welt, insbesondere in der Golfregion, eingesetzt werden sollte, ist inzwischen 400000 Mann stark und hat auch bereits in Ägypten Manöver abgehalten. Im Rahmen der „kooperativen Sicherheitspolitik" wurde dem bevölkerungsreichen, aber finanzschwachen Ägypten und dem bevölkerungsarmen, aber finanzkräftigen Saudi-Arabien die Aufgabe zugedacht, gemeinsam die Funktion des Schah-Regimes in der Region zu übernehmen und im Bedarfsfall der RDF eine umfassende infrastrukturelle und logistische Unterstützung zu gewähren. Dieser Fall ist zunächst eingetreten, als in der letzten Phase des Golfkrieges Irak begann, die Öltanker auch der übrigen Golf-Anrainerstaaten anzugreifen und Kuwait die USA und die Sowjetunion um militärischen Geleitschutz ersuchte. Diesem Ersuchen kam die US-Regierung mit großer Genugtuung nach, um durch direktes Eingreifen in das Kriegsgeschehen einen iranischen Sieg zu verhindern und durch direkte militärische Präsenz ihre Glaubwürdigkeit sowohl gegenüber den verunsicherten Scheichs und dem Saud-Clan hinsichtlich des Schutzes dieser Herrscher wie auch gegenüber den übrigen westlichen Industriestaaten hinsichtlich der „Sicherung der Ölversorgung" vor Augen führen zu können. Das Verhalten der Vereinigten Staaten und auch anderer westlicher Industriestaaten bezüglich des Golfkrieges, das durch Waffenlieferungen an beide Seiten und offene Unterstützung des zeitweise in die Defensive geratenen Irak gekennzeichnet war, entsprach im übrigen dem globalen ökonomischen Ziel westlicher Industrieländer an der Ölfront, hatte die Fortsetzung dieses Krieges doch die „Ölversorgung des Westens" nicht nur zu keinem Zeitpunkt gestört, sondern im Gegenteil für eine latente Öl-Überproduktion und Preissenkung gesorgt. Nun nimmt Präsident Bush in voller Übereinstimmung mit der gültigen US-Golfstrategie den gewaltsamen Überfall des Irak auf Kuwait zum Anlaß, die gut trainierte Eingreiftruppe ungeachtet aller Risiken für den Weltfrieden in dem Land zu stationieren, das über die größten Ölreserven der Welt verfügt und deshalb für die Aufrechterhaltung des billigen Ölflusses im Interesse westlicher Industriestaaten die Schlüsselrolle innehat. Im Rahmen einer konsequenten Weiterentwicklung ihrer Golfstrategie bewegt sich auch der neuerliche Vorschlag der Vereinigten Staaten, in der Golfregion unter ihrer Führung ein regionales Sicherheitssystem nach dem Modell der NATO zu etablieren, das ihre militärische Präsenz auch nach der Beendigung der Golfkrise unerläßlich machen würde.

Die oben dargelegte Golfstrategie in ihren verschiedenen Phasen, deren Hauptzweck darin besteht, letztlich auch unter Einsatz militärischer Gewalt die neokolonialistischen Handelsbeziehungen mit den Ölstaaten aufrechtzuerhalten und zu verhindern, daß die Völker dieser Staaten die volle Souveränität über ihre eigenen Ressourcen erlangen und für ihr Öl im freien Handel auf den internationalen Märkten das erhalten, was es wert ist, steht im Einklang mit kurzfristigen ökonomischen Interessen aller Ölverbraucherstaaten, Japans und der westeuropäischen Staaten, weshalb letztere auch bereit sind, sich an den entsprechenden militärischen Aktionen zu beteiligen oder aber diese mit finanziellem und moralischem Beistand mit zu verantworten.

Sonderinteressen der USA

Von einem Ölpreis auf möglichst niedrigem Niveau profitieren kurzfristig die Ökonomien der USA, der Europäischen Gemeinschaft und Japans gleichermaßen. Über das gemeinsame Interesse hinaus „verteidigen" die Vereinigten Staaten in der Golfregion auch ihre eigenen ökonomischen und geostrategischen Sonderinteressen:

* Durch ihre besonderen Beziehungen zu den Petro-Oligarchien der Golfregion sichern sich die Vereinigten Staaten gigantische Rüstungsaufträge und lenken einen beachtlichen Teil der Öleinnahmen der Förderländer im Austausch mit den offenbar nicht einmal militärisch funktionierenden Rüstungsgütern in die US-Ökonomie und die Kassen der Rüstungskonzerne. Dank dieser politischen Beziehungen gelangen auch die übrigen US-Konzerne, beispielsweise in Saudi-Arabien zu umfangreichen Aufträgen, die sie auf den freien Märkten in Konkurrenz zu europäischen und japanischen Mitanbietern wahrscheinlich nicht erhalten hätten. Die Aufträge für wichtigste Industrie- und Bauprojekte der 80er Jahre in Saudi-Arabien — so z.B. der Bau der neuen Industriestadt Dschubai (Vertragsvolumen US $ 45 Mrd.), der Aufbau eines petrochemischen Milliardenkomplexes in Jambua, der Bau des König Chalid-Flughafens in Riad (3,2 Mrd.) und die Erschließung des Gasvorkommens im „North Field" in Qatar, eines der größten Industrieprojekte des Jahrzehnts — erhielt allein der Bechtel-Konzern aus Kalifornien (*Der Spiegel* 48/1987).
* Die Pflege und die Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Petro-Oligarchien der Golfregion sowie der Schutz der Herrscherclans in ihrem jeweiligen Machtbereich vor

feindlichen Übergriffen, aber auch vor einem innenpolitischen Umsturz, notfalls auch durch direkte militärische Intervention, hat für die Vereinigten Staaten auch eine vor allem gegen Europa und Japan gerichtete hegemonialpolitische Bedeutung. Indem sie sich als Patron „westlicher Ölquellen" in der Golfregion aufspielen und bei jeder passenden Gelegenheit, so beispielsweise in der letzten Phase des Golfkrieges und erneut auch jetzt, massiv militärisch in der Golfregion intervenieren, wollen die Vereinigten Staaten demonstrieren, daß sie und nur sie durch die Kontrolle des Öls der Golfregion die Aufrechterhaltung des Ölflusses nach Europa und Japan zu garantieren in der Lage sind, und daß deshalb Westeuropa und Japan die Sicherheit ihrer Ölversorgung den Vereinigten Staaten zu verdanken haben.

Spätestens an dieser Stelle dürfte die tatsächliche Bedeutung des von Lee Hamilton hervorgehobenen US-Interesses, das Öl der Golfregion zu kontrollieren (s.o.), deutlich geworden sein. Tatsächlich ist und war die Kontrolle der Golfregion schon immer ein wichtiges Verbindungsglied in der US-Hegemonialstrategie auch und gerade gegenüber den eigenen Verbündeten, das dazu diente, deren Unterordnung unter die eigene Hegemonialmacht innerhalb der NATO zu unterstreichen, den außenpolitischen Handlungsspielraum der EG und Japans, insbesondere in ihren Beziehungen zum Nahen und Mittleren Osten, zu beschneiden und ihnen hier und da auch ökonomische Zugeständnisse abzutrotzen. Heute dient es dazu, die NATO auch nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes aufrechtzuerhalten und die eigene militärische Hegemonialposition vor einem weiteren Zerfall zu bewahren. Die hier analysierten Sonderinteressen erklären auch, weshalb die Vereinigten Staaten ihre militärische Intervention in der Golfregion ohne jegliche Konsultation erst durchführen und dann ihre Verbündeten zur „Übernahme der Verantwortung" unter Druck setzen. Die alten Kolonialmächte England und Frankreich haben kein Problem, bei der US-Intervention in der Golfregion selbst mitzuziehen, um u.a. auch das Feld nicht allein den USA zu überlassen. Verantwortliche Politiker der anderen EG-Staaten und Japans scheinen — im Gegensatz zu einigen Massenmedien dieser Staaten — das kuriose Spiel der USA zu durchschauen, das die Kosten einer auch gegen sie gerichteten Politik auf sie überwälzen soll. Angesichts dieser kurzfristigen ökonomischen Interessen hinsichtlich des niedrigen Ölpreises — und hierbei haben die Vereinigten Staaten in der Golfregion tatsächlich eine reale Funktion — unterstützten und ermutigen die EG-Staaten und Japan durch die Übernahme von logistischen und militärischen Aufgaben bzw. finanziellen Lasten die gefährliche Interventionspolitik der USA und verfolgen eine Politik der Aufrechterhaltung des gegenwärtigen umweltgefährdenden und gegen die Golfregion gerichteten Wirtschaftskreislaufs.

Buchladen & Café
Berger Straße 18
(U-4 Merianplatz)
6000 Frankfurt-M.1

Buchladen
geöffnet
Mo-Fr: 10.00-18.30
Sa: 10.00-14.00
Telefon 069-448738

Café
geöffnet
Mo-Sa: 9.00-1.00
So: 10.00-1.00
Telefon 069-447989

Perspektiven für die Golfregion

Das gegenwärtig noch bestehende System in der Golfregion, das diese Region zum bloßen Öllieferanten des Westens und Abnehmer von Waffen aus allen Ländern der Welt degradiert, ist ein in sich instabiles System. Der Sturz des Schah-Regimes, der Golfkrieg und nun der Überfall des Irak auf Kuwait sind Ausdruck dieser Instabilität. Durch die gewaltsame Unterdrückung einer bürgerlich-demokratischen Entwicklung 1953 im Iran haben die Vereinigten Staaten einen historischen und insgesamt friedlich sich vollziehenden Prozeß des Übergangs von alten kolonialen zu emanzipierten Beziehungen zu westlichen Staaten abgebrochen, der für die gesamte Golfregion und die Neuordnung der ökonomischen und politischen Verhältnisse in dieser Region eine durchaus realistische Alternative gewesen wäre und dort eine Pionierrolle hätte übernehmen können. Insofern tragen insbesondere die USA für die gegenwärtige, von ihnen selbst mitgestaltete Instabilität in der Golfregion eine große Mitverantwortung. Nun steht diese Region vor zwei Alternativen:

Wettrüsten und Kriege

Entweder wird das gegenwärtige Modell mit allen politischen und militärischen Mitteln beibehalten und die gegenwärtige Golfkrise gewaltsam „gelöst", so, wie Henry Kissinger und noch offener israelische Militärs — etwa der Reservegeneral Avigdor Bengal — unverhohlen vorschlugen (*taz* 29.8.1990). Oder die Krise wird durch einen den irakischen Expansionismus in seiner Dynamik nicht treffenden Kompromiß beendet. In beiden Fällen dürften weiteres Wettrüsten, weitere gewaltsame Auseinandersetzungen und Interventionen in der Region nicht zu vermeiden sein. Es ist auch keineswegs ausgeschlossen, daß die Gegensätze zwischen Europa, Japan und den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit der Golfregion aufbrechen und daher gerade nach dem Ende der Bipolarität zwischen einstigen Verbündeten ernsthafte politische und militärische Spannungen entstehen könnten. Und wer wollte und könnte garantieren, daß bei diesen Alternativen das Pulverfaß Golfregion mit dramatischen sozialen, ethnischen, nationalen und machtpolitischen Gegensätzen, mit der Fülle der inzwischen angehäuften einschließlich atomaren und chemischen Waffen, irgendwann außer Kontrolle gerät und explodiert?

Die dramatische Entwicklung des Wettrüstens in der Region werden durch die Zahlen der gesamten Rüstungsausgaben dieser Staaten zum Ausdruck gebracht, die im Zeitraum von 1980-1988 für Saudi-Arabien US $ 181 548 Mrd., für den Irak US $ 91 404 Mrd., für den Iran US $ 46 572 Mrd., für Israel US $ 39 463 Mrd. und für Ägypten US $ 24 075 Mrd betrügen (SIPRI Yearbook 1990: 186f.). Sollte sich diese Entwicklung des Wettrüstens in der Golfregion auch in den 90er Jahren fortsetzen, so ist — unabhängig vom Ausgang der gegenwärtigen Krise — ein neuer Krieg in der Golfregion sehr wahrscheinlich. Unvorstellbar bleibt dabei, wie die Region angesichts der chemischen aber auch der atomaren Waffen in Israel, im Irak und demnächst auch Iran und Syrien nach einem neuen Krieg aussehen wird.

Die friedliche Alternative

Andererseits kann die längst fällige Neuordnung der Beziehungen innerhalb der Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie weiter der Beziehungen dieser Region zu den westlichen Industriestaaten aber auch einen friedlichen Verlauf nehmen. Zuallererst und unmittelbar müssen Aggressionen einzelner Staaten gegen ihre Nachbarn zurückgewiesen werden. Dies gilt gegenüber dem Irak genauso wie gegenüber dem Staat Israel, der seit 1948 immer wieder die Annexion von Territorien seiner arabischen Nachbarn vorexerziert hat, ohne in seine Schranken gewiesen zu werden. Im gegenwärtigen Fall besteht kurzfristig durchaus die Möglichkeit einer deeskalierenden Lösung der Golfkrise durch eine konsequente Wirtschaftsblockade des Regimes von Saddam Hussein und die Durchsetzung der Blockade mit Hilfe einer von der UNO unter der Beteiligung einer von neutralen Mittelmächten zusammengestellten Truppe, die alsbald an die Stelle der amerikanischen, engli-

Iran 1980: US-Politik zur Geiselbefreiung endet in der Wüste

schen und französischen Truppen treten wird. Eine solche Alternative mag zwar Saddam Hussein weniger abschrecken als die geballte US-Präsenz. Andererseits wird aber hierbei die gegen die US-Präsenz in der Golfregion gerichtete Unterstützung von Saddam Hussein durch Araber und Moslems entfallen und diese in erheblich größere Isolation zwingen. Nach einer erfolgreichen Zurückweisung Saddam Husseins durch die Weltgemeinschaft muß die friedliche Lösung des Palästinakonflikts auf der Tagesordnung stehen. Auch Israel müßte — notfalls durch äußeren Druck — zu einer für Palästinenser und Araber akzeptablen und durch die Weltgemeinschaft anerkannten Lösung gezwungen werden und nicht wie bisher kritiklos und ohne Schaden davonkommen.

Mittel- und langfristig besteht für die Golfregion die durchaus realistische Alternative einer um den Nahen Osten erweiterten Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft, die ihre Wirtschaftsbeziehungen mit westlichen Staaten auf der Basis von gleichwertigen Handelspartnern neuordnet, die die Ölressourcen im eigenen Interesse und im Interesse der gesamten Menschheit verantwortungsbewußt nützt, die die Öleinnahmen für umfassende soziale und ökonomische Reformen in der gesamten Region verwendet, die Süd-Süd-Beziehungen intensiviert und in den besonders benachteiligten Ländern des Südens beispielhafte Entwicklungsprojekte finanziert. In einer solchen Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft kann Israel einen wichtigen Platz einnehmen, wird es für die Petro-Oligarchien und kostspieligen Militärapparate keinen Platz mehr geben, werden sich Voraussetzungen für die Demokratisierung der totalitären Staaten der Region für mehr Toleranz und für die Autonomie von ethnischen und religiösen Minderheiten erheblich verbessern. Diese Alternative muß und kann freilich nur aus der Region selbst herauswachsen, erfordert aber dennoch eine neue flankierend unterstützende Politik der westlichen Staaten. Diese Staaten müssen:

* bereit sein, einen deutlich höheren Ölpreis zu akzeptieren und ihn sogar als heilsamen und wichtigen Beitrag zur Abwendung der Klimakatastrophe und zur Schonung von knappen fossilen Energien begrüßen;
* jegliche Waffenlieferungen in diese Region und in die Staaten des Südens überhaupt stoppen;
* alles Erdenkliche tun, um den israelisch-palästinensischen Konflikt möglichst bald friedlich beizulegen;
* alle Versuche zu einer drastischen Abrüstung einschließlich der vollständigen Abrüstung atomarer und chemischer Waffen, für die Entmilitarisierung der Gesellschaften und für gemeinschaftliche Konfliktschlichtungsorgane unterstützen bzw. solche Initiativen anregen.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Vereinigten Staaten eher am gegenwärtig herrschenden ersten Modell festhalten werden. In der Tat sind auch die übrigen wichtigen Handelspartner der Golfregion, nämlich die EG und Japan, eher in der Lage, aus eigenen mittel- und langfristigen Interessen heraus die Weichen für eine qualitativ neue Nahost- und Golfpolitik im Sinne der zweiten Alternative zu stellen und diese Politik auch gegen die Bevormundung der USA zu verfolgen. Daß in diesem Prozeß der Umorientierung der Außen- und Wirtschaftspolitik dieser Staaten den sozial- und umweltpolitisch engagierten politischen Kräften eine Vorreiterrolle zufällt, ergibt sich von selbst.

Mohssen Massarrat

Literatur

Al Khalis, Samir (1989): *Republic of Fear. The Politics of Modern Iraq*, University of California Press, Berkeley.
BP (1990): *Statistical Review of World Energy*, London.
Ekbal, Kamran (1984): „Islam, Nationalismus und Identitätsfragen: Historische, ideologische und soziale Dimensionen des Irakisch-Iranischen Krieges", in: *PERIPHERIE* 18/19.
Kuniholm, Bruce (1987): „Reprospects and Prospects: Forty Years of US Middle East Policy", in: *The Middle East Journal* 41,I.
Massarrat, Mohssen (1980): *Weltenergieproduktion und die Neuordnung der Weltwirtschaft*, Frankfurt/M., New York.
ders. (1988a): „Der Gottesstaat auf dem Kriegsschauplatz", in: *PERIPHERIE* 29.
ders. (1988b): „Rohstoffpreise und monostrukturelle Ökonomien", *Nord-Süd aktuell* Nr. 4/1988, Tabelle 3c.
Nirumand, Bahmand (1967): *Persien, Modell eines Entwicklungslandes*, Reinbek bei Hamburg.
SIPRI 1985: *Yearbook*, London and Philadelphia.
SIPRI 1990: *Yearbook*, Oxford (University Press).

* Bezugsadresse:
Peripherie Verlag, c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

Rent-a-cop

Kurz vor Kriegsbeginn veröffentlichte der britische *Guardian* eine Kritik von Noam Chomsky an der UNO-Politik der USA. Chomsky, Professor für Linguistik am Massachusetts Institute of Technology in Boston, gehört seit Jahren zu den schärfsten Kritikern der US-Hegemonial-Politik.* Sein Beitrag wurde von der Redaktion gekürzt.

Die UNO war in der Lage, auf den irakischen Überfall zu reagieren, weil die USA sich auf einmal entschieden hatten, völkerrechtswidrige Akte zu bekämpfen, im Unterschied zu den Invasionen in Panama, Zypern, Libanon, der West Sahara und vielen anderen Gebieten. Für Jahrzehnte war es Süd-Afrika, das die UNO und den internationalen Gerichtshof herausforderte, weil es Namibia besetzte, plünderte, terrorisierte und als Stützpunkt für Terror und Gewalt gegenüber Nachbarstaaten nutzte. Niemand schlug vor, Süd-Afrika zu bombardieren oder keine Lebensmittel mehr zu liefern. Die USA traten für „zurückhaltende Diplomatie" und „konstruktives Engagement" ein, genauso wie George Bush bei dem Versuch, Israels Teilrückzug aus dem Libanon zu vermitteln — nebenbei mit einer großzügigen Belohnung für den Aggressor, welcher auch von umfangreichen amerikanischen Materialhilfen und Vetos des Sicherheitsrates begünstigt wurde, als er wehrloses libanesisches Land bombardierte.

Die Reaktion auf Saddam Husseins Überfall ist beispiellos, weil er den Falschen auf den Fuß getreten ist. Die USA verteidigen keine hehren Prinzipien am Golf; genausowenig wie irgendein anderer Staat. Saddam Hussein ist ein mörderischer Gangster, vor dem 2. August war er noch ein liebenswerter Freund und bevorzugter Handelspartner. (...)

Die Bemühungen der UNO, den Frieden zu wahren, wurden regelmäßig von den USA vereitelt. Die erste UNO-Tagung in der Zeit nach dem Kalten Krieg (1989/90) ist dafür typisch. Drei Resolutionen des Sicherheitsrats wurden von den USA durch ihr Veto abgelehnt. Zwei dieser Resolutionen verurteilten die mörderische Invasion in Panama (Großbritannien enthielt sich in einem Fall und schloß sich beim zweiten Mal, zusammen mit Frankreich, den USA an). Die dritte Resolution verurteilte die israelischen Menschenrechtsverstöße; die USA lehnten eine ähnliche Resolution im Mai ab. Gemeinsam mit Israel stimmten die USA gegen zwei Vollversammlungsresolutionen, die die Einhaltung des internationalen Rechts forderten, wobei eine die USA für die Unterstützung der Contras, die andere die ökonomische Kriegsführung gegen Nicaragua verurteilte. Beide wurden bereits vom Internationalen Gerichtshof für ungesetzlich erklärt — nach den Prinzipien der USA und ihrer Alliierten. Eine Resolution, die die gewaltsame Aneignung von Territorien verurteilte, ging mit 151 zu 3 Stimmen durch (Gegenstimmen: USA, Israel, Dominikanische Republik); dies war nun ein weiterer Aufruf zur Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts, welche die USA über 20 Jahre blockiert hatten.

Die USA befinden sich in den letzen zwanzig Jahren, was die Vetos im Sicherheitsrat angeht, mit Abstand an der Spitze. Großbritannien ist abgeschlagen Zweiter, Frankreich Dritter; und die Sowjetunion Vierter. Die USA votieren zudem regelmäßig (häufig alleine, oder mit einigen wenigen Anhängerstaaten) gegen Resolutionen der UNO-Vollversammlung zu Überfällen, internationalem Recht, Menschenrechtsverstößen, Abrüstung und anderen relevanten Problemen. Das ist das Strickmuster, seit die UNO aufgehört hat, als ein brauchbares Instrument US-amerikanischer Außenpolitik zu dienen. (...)

Die Haltung der USA wurde während der Debatte über deren Invasion in Panama deutlich, als UNO-Botschafter Thomas Pickering den Sicherheitsrat darauf hinwies, daß Artikel 51, der den Einsatz von Gewalt auf die Selbstverteidigung gegen bewaffnete Angriffe einschränkt, bis der Rat handelt, den USA erlaube, „bewaffnete Kräfte zur Verteidigung unserer Interessen" zu nutzen. Derselbe Artikel gestattete den USA, in Panama einzufallen, um zu verhindern, daß dessen „Territorium als Stützpunkt für den Drogenschmuggel in die USA genutzt" werde, fügte das Justizministerium hinzu. Washington hat sogar das Recht zur „Selbstverteidigung gegen künftige Angriffe" nach Artikel 51 geltend gemacht (als Rechtfertigung für den Terror der Bombardierung von Libyen). Kurzum, wie andere Staaten werden die USA tun, was ihnen beliebt, wobei sie Gesetz und Prinzip als ideologische Waffen betrachten, die dienstbar zu machen sind, wenn es nützlich ist, und die verabschiedet werden, sobald sie lästig werden. Wir erweisen niemandem einen Gefallen, wenn wir diese Gemeinplätze unterschlagen. (...)

Die USA und Israel waren im arabisch-israelischen Konflikt lange Zeit isoliert. Die USA unterstützen offiziell den Schamir-Plan, der einen „zusätzlichen Palästinenser-Staat" ablehnt (da Jordanien bereits ein solcher sei); der jede „Änderung des Status von Judäa, Samaria und Gaza jenseits einer Übereinstimmung mit den maßgeblichen Richtlinien der [israelischen] Regierung" verhindert und so jede sinnvolle palästinensische Selbstbestimmung ausschließt; der Verhandlungen mit der PLO zurückweist und so den Palästinensern das Recht abspricht, ihre eigene politische Vertretung zu wählen; und der „freie Wahlen" unter israelischer Militärherrschaft fordert, während ein Großteil der palästinensischen Führerschaft in Gefangenenlagern interniert ist. So überrascht es nicht, daß eine internationale Konferenz und die Diplomatie im allgemeinen keine politischen Optionen sind.

Das gilt auch im Hinblick auf Massenvernichtungswaffen, die sicherlich ein Problem darstellen. Dies muß wie in allen vergleichbaren Fällen, auf regionaler Ebene erwogen werden. Im April 1990 bot Saddam Hussein an, seine nicht-konventionellen Waffen zu zerstören, falls Israel zustimmen sollte, dasselbe zu tun — ein Angebot, das danach noch einige Male erneuert wurde. Das Außenministerium begrüßte Husseins Angebot, sein eigenes Arsenal zu zerstören, wies aber die Verknüpfung „mit anderen Problemen oder Waffensystemen" zurück. Mitteilungen wie diese werden nicht näher ausgeführt. Die Anerkennung der Existenz israelischer Atomwaffen würde die Frage aufwerfen, warum die ganze US-Hilfe an Israel nicht illegal gemäß jenem Gesetz ist, das Unterstützung für jedes Land ausschließt, das in die klandestine Produktion von Atomwaffen verwickelt ist.

Die allgemeinen Konturen einer potentiellen diplomatischen Beilegung der Golf-Krise wurden seit August entworfen, einschließlich verschiedener irakischer Angebote eines Abzugs im Austausch mit einer Regelung (oder Konsolidierung) der territorialen Ansprüche und regionaler Sicherheitsfragen. Ob diese Angebote aufrichtig sind, weiß niemand, weil Washington sie umgehend aus Gründen hehrer Prinzipien zurückwies. Die von den internationalen Gesetzen vorgeschriebenen Mittel wurden kaum ausgeschöpft. Darüber hinaus ist es wahrscheinlich, daß Sanktionen in diesem Falle wirksam wären, und sei es auch nur deshalb, weil sie — für dieses eine Mal — von den USA, Großbritannien und deren Verbündeten unterstützt werden. (...)

KARL MARX
BUCHHANDLUNG GMBH
+ ANTIQUARIAT
JORDANSTR. 11 · 6 FRANKFURT/M. 90
TELEFON 069/77 88 07 + 03

Staatssekretär Bakers Kommentar zur neuen „Ära voller Versprechungen" wirft eine weitere wichtige Frage auf. Die neue Weltordnung ist real genug, so daß die erhabene Rhetorik uns nicht weiter aufhalten muß. Ihre wesentlichen Bestandteile wurden vor 20 Jahren deutlich, als durch die Verteilung der ökonomischen Macht innerhalb der US-Domänen eine „tripolare Welt" entstand. Die USA bleiben die dominante militärische Macht, aber ihre ökonomische Überlegenheit hat abgenommen und wird wohl weiter abnehmen, wenn die Kosten von Reagans Fest für die Reichen bezahlt werden müssen. Durch den Niedergang des sowjetischen Regimes sind die USA bei der Anwendung von Gewalt freier denn je, da die sowjetischen Abschreckungsmittel verschwunden sind. Die USA beabsichtigen, ihr fast vollständiges Gewaltmonopol aufrecht zu erhalten, ohne daß ein ernsthafter Konkurrent für diese Rolle in Sicht wäre. Eine Konsequenz wird die Verschlimmerung der ökonomischen Probleme im Inland sein; eine andere die neuerliche Versuchung, sich eher auf Gewaltandrohung als auf Diplomatie zu verlassen, die allgemein als lästiges Hindernis angesehen wird. Ähnliche Überlegungen lassen sich auf einer niedrigeren Stufe auf Großbritannien übertragen.

Krieg am Golf ist gefährlich und teuer; eine Entschärfung der Krise ohne eine Demonstration der Wirksamkeit von Gewalt ist für Washington ebenfalls ein unerwünschtes Ergebnis. Diese widersprüchlichen Interessen sind ein Grund für die scharfe Spaltung innerhalb der Eliten, was die Wahl zwischen Gewalt und Sanktionen angeht, wobei die Regierung der USA erstere Möglichkeit vorzieht.

Innerhalb der neuen Weltordnung müssen die Domänen der Dritten Welt manchmal immer noch mit Gewalt kontrolliert werden. Diese Aufgabe lag in der Verantwortung der Vereinigten Staaten, doch durch ihren relativen ökonomischen Niedergang wird die Last immer schwerer zu tragen. Eine Reaktion darauf ist die Idee, daß die USA weiterhin auf ihrer historischen Aufgabe zu bestehen haben, wobei andere nun die Kosten zu bezahlen hätten. Der stellvertretende Staatssekretär Lawrence Eagleburger erklärte dem Kongreß, daß die neue Weltordnung auf „einer Art von Erfindung in der Praxis der Diplomatie" beruhen werde: andere werden die amerikanischen Interventionen finanzieren. Ein anerkannter Kommentator internationaler ökonomischer Angelegenheiten fügt hinzu, „daß es keine Alternative dazu gibt, daß das amerikanische Militär stärker als in der Vergangenheit die Rolle des Söldners annimmt" (David Hale, *Financial Times*, 21. November).

Der Herausgeber einer führenden konservativen amerikanischen Tageszeitung besteht darauf, daß die USA ihr „faktische Monopol auf dem Sicherheitsmarkt ... als Druckmittel zur Erlangung von Geldkapital und ökonomischen Zugeständnissen" von Deutschland und Japan ausnutzen, um so „einen fairen Preis für unsere beträchtlichen Leistungen" als „weltweite *rent-a-cops*" herauszuholen, indem von unseren Rivalen verlangt wird, daß sie „unsere Aktien zu niedrigen Kurs ankaufen, den Dollar stützen oder am besten gleich direkt Geld in unsere Staatskasse zahlen". „Wir könnten diese Rolle ablegen", schließt er, „doch mit ihr würde fast die gesamte Kontrolle über das Weltwirtschaftssystem verloren gehen" (Wiliam Neikirk, *Chicago Tribune*, 9. September).

Für die britische Variante schreibt Peregrine Worsthorne, daß mit dem Ende des Kalten Krieges der „neue Job" darin bestehe, „bei dem Aufbau und der Aufrechterhaltung einer Weltordnung zu helfen, die stabil genug ist, um den fortgeschrittenen Ökonomien der Welt ein Funktionieren ohne dauerhafte Störung und Bedrohung aus der Dritten Welt zu erlauben", eine Aufgabe, die „sofortige Interventionen der fortgeschrittenen Nationen" und eventuell „sogar Präventivmaßnahmen" verlangt. Großbritannien ist „bei der Erzeugung von Wohlstand nicht mit Deutschland und Japan vergleichbar; sogar nicht mit Frankreich und Italien. Aber wenn es darum geht, die Verantwortung für die Welt auf die Schultern zu nehmen, sind wir mehr als ebenbürtig". Dieses Angebot wird von amerikanischen Neokonservativen begrüßt, die sich über die Unterstützung in der Söldnerrolle

Foto: Klaus Malorny

Foto: ap

freuen. (*Sunday Telegraph*, 16. September, nachgedruckt in *National Interest*)

Diese Rolle wird ebenso von den lokalen Regierungen in der Golfregion begrüßt. Das *Wall Street Journal* zitiert einen hohen Offizier aus dem Golf, der keinen Grund dafür sieht, warum sein Sohn „für Kuwait stirbt". „Dafür haben wir unsere weißen Sklaven aus Amerika", erklärt er mit einem „Glucksen" . . . wobei er nicht allzu genau auf die Hautfarbe seiner Söldner geschaut hat und vorübergehend vergaß, daß die Besitzer der Waffen zum Schießen aufrufen werden, wenn *er* seine Verantwortlichkeit vergißt.

Der „neue Job", auf den sich Worsthorne bezieht, ist in Wirklichkeit ein sehr alter, der nur einer neuen Verkleidung bedarf. George Bush wurde häufig für seine Versäumnisse als „*communicator*" kritisiert, da er unfähig war, die (notwendigerweise ehrenhaften) Gründe für den Angriff auf Panama und sein Bestehen auf Gewalt am Golf zu artikulieren. Diese Kritik ist jedoch unfair. Der reflexartige Aufruf zur „Verteidigung gegen die Russen" hatte die letzten Spuren der Plausibilität verloren, und neue Konstruktionen sind nicht so einfach zu erfinden.

Die Vision von der zukünftigen Hilfe erhellt Washingtons Reaktion auf die Golfkrise. Sie impliziert, daß die USA mit der Unterstützung der anderen industriellen Mächte weiterhin Gehorsam erzwingen muß (was in Doktrinensystemen als „Ordnung" oder „Stabilität" bezeichnet wird). Die von den ölproduzierenden Monarchien zu Tage geförderten Reichtümer werden den Hütern der Ordnung bei der Stützung ihrer krisengeschüttelten Ökonomien behilflich sein. Um sicher zu gehen, wird Gewalt nur ein letzter Ausweg sein. Es ist kostengünstiger, statt den Marines oder der CIA den IWF zu benutzen, wenn dies möglich ist; aber es ist nicht immer möglich.

Für die traditionellen Opfer wird die neue Weltordnung wohl keine Verbesserung gegenüber der alten sein, und die Aussichten für die Bürger der Söldner-Staaten sind ebenfalls wenig attraktiv, wenn sie das Zustandekommen dieses Szenarios zulassen.

Noam Chomsky

* Chomskys politische Arbeiten etwa über den Vietnamkrieg werden von den Massenmedien in den USA weitgehend zensiert. In deutscher Sprache sind von ihm zuletzt erschienen: „Die fünfte Freiheit; über Macht und Ideologie. Vorlesungen in Managua" (Argument Verlag, Berlin 1988); „Vom politischen Gebrauch der Waffen; ein Beitrag zur politischen Kultur der USA" (Guthmann — Peterson 1988); „Arbeit, Sprache, Freiheit" (Peterson Verlag 1988); „Regeln und Repräsentation" (Suhrkamp Verlag 1981). Der von uns leicht gekürzte Beitrag ist unmittelbar vor Kriegsbeginn geschrieben worden.

Aufbauen, abbauen, aufbauen, abbauen . . .

Redebeitrag der autonomen L.U.P.U.S.-Gruppe*

Dies ist ein Versuch, die ersten paar Tage seit Ausbruch des Golfkrieges hier in Frankfurt bzw. im Rhein-Main-Gebiet Revue passieren zu lassen und sich zu überlegen, was das für uns in den nächsten Wochen bedeuten könnte. Dazu müssen wir uns darüber klar werden, wie diese Anti-Kriegsbewegung angefangen hat, wie wir uns darin als radikales und militantes Spektrum wiederfinden und was wir jetzt zu tun haben, um nicht die Fehler der Friedensbewegung zu wiederholen.

Ich glaube, daß es nötig ist, eine radikale und militante Opposition gegen den Golfkrieg aufzubauen, die sich über eine längere Zeit halten kann. Denn entgegen der US-Propaganda ist der Krieg nicht in ein paar Tagen erledigt, und auch an eine Veränderung hier in der BRD kann nur langfristig gedacht werden.

Wir sind für eine breite Bewegung gegen den Krieg. Wenn wir den Krieg am Golf hier verhindern, das heißt vor allem politisch undurchsetzbar machen wollen, dann heißt das, Menschen zu erreichen, die bisher nie ihre Opposition gegen dieses System artikuliert haben. Menschen zu erreichen, die mit ganz anderen und oft unterschiedlichen Motiven und Erfahrungen jetzt auf die Straße gehen. Es geht also auch ganz einfach darum, mehr zu werden.

Die Notwendigkeit, unseren Widerstand gegen den Golfkrieg zu verbreitern heißt jedoch nicht, unterschiedliche Erfahrungen und politische Perspektiven zurückzustellen oder gar zu verschweigen. Es geht darum, diese Unterschiede klar herauszustellen — in der Friedensbewegung ist das unserer Meinung nach viel zu spät geschehen — eine Auseinandersetzung darüber zu ermöglichen und Gründe für unser Vorgehen weit über unser Spektrum hinaus nachvollziehbar zu machen. Wenn wir für ein entschiedenes, direktes Handeln eintreten, wenn wir diesen Frieden hier als Teil des Krieges dort im Golf begreifen, dann nicht aus unsättigbarer Lust am Krawall. Es gibt genügend Menschen unter uns, die ihre Erfahrungen bereits in der Anti-AKW-Bewegung, in der Häuserkampf-, in der Frauen-, Startbahn-, Antifkampf-, in der Frauen-, Startbahn-, Antifabewegung gemacht haben. Wir haben guten Grund, mit unserem Widerstand gegen den Golfkrieg nicht immer wieder am Punkt Null anzufangen, sondern die Erfahrungen, aus anderen Kämpfen mit einzubeziehen. Deshalb geht es uns nicht um diese oder jede Scheibe Glas. Es geht uns um einen eigenständigen Widerstand, der sich nicht zur Kulisse machtpolitischer Opportunität machen läßt. Ein Widerstand, der sich selbst erklärt und keine parteipolitischen Dolmetscher akzeptiert. In den ersten Tagen der Antikriegsbewegung gelang es Rot-Grün und einem Teil der Friedensbewegung jedoch wieder, die Bühne des Protests für ihre Zwecke zu benutzen!

Ein Widerstand, der nicht an die oppositionelle Vernunft appelliert, sondern an die eigene Entschlossenheit, den Krieg hier politisch undurchsetzbar zu machen.

In unserem gemeinsamen Widerstand gegen den Golfkrieg sind wir uns in einem Punkt einig: „Kein Blut fürs Öl". Dies ist der notwendige kleinste gemeinsame Nenner. Er umfaßt humanistische, demokratische, christliche, realsozialistische, pazifistische bis hin zu antiimperialistische Motive. Ein Bündnis also zwischen Oben und Unten, von Willi Brandt bis Katja Epstein, vom guten Bürger bis hin zum bösen Autonomen.

Im Krieg gegen den Golf stehen wir alle scheinbar noch zusammen, im Alltag stehen wir uns — nicht selten aus gutem Grund — gegenüber. Es geht uns um mehr als um den Krieg dort, es geht auch um den Frieden hier,

Foto: Klaus Malorny

um den Alltag, um die Normalität hier, die Bedingung sind für den Krieg dort. Denn machen wir uns nichts vor: Europa und das heißt eben auch dieser Frieden hier profitiert vom Krieg am Golf. Wir alle sitzen sicher und gefahrlos in der ersten Reihe. Und wir alle gehören aller Wahrscheinlichkeit nach zu den politischen Kriegsgewinnlern dieses Massenmordes.

Um das zu verstehen, müssen wir in der Diskussion, entgegen den Bestrebungen von Rot-Grün versuchen, die unterschiedlichen Rollen der USA und Europas in diesem Krieg herauszustellen.

Eine diesbezügliche Überlegung bzw. These ist, daß mit diesem Krieg das Ende der USA als militärische und ökonomische Weltmacht Nr. 1 besiegelt ist.

Wobei es historische Beispiele dafür gibt, daß sich das Ende einer Weltmacht nie lautlos ankündigt, sondern immer in einem Inferno endet. Wir meinen, daß es gute Gründe gibt, dieser These nachzugehen, z. B. im Zusammenhang mit der großen ökonomischen Krise, in der sich die USA befinden. Aber auch wenn dieser Krieg gegen den Irak militärisch gewonnen wird — und das ist sehr wahrscheinlich — so ist der US-Imperialismus im arabischen Raum politisch endgültig gestorben.

Auf der anderen Seite wird Europa gerade entgegen der Ideologie von Rot-Grün nicht nur zu einer militärischen Weltmacht aufsteigen, sondern vor allem die machtpolitische Rolle der USA übernehmen. Denn aufgrund dieses Friedenswillens, den es ja immer im Unterschied zu den USA inszeniert, wird Europa im arabischen Raum tatsächlich noch Anknüpfungspunkte finden, auch nach dem Krieg. Das machen sie ja mit dem Irak schon seit ungefähr 20 Jahren: Aufbauen, abbauen, noch einmal aufbauen usw.

Und die BRD ist immer dabei, beim Aufbau der Diktatur, beim Abbau der Diktatur und danach wieder beim Aufbau einer Diktatur. Diesmal zieht das Ende des Krieges jedoch das Aufkommen eines europäischen Imperialismus nach sich, der eine größere politische und militärische Bedeutung erlangen wird als der US-Imperialismus, eine These, die wir diskutieren bzw. in der Konsequenz zu Ende denken müssen. Wenn wir dieser These folgen, dann würde sich nicht nur die Bedeutung des BRD-Imperialismus verändern, auch das Projekt EG '92 stünde so in einem ganz anderen Licht. Denn das neue Europa hätte die Aufgabe, diesen Imperialismus nach innen abzusichern.

Wir lehnen es ab, der Dramaturgie europäischer Friedensbemühungen zu folgen. Dieser dreist inzenierten Lüge, die Amerikaner hätten Europa in den Kriegsautomatismus hineingetrieben und es ginge deshalb darum, wie Joschka Fischer von den Grünen zum Beispiel formulierte, den USA die Gefolgschaft aufzukündigen. Hier wiederholt sich die Legende vom friedlichen Europa, aus der Friedensbewegungszeit gut bekannt, das von den USA ungefragt zum Schlachtfeld eines atomaren Krieges gemacht werden sollte. Diesmal ist es nach Daniel Cohn-Bendit zum Beispiel ein „durchgeknallter Präsident", den wir, d. h. Europa natürlich, nicht mehr folgen dürfen. Eine billige rot-grüne Cover-Story, die aus einer mörderischen Kriegsallianz eine hintergangene Partnerschaft macht. Es gibt keinen Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg, der so übereinstimmend von Europa und den USA gemeinsam vorbereitet und durchgeführt wurde und wird wie dieser Krieg der ersten Welt gegen den Rest der Welt. Es gibt keinen Krieg seit 1945, der so deutlich und offen zeigt, wie nahtlos die Herrschaftsinteressen Europas und der USA, der ersten Welt also, ineinander verschmelzen, wenn es darum geht, die Verhältnisse gerade in der arabischen Region nach ihren Interessen neu zuzurichten.

Wir sehen in diesem Krieg die Rückkehr des europäischen Kolonialismus und den Auftakt eines noch nie dagewesenen europäischen Imperialismus unter Führung der BRD. Es war der europäische Kolonialismus, der die arabische Region wie auf dem Reißbrett in einzelne hörige Staaten verwandelte. Feudalherrschaften und Könighäuser, die ihre eigene Herrschaft gegen das ihnen zugewiesene Volk mit billigen Öl und billigen Rohstoffen erkauften. So sehr also die Königshäuser und Feudalcliquen in Saudi-Arabien, Kuwait und sonstwo Günstlinge des europäischen Kolonialismus waren und sind, so sehr war es auch das Regime Saddam Husseins für mehr als 25 Jahre. Dieses und alle anderen Regimes in dieser Region wußten, wem sie dankbar zu sein hatten. Nie dem Volk, immer den europäischen Imperialmächten.

Die Diktatur gegen das eigene Volk war noch nie in der Geschichte des europäischen Kolonialismus ein Grund zur Intervention. Europa und die USA leben vielmehr von diesen Diktaturen, haben sie selbst an die Macht gebracht und gegen das rebellierende Volk verteidigt, wenn es sein mußte. Die Diktatur, die Unterdrückung des eigenen Volkes war Europa und den USA nicht nur egal, es war und ist die Existenzgrundlage der meisten Regimes in der Zweiten und Dritten Welt, die Bedingung für Wirtschaft- und Militärhilfe. Im Krieg gegen das Regime Saddam Husseins geht es also keine Sekunde um die Befreiung des Volkes von der Diktatur. Der Krieg richtet sich gegen das Vergessen Saddam Husseins, wem er diese Diktatur verdankt.

Wenn die Grünen und die SPD heute so tun, als handele es sich im Krieg am Golf um einen Kampf gegen eine Diktatur und um die Befreiung Kuwaits, dann durchbrechen sie nicht die Logik dieses imperialen Krieges. Sie sind vielmehr die alten und neuen Ideologen eines deutschen, europäischen Imperialismus.

Ich möchte noch auf einen weiteren wichtigen Aspekt dieses Krieges hinweisen, auf die Art und Weise, wie er in den Medien vermittelt wird.

Es geht hier nämlich auch um eine neue Qualität der Visualisierung des Krieges, um eine neue Qualität imperialer Kriegsberichterstattung. Die USA und Europa haben in der Tat aus ihren vielen Kriegen, Interventionen und Putschbeteiligungen gelernt, vor allem aus Vietnam. Denn ein Krieg wird nicht nur an der Kriegsfront militärisch entschieden, er muß gerade nach den Erfahrungen in Vietnam auch politisch an der Heimatfront geführt und gewonnen werden. Denn der Krieg gegen das vietnamesische Volk, gegen die Befreiungsbewegung des Vietkongs ist nicht nur militärisch gescheitert. Dieser Völkermord war durch die Länge politisch weder in den USA noch in Europa selbst durchsetzbar. Die damalige Berichterstattung machte es zumindest zum Teil möglich, eine Vorstellung von den Opfern, der Brutalität und der Verwüstung zu bekommen. In den Details des Krieges, mit der Möglichkeit, die Gesichter der Toten und der Mörder zu sehen, wurde dieser Krieg greifbar und damit angreifbar.

Daß in diesem Golfkrieg eine weltweite Zensur in nie geahntem Ausmaß durchgesetzt wird, ist nur in der Dimension und in der scheinbar undurchdringbaren Ausschließlichkeit neu. Es geht aber auch um eine ganz neue Qualität von Zensur, die einen Völkermord organisiert, der keine Opfer, keine Toten, keine zerfetzten Körper, keine entstellten Gesichter mehr kennt. Es gibt deshalb bis heute kein einziges Bild im Fernsehen oder in der Zeitung, das diese 2000 Bombenangriffe täglich, das diese Vernichtung faßbar machen könnte. Alles, was wir weltweit zu sehen bekommen, sind Radarschirme, Bomber, Fadenkreuze, kleine pulsierende Punkte auf einem Radarschirm, die andeuten, wo die Bomben einschlagen werden. Flächenbombardements, die unbeschreibliche Vernichtungsmaschinerie der USA und der Alliierten werden in der Berichterstattung zu Computerspielen. Diese Synthetisierung des Verbrechens, die Elektronisierung des Massenmordes zielt darauf ab, jede Vorstellung von den Folgen dieses Krieges unmöglich zu machen. Es ist die mediale und imperialistische Inszenierung eines unblutigen Massenmordes. Der perverseste Versuch, dem weltweiten Ruf „Kein Blut für's Öl!" gerecht zu werden.

Es muß uns darum gehen, diese Kriegsberichterstattung nicht nur in Frankfurt, sondern weltweit zu stören und anzugreifen. Denn zu dem Krieg am Golf gehört eine sogenannte freie Berichterstattung gerade hier in Europa und in der BRD, die sich nahtlos in dieses weltweite Zensurdiktat einfügt. Es ist ein Hohn auf diese sich selbst demokratisch und frei nennenden Medien, wenn die Frankfurter Rundschau sich zum Beispiel seitenlang dem Golfkrieg widmet und dann in einem kleinen unscheinbaren Kasten ganz links außen andeutet, daß sämtliche Berichte der militärischen Zensur unterliegen, d. h. aller Erfahrung nach alles falsch und lanciert sein kann. Die sogenannte

Demonstration vor dem Ordnungsamt Frankfurt – Für den freien Zuzug aller Flüchtlinge

Foto: Klaus Malorny

freie Presse ist heute nichts weiter als Botengänger amerikanischer und europäischer Kriegsführung und somit integraler Bestandteil der ideologischen Kriegsführung, die den Rücken frei hält für einen Krieg, der sich wider aller lancierten Meldungen wochenlang oder gar monatelang hinziehen wird.

Daß es keine entschiedenen Proteste dieser freien Presse hier gibt, aber auch keinen der SPD, der Grünen oder Gewerkschaften, verwundert nicht. Denn solange sie den Krieg dort nur bedauern und diesen Frieden nicht als eine Voraussetzung für den Krieg dort begreifen, wird sich daran nichts ändern. Wir sind dafür, unseren Widerstand in den nächsten Tagen und Wochen auf diese Art der Kriegsberichterstattung auszuweiten. Fernsehen und Zeitungen damit zu konfrontieren, daß es eine Heuchelei ist, die Opfer dieses Krieges zu beklagen und gleichzeitig Bestandteil dieser Kriegsführung zu sein. Heute, am Sonntag, soll in Mainz z. B. das ZDF blockiert bzw. wenn es geht, besetzt werden. Wir unterstützen diese Aktion und rufen dazu auf, sie in allen Städten zu wiederholen.

Bereits nach den ersten Tagen des Widerstandes gegen den Golfkrieg wird ein zentrales Problem offensichtlich. Wir sind alle noch d. h. auch das radikale, militante Spektrum in der Logik einer Antikriegsbewegung verfangen. Das macht den entscheidenden Unterschied zur Bewegung gegen den Vietnam-Krieg deutlich, denn sie war nicht nur eine pazifistische Antikriegsbewegung, sondern zugleich eine Solidaritätsbewegung für den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes, des Vietkongs. Es gab so etwas wie ein revolutionäres Subjekt, eine positive Bezugnahme auf diesen Krieg. Es war möglich, die eigenen Kämpfe gegen dieses System hier mit dem Kampf des Vietkongs weltweit in Beziehung zu setzen — wie gut oder wie schlecht das auch gelungen sein mag. Im Moment verharren wir ausschließlich in einer doppelten Negation. Wir verurteilen zum einen die Unterdrückung des irakischen Volkes durch das Regime Saddam Husseins, dessen mörderischen Krieg gegen das kurdische Volk und bekämpfen zum anderen den Krieg der USA und seiner Alliierten, der die imperiale Neuordnung der arabischen Region zur Folge haben soll. Wir wissen einerseits, daß das irakische Regime nicht den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes im Auge hat und uns ist andererseits klar, daß noch kein Krieg der USA oder Deutschlands den Menschenrechten oder gar den Selbstbestimmungsrechten irgendeines Volkes gewidmet war.

Mit unserem Widerstand gegen den BRD- und US-Imperialismus geraten wir so in die Gefahr, das irakische Regime zu rechtfertigen oder stillschweigend zu entschuldigen nach dem hilflosen Motto: „Alles was diesen Imperialisten schadet, nützt uns".

Sicherlich, die Unmöglichkeit, uns mit einer Seite dieses Krieges zu identifizieren, lähmt uns. Aber es ist auch eine Chance. Zu oft war und ist die Identifikation mit dem Befreiungskampf eines Volkes Ersatz statt Ausdruck unserer eigenen Kämpfe hier. In unserem Widerstand gegen den Golfkrieg können wir diesmal die Verhältnisse hier nicht überspringen — nur um den Preis einer humanistischen Anti-Kriegshaltung. Wir müssen uns mit unserem eigenen Kampf identifizieren, mit unseren eigenen Vorstellungen von Befreiung, Selbstbestimmung und Autonomie. In diesem Krieg führt kein Weg an unseren eigenen Verhältnissen, an diesem Frieden hier und an unserem Alltag vorbei. Wenn wir gegen diesen Krieg sind, müssen wir mit diesem Frieden hier, mit unseren gesicherten und sicheren Alltag brechen. Das baldige Ende dieser Antikriegsbewegung ist absehbar. Es liegt an uns, den engen Laufstall radikaler, militanter Politik zu durchbrechen, die Menschen zu erreichen und zu gewinnen, die nicht nur die schrecklichen Bilder eines Krieges im Kopf haben, sondern gerade auch die beschissenen Lebensverhältnisse hier.

Zum Schluß noch ein paar Worte, falls das vorangegangene zu abstrakt erscheint bzw. schwer nachvollziehbar. Die Konsequenz, die wir aus all dem gezogen haben, war der Versuch, überhaupt erst einmal aus dieser ersten Reihe, in der auch wir als radikale Militante bis zum Countdown dieses Ultimatums saßen, raus zu kommen und anzufangen, die Strukturen zu schaffen, die eigentlich schon Monate vor dem Ausbruch dieses Krieges hätten bestehen müssen. Ich

will das am Beispiel Frankfurt klarmachen. Das wichtigste war für uns, die unterschiedlichen Gruppen und Zusammenhänge überhaupt wieder zusammenzubringen, d. h. zu verhindern, daß wir alle ziellos auf der Straße oder auf irgendwelchen Demos rumstolpern und uns irgendwann einmal verlaufen bzw. an einander vorbeilaufen. Wir wollen also alle Gruppen in der Stadt, die ein radikales oder militantes Selbstverständnis haben, zusammenbringen und gemeinsam überlegen, inwieweit wir in der Lage sind, diesen Krieg zu thematisieren, was für uns heißt, die Normalität anzugreifen, die diesen Krieg überhaupt erst möglich macht. Für die nächsten Wochen geht es darum, konkrete Aktionen zu benennen, die für viele Leute, die nicht aus unserem Spektrum sind, nachvollziehbar sind, endlich also diese Ziellosigkeit zu beenden — Verkehrsblockaden haben nämlich irgendwann die Wirkung einer Schrotflinte. Wir wollen genaue Punkte benennen, die diesen Krieg hier greifbar bzw. hier auch angreifbar machen, um ihn aus der Abstraktion der Bilder im Fernsehen herauszuholen. Und so ist auch unser Vorschlage zu verstehen, in der nächsten Woche die Frankfurter Börse zu blockieren, die Millionen-und Milliarden-Gewinne mit diesem Krieg macht und damit die Gesinnung dieser ‚freien', ‚sozialen' Marktwirtschaft am besten zum Ausdruck bringt...

autonome L.U.P.U.S-Gruppe
Rhein/Main

(Vorgetragen am 20. Januar im Rahmen des Abschlußplenums auf dem Kongreß „Hochschule und Gesellschaft" an der Frankfurter Universität.)

diskus-Abo

Der *diskus* erscheint vierteljährlich (2 x pro Semester).

○ Ich abonniere den *diskus* zum laufenden Bezug für 2 Semester (4 Ausgaben) zu 20,- DM.

Einen Verrechnungsscheck über 20,- Mark, bzw. einen 20,- DM-Schein habe ich beigelegt.

Name: .....

Adresse: .....

.....

Datum: .....Unterschrift: .....

Das Abo verlängert sich nicht automatisch.

Bestelladresse: *diskus*-Verlag, — Abo —, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt a. M. 1

Der Marsch durch die Institutionen — und dann?

Kommentar zum Frauenförderplan

Im *diskus* 3 vom Juli 1990 hat Angela Dunker über den damaligen Stand der Beratung des Frauenförderplans an der Uni Frankfurt informiert und wesentliche Forderungen und Maßnahmen zur Gleichstellung von Frauen, die der Entwurf der Frauenkommission des Konvents enthält, diskutiert.

Lapidar ist zu berichten, daß am 28. November 1990 der Konvent ein weiteres Mal zum einzigen Tagesordnungspunkt Frauenförderplan tagte, der in nochmals überarbeiteter Fassung wesentlich klarer und gestraffter nunmehr zur Abstimmung stand. Die Sitzung verlief tumultarisch und endete nach den üblichen diskriminierenden Einlassungen der Herren („Erklären Sie mir doch, was lesbische Mathematik sein soll!") in einer Abstimmung mit den Füßen. Die Professoren der rechten Mehrheitsfraktion verließen fast geschlossen den Saal und warteten die Feststellung der Beschlußunfähigkeit des Gremiums draußen ab.[1]

Diese skandalösen Ereignisse sind von einer breiten (Medien-)Öffentlichkeit registriert worden, als das bei diesem Thema gewöhnlich zu erwarten ist. Hoffentlich wird das auf der Konventssitzung am 30. Januar ebenso sein. Wenn auch über das Ergebnis der Sitzung in diesem Heft nicht mehr berichtet werden kann, so ist jetzt schon klar, daß Gremienarbeit als Mittel zur Durchsetzung und Institutionalisierung von Frauenförderung und -forschung vorerst kritisch zu bewerten ist.

Es ist offen, ob das vorgeschlagene Frauenratsmodell, für das sich der Konvent prinzipiell bereits entschieden hat, wirklich durchgesetzt werden kann, weil die rechte Mehrheitsfraktion im Konvent offenbar neuerlich eine Kommission einsetzen und damit die bisher erarbeiteten Vorschläge abbügeln will. Der folgende Kommentar beleuchtet einige Aspekte des Themas, die bisher zu wenig oder zu wenig öffentlich diskutiert wurden.

Foto: Andreas Teuchert

Endlich hat sich spontan ein StudentInnenplenum zusammengefunden, in dem viele Frauen und einige Männer — über politische Differenzen hinweg — überlegten, was Frauenförderung an der Uni Frankfurt sein kann. Die Empörung über das professorale Verhalten im „höchsten demokratischen Gremium"[2] der Uni und die Haltung dort, mit den üblichen pauschal-ablehnenden Argumenten gegen den Frauenförderplan zu polemisieren, sind Anlaß dazu. Und damit gibt es seit längerem überhaupt mal wieder eine (studentische) Öffentlichkeit, die über den Rahmen auf sich verwiesener Frauengruppen hinausgeht. — Daß Frauenförderung auch Männer angeht, scheint selbst in linken politischen Gruppen kein Thema zu sein oder wird es erst langsam wieder. Bezeichnend ist auch, daß von den übrigen Statusgruppen keine Reaktionen zu hören waren. Der so mühsam ausgehandelte Minimalkonsens unter den Statusgruppen über die Kriterien, die als Frauenförderung verankert werden sollen, hat auf einer pragmatisch-politischen Ebene offenbar keinen Rückhalt: Es gibt keine gemeinsame (Frauen-) Öffentlichkeit, die das auch einklagen würde.

Mit der Öffentlichkeit gibt es also schon die ersten Schwierigkeiten, die bestehende politische Differenzen auch unter Frauen widerspiegeln.

Es ist eine Sache, im Sinne eines emanzipativen Politikverständnisses, zum Beispiel über Quoten, kompensatorischen Ausgleich für die diskriminierte Realität von Frauen an der Uni zu fordern. Mit dieser höchst allgemeinen Formulierung ist ja noch nichts weiter gesagt, als daß Frauen in Berufungs- und Stellenbesetzungsverfahren angemessen berücksichtigt werden und ihnen die Möglichkeit eingeräumt wird, dieselben Sprossen wie Männer in der akademischen und Verwaltungs-Karriereleiter zu erklimmen. (Dies schließt ein, daß der „Support", wie etwa die Versorgung von Kindern, mitbedacht werden muß.) Im Sinne eine *egalitären Gleichheitsverständnisses* gibt es bis hierin noch nicht viele Einwände „von außen" zu vermerken.

Anders sieht es mit der Forderung nach Berücksichtigung „spezifisch weiblicher Erfahrungen und Sichtweisen" (vgl. Frauenförder-

plan Teil 2, Punkt 18) als Bestandteil der jeweils gefragten Qualifikation aus: Über diese *Differenzperspektive* gibt es bereits unter Frauen erheblich verschiedene Auffassungen, was damit gemeint ist. Und wenn sich Frauen untereinander darüber zu verständigen suchen, so wird das gegenüber Männern vollends schwierig. Mit anderen Worten: Jede Überlegung um Frauenforschung und Förderung hat einen Gleichberechtigungsanspruch zur Grundlage, der vermeintlich partikularistisch gegenüber „der Allgemeinheit" zuerst legitimiert werden muß, wie das gängige Vorurteil lautet. Interessen von Frauen werden aus einer „Außenperspektive" formuliert gegenüber der „Innenperspektive" der (patriarchalen) Institution.

Von „Innen" und „Außenperspektive" zu sprechen, was auch Frauen tun, heißt, sich in der üblichen Weise in der Uni zu verorten und die bestehenden Hierarchien und Machtverhältnisse als Ausgangsbedingungen anzuerkennen. Das ist angeraten, soweit ist es um deren Analyse und damit die Einschätzung geht, wie groß der Spielraum ist, Frauenforschung und Förderung durchzusetzen. Aber frau läuft damit Gefahr, sich der Definitionsmacht, die die „herrschende" Wissenschaft darstellt, zu sehr auszusetzen beziehungsweise der Anpassungsmacht politischer und organisatorischer Strukturen der Universität zu erliegen. Das gilt gleichermaßen für alle Statusgruppen. Es geht uns im folgenden darum, die Auseinandersetzung um „Innen" und „Außen", wie sie unter Frauen an der Uni geführt wird, zuzuspitzen.

Wenn sich Frauen auf Gremiendiskussionen einlassen wie im Falle der Frauenkommission des Konvents schleichen sich im eigenen Denken oft vorauseilender Gehorsam ein, indem die Frage, welche Möglichkeiten eigentlich gesetzliche Regelungen bieten, schon von vornherein zu viel Raum einnimmt. Schlechte Erfahrungen an anderen Universitäten mit frauenpolitischen Initiativen haben Frauen zu Recht vorsichtig werden lassen.

Immer wieder zeigt sich — gerade in der Diskussion um Frauenförderung in den letzten zehn Jahren — wie vielfältig die Mittel bestehender Institutionen sind, widerständige (feministische) Elemente zu „integrieren" beziehungsweise Forderungen und Vorschläge bis zur Unkenntlichkeit zu verstümmeln und damit für bestehende Herrschaftsverhältnisse zu funktionalisieren. In Marburg wurde zum Beispiel ein achtseitiger Entwurf für den Frauenförderplan erarbeitet (der dem Frankfurter u.a. als Vorlage diente), auf eine Seite zusammengestrichen und damit um das wesentliche beraubt, wie etwa um Sanktionen bei Nichteinhaltung der geforderten Maßnahmen oder um Mitbestimmungsrechte.

Wenn es also das ist, was am Ende jahrelanger Diskussionen, Entwurfsarbeiten und Recherchen erreicht werden kann, erscheint die Frage berechtigt, wozu sich Frauen bei dieser frustrierenden Arbeit aufreiben. Aber auch, wenn es gelingen sollte, die eine oder andere Forderung beispielsweise die nach Einrichtung eines Frauenrates durchzusetzen, bleibt die Frage, was damit wirklich gewonnen ist. Jede, die sich frauenpolitisch engagiert, kennt die Enttäuschung, wenn von einem euphorischen Aufbruch in Richtung frauenfreundlicher Gestaltung einer Institution am Ende nicht viel mehr übrig bleibt als das alte Gerangel um Posten, diesmal unter Einbezug der einen oder anderen Alibifrau. Margrit Kaufmann (1988), eine schweizer Feministin, hat ihre Enttäuschung über frauenpolitische Gremienarbeit mit folgendem Vorwurf formuliert: „Was viele Frauen heute in ihren politischen Anliegen verbindet, ist das Streben nach Macht. Deshalb wollen sie sich in die Männerrunden setzen. Und es geht in erster Linie um's Sitzen. Da bleiben die Frauen an formalen Politikvorstellungen kleben, da rutschen die Inhalte vor lauter Geraufe um die Sitzplätze in den Hintergrund und da werden Gesetzesveränderungen zur Hauptbeschäftigung."[3]

Ist damit schon alles gesagt?

Diese Bedenken und Vorwürfe sollten ebenso wie die Enttäuschungserfahrungen reflektiert werden für die Strategien, die wir einsetzen wollen, um frauenpolitische Forderungen durchzusetzen. Aber das ist nur eine Seite der Medaille. In den letzten 10 Jahren sind auch an der Frankfurter Uni Fortschritte zu verzeichnen. Verdienst der Institutionalisierungsanstrengungen von Frauen vor uns ist, daß es heute überhaupt Frauenforschung, Frauenseminare, Frauenräume und autonome feministische Tutorien gibt. Das alles ist nicht mehr wegzudenkender Teil unseres Studiums.

Dennoch bleibt die Frage nicht nur für die Universität, sondern für Frauenpolitik in der Gesellschaft überhaupt, was weiter von der Institutionalisierung erwartet werden kann und welche Risiken damit verbunden sind. Können wir davon ausgehen, daß es möglich ist, patriarchale Institutionen entsprechend feministischer Forderungen zu verändern?

Es sind im wesentlichen zwei Sichtweisen und Praxisformen, die sich in dieser Frage gegenüberstehen. Die einen plädieren für Autonomie und versuchen, mit dem Wunsch, sich nicht korrumpieren zu lassen, Frauenzusammenhänge jenseits „männlicher Macht" herzustellen. Damit ist keine direkte Veränderung der Institution möglich, perspektivisch aber von den Frauen durch den individuellen Bewußtseinswandel und einen Zuwachs an Selbstvertrauen aus den autonomen Zusammenhängen endlich doch Gesellschaftsveränderung denkbar. Es geht darum, sich der Struktur von Institutionen zu verweigern und Widerstand zu entwickeln gegen Normierungen wie zum Beispiel festgelegte Weiblichkeitsvorstellungen und das geschlechtstypische Rollenverständnis.

Die anderen plädieren für Institutionalisierung (etwa von feministischer Forschung) und versuchen, Machtpositionen innerhalb der Institutionen für eigene Belange zu besetzen und zu instrumentalisieren. Auch hier geht es darum, daß Frauen ein Bewußtsein entwickeln, diesmal für den „anderen Umgang mit Macht". die Positionen unterscheiden sich in ihrem Ansatzpunkt von Gegenmachtbildung zugunsten von Frauen. Gemeinsam ist beiden, daß sie oft Gefahr laufen, den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang aus den Augen zu verlieren.

Die Diskussionen unter Frauen enden an diesem Punkt häufig in einer Sackgasse und in gegenseitigen Vorwürfen, entweder nicht radikal und eindeutig genug oder im Gegenteil zu prinzipialistisch zu argumentieren. Und diese Auseinandersetzung hat auch die Diskussionen um den Frauenförderplan an der Frankfurter Uni geprägt, allerdings nicht in Form von scharfen Gegensätzen, sondern eher als Unsicherheit und Zweifel darüber, wie unsere Forderungen durchzusetzen sind.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, wie der Frauenförderplan im Rahmen linker Politik an der Uni momentan aufgegriffen wird. Es entsteht der Eindruck, daß hier Fragen nach den Grenzen und Gefahren einer solchen Institutionalisierung von Fraueninteressen gar nicht erhoben beziehungsweise nur unter- und eingeordnet werden in für diese Belange wenig spezielle politische Auseinandersetzungen. Politisch engagierte Männer müssen explizit darüber diskutieren, aus welchem Interesse heraus sie sich für einen Frauenförderplan stark machen (den sie leider bisher im seltensten Fall gelesen haben).

Offenbar macht die Diskussion um den Frauenförderplan nochmal eindringlich deutlich, um welche Ziele es eigentlich in der Frage nach Autonomie und/oder Institutionalisierung (nicht nur von Frauenförderung) geht: Frauen müssen die Machtfrage und damit die Frage nach dem Wie von Gesellschaftsveränderung anders stellen als Männer. Darüber muß vor allem in Frauenzusammenhängen noch viel gestritten werden.

wir halten es für nötig, aus den beengenden Denkschemata der Polarisierung von drinnen und draußen (hinsichtlich der Institution), von Korrumpiertheit und Macht (Einflußmöglichkeiten) versus Autonomie und Ohnmacht herauszukommen — ohne daß deshalb, wie zumeist kritisiert wird, jeglicher Kritikbegriff verloren ginge oder Inhalte verwaschen würden. Das Geschlechterverhältnis steht quer zu den üblichen politischen Koalitionen und erzwingt eine entsprechende Analyse und politisch andere Praxis. Die Differenz macht sich bereits daran fest, daß Frauen nach wie vor nicht selbstverständliche Eintrittsbedingungen in traditionell männerdominierte Positionen haben, sich schwerer Gehör verschaffen. Ihre Ausgangslage und damit ihr Zugang zu machtrelevanten Bereichen ist gänzlich anders, nämlich von den Bedingungen einer untergeordneten Rolle bestimmt. Frau hat (auch in linken politischen Zusam-

menhängen) eher dann Erfolg, wenn sie „vermännlichende“ Eigenschaften an den Tag legt: Durchsetzungs- und Entscheidungskraft, Stringenz, Abgewogenheit ... Die andere Praxis in dieser Hinsicht wäre eine, die weniger auf die konkurrente Einzelleistung ausgerichtet ist, um ein Beispiel aus dieser Diskussion nur andeutungsweise aufzugreifen.

Zwei Mythen gilt es aufzudecken und zu beseitigen, die sich vor allem in Frauendiskussionen hartnäckig halten. Der eine lautet, Macht sei etwas den Frauen Äußerliches, Frauen könnten sich ihr enthalten oder sie einfach ergreifen. Wir haben diese Wahl faktisch nicht, sondern bewegen uns an der Uni immer innerhalb des Machtgefüges der Institution. Es kommt darauf an zu analysieren, wie sich Machtverhältnisse herstellen und reproduzieren. Der Frauenförderplan kann hier nur die Funktion haben, Freiräume und Positionen für Frauen zu schaffen, die diese Analyse ermöglichen, mehr nicht.

Der zweite Mythos ist ebenso hinderlich wie der erste: Es hält sich das Vorurteil, Frauen seien die besseren Menschen ... Radikal- oder ökofeministische Ansätze wie auch „verherrlichende“ männliche Vorstellungen von Weiblichkeit vermitteln oft diese Ideologie, die schlicht herrschaftsfunktional ist. So lassen sich vermeintlich Ausschluß und Enthaltsamkeit der Frauen vom „dreckigen Geschäft Politik“ begründen, läßt sich die Verweigerung legitimieren, warum frau keine Verantwortung übernimmt, sich nicht politisch engagiert.

Solange also Frauenförderung mit der Vorstellung betrieben wird, daß, wenn Frauen zu 50% vertreten sind, Humanität und Wärme, Basisdemokratie und gegenseitige Achtung das Leben und Arbeiten an der Uni prägen, solange wird nichts geändert.

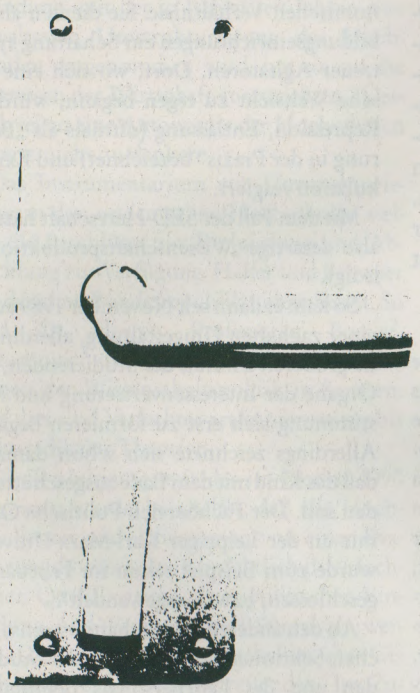
Wie aber kann Frauenförderungspolitik aussehen, die sich nicht der Anpassungsmacht der Institution beugt? Welche Möglichkeiten enthält der Frauenförderplan für die Frankfurter Uni? Es kann nicht oft genug betont werden, daß Frauenförderung, wie sie im Frauenförderplan steht, nur ein Standbein von vielen sein kann, die eine feministische Politik tragen.

Die einzelnen Maßnahmen sind als ein Anfang zu verstehen, als Absicherung oder Schaffung von Möglichkeiten und Räumen für Frauen, aber auch als Versuch, institutionelle Praxis zu verändern.

Das Modell des Frauenrates zum Beispiel ist bewußt antihierarchisch, paritätisch und basisdemokratisch konstruiert; lange Diskussionen über die „Legitimität“ eines solchen Gremiums, das an der Uni ein Novum darstellt, gingen dem voraus. Gerade weil es hier weder eine Vorsitzende noch Professorinnenmehrheit geben und die Wahl durch die Frauenöffentlichkeit vollzogen werden soll, erzeugt dieses Modell Widerstand, unter anderem in den Reihen der Professoren.

Männersprüche auf den Frauenklos im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Foto: Brigitte Hofmann / Iris Seidel



Hallo Mädchen im gelben Stretch-Min.!

– 31.7.90 –

Du kannst noch mehr mit meinem dicken Schwanz anstellen, als ihn nur beim Pissen festhalten. Glaub' mir, meine 5.5 ℓ sind für Deine schmalen Hüpfen nicht meine!

Du kannst ihn auch in den Mund nehmen, wenn er noch schlaff ist – dann paßt er bestimmt hinein!

Ich möchte Dir gern Deine vollen Schamlippen beim Pinkeln auseinanderziehen. Das wird Dir bestimmt gefallen, wenn ich daran denke wie liebevoll Du mein Glied nach dem Pissen abgeschüttelt hast.

Gib mir ein Zeichen für ein heißes Treffen. Dein "Langer Degen".

Das Ratmodell sieht vor, die dort arbeitenden Frauen auf jeden Fall zu bezahlen. Die Erfahrungen zum Beispiel am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften haben gezeigt, daß ohne Bezahlung keine effektive Arbeit möglich ist. Darüber hinaus erhält ehrenamtliche Arbeit niemals den Stellenwert, den sie braucht, um tatsächlich Veränderungen zu bewirken.

Eine wesentliche Maßnahme, an der sich Auseinandersetzungen entzünden, ist die Quotierung. Auf sie konzentrieren sich neben Hoffnungen auf bessere Arbeitsmöglichkeiten für Frauen auch Ängste hinsichtlich Vereinnahmung und Karrierismus der Frauen. Trotz dieser Risiken sind Quoten nötig, mittelfristig und nüchtern eingeschätzt als bloßes Instrument taugen sie dazu, zumindest Öffentlichkeit und Entscheidungstransparenz für Frauen herzustellen.

Alle Frauenförderplan-Maßnahmen sind zunächst ohne Sanktionen nicht zu denken, die ihre Einhaltungen garantieren sollen. — Alles dies sind Voraussetzungen, die die geforderten Veränderungen selbst erst möglich machen sollen. Neben dem quantitativ veränderten Verhältnis von Frauen und Männern an der Uni geht es darum, daß nicht allein herkömmlich männliche Biographien verbindlich sind für den Bewertungsmaßstab für Qualifikation und Berufs- und Lebensvorstellungen in der öffentlich-politischen, auch institutionellen Sphäre.

Der Frauenförderplan ist erst einmal die Voraussetzung für eine gleichgewichtige, aber eigensinnige Beteiligung von Frauen in und an der Uni. Es bleibt, ihn durch die Praxis auszufüllen, zu verändern beziehungsweise zu ergänzen. Schließlich gibt es bereits funktionierende Frauenförderpläne auf Fachbereichsebenen wie zum Beispiel bei den katholischen und evangelischen TheologInnen und am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften. — Aber Frauenförderpläne allein reichen nicht aus. „Treibende Kraft kann vielmehr nur eine breite, solidarische Frauenbewegung sein, die ihre Forderungen und Ziele bewußt außerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen und des herrschenden Rechts entwickelt und vertritt, sich allerdings dennoch um eine auch rechtsförmige Absicherung und Verteidigung ihrer Erfolge bemüht."[4]

Wir sind der Ansicht, daß in den Formulierungsprozeß des Frauenförderplans etwas von dieser Zweibeinigkeit eingegangen ist. Jetzt allerdings auf diese eine Karte zu setzen, wäre wohl kein sinnvoller Weg.

Angela Dunker
Katharina Pühl

1 Siehe *Frauenblatt* 1/1991.

2 Die demokratische Realität im Konvent sieht so aus, daß es zahlenmäßig eine Mehrheit der ProfessorInnen gibt, die in der Regel mit den Entscheidungen des Präsidenten abstimmt, unterstützt auf studentischer Seite vom RCDS und den Giraffen . . . und wenig behelligt durch die übrigen Statusgruppen, die im Konvent wenig Einfluß haben.

3 Margrit Kaufmann, Feministische Politik auf Wanderschaft, in: *Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis*, H. 21/22 (1988), S. 191-200.

Abwicklung

an den ostdeutschen Hochschulen

Seit Dezember 1990 berichtete die Presse immer wieder von studentischen Protesten in den neuen Bundesländern. Dabei wurde vor allem auf Aktionen der Studierenden an den Universitäten Humboldt in Berlin und Karl-Marx in Leipzig hingewiesen. Den Berichten ist kaum mehr zu entnehmen, als daß im Zuge der „Abwicklung", die gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereiche an den Hochschulen der ehemaligen DDR geschlossen werden sollen und die betroffenen Studierenden sich zur Wehr setzen. Der Ton der Kommentare ist größtenteils scharf polemisch und diffamierend. Den Gipfel bildet ein *Spiegel*-Artikel in der ersten Ausgabe 1991, überschrieben mit „Orte des Jammers". In diesem Artikel wird den Studierenden der Leipziger Karl-Marx-Universität unterstellt, mit ihren Protesten für den Erhalt alter SED-Seilschaften einzutreten und dabei skrupellos das „Schlagwort" von der „Autonomie der Hochschulen" zu mißbrauchen. Es wird von „aufgebrachten Studiosi", „PDS-Mitglied-Pasternak" und seinen „PDS-Kommilitonen" gesprochen. Schlecht recherchiert? Jedenfalls war Peer Pasternak nie Mitglied der SED und ist auch nicht Mitglied der PDS.[1]

Am 11. Dezember 1990 veröffentlichte das Wissenschaftsministerium Sachsens die „Entscheidungen zur Abwicklung". Die anderen Länder folgten. Daraufhin protestierten mehrere Tausend StudentInnen vor dem sächsischen Landtag in Dresden. Am 17.Dezember wurde die Rektoratsetage der Leipziger Karl-Marx-Universität besetzt, mehrere Studierende traten in den Hungerstreik. Im folgenden kam es zu einigen Gesprächen mit Wissenschaftsminister Mayer, die allerdings ohne wesentliches Ergebnis verliefen. Die Proteste weiteten sich aus. Berliner StudentInnen besetzten das Hauptgebäude der Humboldtuniversität. Sie veranstalteten Anfang Januar einen Protestmarsch nach Leipzig

Auf den ersten Blick erscheinen die „Abwicklungsentscheidungen" an den ostdeutschen Hochschulen recht plausibel.

Da ist die Rede von Modernisierung und Chancenausgleich, von Demokratisierung und nicht zuletzt von der Zerstörung der alten SED-Seilschaften. „Für die Auflösung können einige sehr elementare Argumente sprechen: Die Studenten der neuen Länder müssen wissenschaftlich jedenfalls so ausgebildet werden, daß sie anschließend die gleichen Chancen haben wie diejenigen der alten. Es müssen ferner die Voraussetzungen für die Autonomie geschaffen werden, welche künftig auch die Hochschulen im Osten genießen. Die nämlich liegen nicht vor, wo eine allzu fragwürdige Berufungspolitik geherrscht hat. Schließlich spricht vieles dafür, daß gerade Länder, denen es schlecht geht, gute Universitäten brauchen." (Christian Meier, Prof. für ältere Philologie, München; Mitglied der Evaluierungskommission des Wissenschaftsrates für die ostdeutsche Wissenschaft, in „Lieber abwickeln", *FAZ*, 21.12.1990)

Sicher waren die gesellschaftswissenschaftlichen Institute und Wissenschaftsbereiche an den Universitäten in der DDR nichts anderes als Institutionen zur Ideologieproduktion und zur pseudowissenschaftlichen Legitimation der herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnisse. Sie dienten als Ausbildungseinrichtungen zur Schaffung systemtreuer Agitatoren. Dort, wo sich eine kritische Weltsicht zu regen begann, wurde mit Repression, Entlassung (oftmals als „Bewährung in der Praxis" bezeichnet) und Exmatrikulation reagiert.

Mit dem Fall der SED-Herrschaft hätte sich also derartige „Wissenschaftsproduktion" erledigt.

So kam es dann seit November 1989 auch zu einer zaghaften Umgestaltung, allerdings ohne größeren Einfluß der Studierenden, deren Organe der Interessenvertretung und Mitbestimmung sich erst zu formieren begannen. Allerdings zeichnete sich schon damals ab, daß das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden soll. Der Fachbereich Politische Ökonomie an der Leipziger Karl-Marx-Universität wurde zum Beispiel schon im Februar 1990 geschlossen, bzw. „umgewandelt".

An den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen gab es seitens der Studierenden und des Lehrpersonals Bemühungen, neue Konzepte zu finden, welche der Situation im Lande Rechnung tragen sollten. Dabei wurde vom weiteren Bestand der DDR ausgegangen und der Möglichkeit, eine von direkter Mitbestimmung auf Basis der Bürgerbewegungen getragene Gesellschaft zu errichten. Dies erwies sich nach der Volkskammerwahl im März 1990 als Illusion.

Von nun an bestand das Problem, die ostdeutschen Hochschulen in die Wissenschafts- und Bildungslandschaft der Bundesrepublik einzufügen. Die Lösung dieses Problems wurde, mit der Begründung der Deformation und der Unfähigkeit zur Autonomie, den Betrof-

fenen aus den Händen genommen und nach der Bildung der neuen Bundesländer in die Kompetenz der jeweiligen Landesregierungen übertragen, die bis auf Brandenburg von der CDU regiert werden. Somit war der globale Kurs klar: die Zerstörung jeglicher DDR-Identität und Eliminierung der Bürgerbewegung. Was in der Wirtschaft schon gelungen war, der absolute Kahlschlag und Verkauf des Brauchbaren als Konkursmasse, soll nun auf forschungs- und bildungspolitischem Gebiet weitergeführt werden. Hier bietet sich für die neuen Machthaber eine enorme Chance, nämlich auf Grund der konservativen Grundstimmung und der ungeklärten Rechtslage saubere Musterhochschulen zu schaffen. Außerdem ist die Finanzierung über Drittmittel für die von Finanzsorgen geplagten Bundesländer ein verlockendes Modell und öffnet den privaten Unternehmen Tür und Tor, sich in Forschung und Lehre einzukaufen. Das alles wird mit der Forderung nach „Konkurrenzfähigkeit" der Hochschulen (was immer das heißen mag) bemäntelt. Auf einem Forum der Leipziger Universität am 7. Januar 1991 betonte Rektor Leutert, daß es darum gehe, eine europäische Hochschule zu errichten, die sich dem Staatsziel unterordnen müsse: dem Aufbau der neuen Länder. (Dies ist die Begründung, mit der in Italien seit Jahren eine gewaltsame Umstrukturierung der Hochschulen vorgenommen wird, um sie auf die Interessen der Wirtschaft auszurichten.) Deshalb sei an eine Autonomie der Hochschulen vorerst nicht zu denken.

Das Instrumentarium zur Umstrukturierung an den ostdeutschen Hochschulen stellen die Beschlüsse zur Evaluierung und Abwicklung zur Verfügung. Helfer und Betreuer aus der alten Bundesrepublik stehen bereit. So sind die Herren Professoren Bossle[2], Rohrmoser[3] und Wolfsohn[4] die Berater für Fragen der Wissenschaftspolitik in Sachsen. Alle drei sind Verfechter erzkonservativer bis rechtsradikaler Theorien.

Die Evaluierung, mit der im Herbst 1990 begonnen wurde, beinhaltet, daß alle Hochschullehrer und -lehrerinnen von einer Evaluierungskommission hinsichtlich ihrer fachlichen Qualifizierung, ihrer politischen Einstellung und Vergangenheit überprüft werden. Diese Kommission entscheidet über Gedeih und Verderb der Betreffenden. Im Zusammenhang mit der Evaluierung gab der Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Berufungspolitik an den Hochschulen in den neuen Bundesländern. So sollen in einer nicht näher bestimmten Übergangszeit „alle Berufungskommissionen vom zuständigen Landesminister im Benehmen mit der Hochschulstrukturkommission eingesetzt werden. . ." Die Berufungskommissionen sollen „im Regelfall aus sechs Professoren, einem Vertreter aus der Gruppe der Assistenten, Oberassistenten und Dozenten und einem Vertreter der Studenten bestehen. Mindestens drei Professoren müssen von auswärts kommen."

Leipzigs Abwicklungsrektor Leutert, immer dialogbereit **Foto: Frank Gehrmann**

„In einer Übergangszeit können Angehörige der eigenen Hochschule bei entsprechender Qualifikation bei der Besetzung von Professorenstellen berücksichtigt werden. In der Regel soll jedoch das ‚Hausberufungsverbot' gelten."

Wie dabei minimalste Forderungen der Demokratie übergangen werden und ein Akt der Willkür vollzogen wird, zeigt Punkt 5 dieser Empfehlung:

„5. Die derzeitige Rechtslage (Verordnung über Hochschulen, insbes. 12. Abschn., § 106, Abs. 4) läßt die hier vorgeschlagenen Regelungen nicht zu. Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher den neuen Ländern und dem Land Berlin, durch Novellierung der Hochschulverordnung auf gesetzlicher Grundlage die Voraussetzungen zu schaffen, die es erlauben, insbesondere bei den Berufungen nach den hier vorgeschlagenen Regeln zu verfahren." (Zitate aus der Pressemitteilung des Wissenschaftsrates vom 16.11.1990)

Die Entscheidungen und Empfehlungen zur Evaluierung betreffen ausnahmslos alle Fachbereiche. Für die Gesellschaftswissenschaften haben sich die Politiker etwas Besonderes ausgedacht: die bereits erwähnte „Abwicklung". „Abwickeln" bedeutet, daß ganze Hochschulen (z.B die Hochschule für Ökonomie in Berlin) und weitgehend alle gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen und Fachbereiche geschlossen werden. Diese Bereiche sollen von Grund auf neu gestaltet werden. Die Studierenden stehen vor der Wahl, an anderen Einrichtungen ihr Studium fortzusetzen oder eben abzubrechen. Die Hochschullehrer kommen auf eine dreimonatige Warteschleife, mit der Option, eventuell wieder eingestellt zu werden.

Mit den Entscheidungen zur Abwicklung werden alle Versuche der betreffenden Einrichtungen negiert, sich von innen heraus neu zu profilieren und umzuwandeln. Die Phase der Demokratisierung vom Herbst 1989 bis Sommer 1990 wird einfach gestrichen. In einem Brief des sächsischen Ministers für Wissenschaft an den Rektor der Universität Leipzig vom 12. Dezember 1990, in dem ihm der Beschluß mitgeteilt wird, „ihre Hochschule zu überführen, jedoch Teileinrichtungen abzuwickeln", heißt es: „Maßgebend ist Status, Umfang und Bezeichnung der Einrichtung im Oktober 1989."

Mit dem Bezug auf Oktober 1989 wird der Kahlschlag politisch legitimiert, da zu diesem Zeitpunkt harte Verfechter des SED-Kurses die Universität dominierten. Allerdings wurden viele von ihnen bereits im ersten Halbjahr 1990 entlassen und ehemalige, auf Grund ihrer kritischen Sicht vertriebene Hochschullehrer und Hochschullehrerinnen wieder eingestellt.

Es liegt mir fern, in irgendeiner Form die offizielle DDR-Gesellschaftswissenschaft zu verteidigen. Ich habe in drei Jahren Studium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig einiges über die Form der dortigen Wissenschaftsproduktion erfahren und über die beschränkten Inhalte, die diese zuließ. Auch kann ich mich noch an die „Gespräche" erinnern, die von der Kreisparteikontrollkommission mit jeder/m Einzelnen unseres Fachbereiches geführt wurden, um uns von der Schändlichkeit des Dr. Jürgen Jünger zu überzeugen, der es gewagt hatte, den Gehalt der Forschung anzuzweifeln, die unter der Parteilinie stand. Er bekam 1989 Lehrverbot, da er sich zu einer kritischen Aneignung des Marxismus bekannte und die vorgegebene Dogmenlehre ablehnte. Das war zehn Jahre, nachdem er schon einmal Gelegenheit bekommen hatte, sich „in der Praxis zu bewähren". Damals bestand sein Delikt darin, daß er Kontakte zu linken Gruppen in der Bundesrepublik aufgenommen hatte. So wie Jürgen Jün-

ger gibt es noch einige andere „linke Abweichler", die von Herbst 1989 bis Frühjahr 1990 wieder an die Hochschulen geholt wurden und die, wie der Stand der Dinge jetzt ist, auch gleich zu Hause hätten bleiben können. Der Kurs der Unionsparteien und somit der Kurs der neuen Landesregierungen bietet kaum Raum für kritische Gesellschaftswissenschaften und trifft sich in diesem Punkt peinlich genau mit dem der SED. Um die alten Apologeten der DDR mache ich mir kaum Sorgen, die lernen ziemlich schnell die neue Melodie. Der ehemalige Parteisekretär, Hetzer und Denunziant am Fachbereich Politische Ökonomie, Jochen Krosse, der eine Schlüsselrolle im Prozeß gegen Jürgen Jünger spielte, hat inzwischen seine Fehler eingesehen und arbeitet aktiv für die CDU, die seine SED-Mitgliedschaft sicher bald vergessen und ihn aufnehmen wird.

Gegen die hier erwähnten Prozesse an den ostdeutschen Hochschulen ist also seit Dezember 1990 der Widerstand der Studierenden gerichtet. Ihre Forderungen decken sich im Grundtenor mit den bereits im Herbst 1989 gestellten. Es geht um Mitbestimmung und um Transparenz der Entscheidungsfindung. All dies wurde vom westlichen Demokratiemodell bis jetzt nicht eingelöst und ist auch nicht absehbar. Im Gegenteil, die Autonomie der Hochschulen wird mit der Begründung, eine Autonomie der Hochschulen erst herstellen zu müssen, verletzt. Ziel dieser Verletzung ist die Herstellung der Autonomie systemtreuer Narren; aber die Studierenden wollen nicht mehr werden, was sie waren. Außerdem verhindert die „Abwicklung" und Neuprofilierung der Gesellschaftswissenschaften die kritische Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Somit kann diese Geschichte immer wieder als negatives Faktum gegen jede radikal die Gesellschaft kritisierende Theorie und verändernde Praxis herangezogen werden. Der Sozialismus ist durch die osteuropäische Geschichte diskreditiert. Die Überwindung dieser Diskreditierung zu unterbinden, ist ein Moment in der wissenschaftspolitischen Praxis der neuen Landesregierungen. Die Studierenden jedoch wollen das Profil von Forschung und Ausbildung mitbestimmen und nach ihren Kriterien gestalten. Sie wollen also mehr als altbundesdeutsche Studierende je erreichten. Um so verwunderlicher ist, daß es, wenn überhaupt, nur zu einer zaghaften Solidarisierung von westdeutschen Studierenden kommt. Entscheidet sich doch jetzt, ob es gelingt, eine selbstbestimmte, kritische Gesellschaftswissenschaft aufzubauen oder ob sie wieder ins Apologetische abwandert. Beides wäre richtungsweisend für die alten Bundesländer. Die konservative Tendenz der sich dort langsam vollziehenden Umstrukturierung läßt sich nicht leugnen. Die Frage ist, ob sie umkehrbar gemacht werden kann.

Jan Kuhlbrodt

1 Eine Gegendarstellung von Peer Pasternak hat der *Spiegel* bisher zurückgewiesen. Daraufhin wurde auf Unterlassung geklagt.

2 Bossle ist Professor für Politik in Würzburg, bei dem südamerikanische Militärs promovierten.

3 Rohrmoser war Freund F.J. Strauß' und Hausphilosoph Filbingers. Sie gründeten 1979 gemeinsam das „Studienzentrum Weikersheim", auf dessen Jahrestagungen sich Wissenschaftler, Kirchenleute und Politiker versammelten, die sich für die „neokonservative Elite" halten. Rohrmoser selbst geht aus der „Ritter-Schule" hervor. Sein erklärtes Ziel ist eine „konservative Erneuerung".

4 Wolfsohn ist Politologe an der Bundeswehrhochschule in München und tritt derzeit als „Israel-Experte" in der Kriegsberichterstattung des bayerischen Rundfunks auf. Im Rahmen einer Feierstunde der Frankfurter Universität hielt er die Laudatio auf Notker Hammersteins Skandalchronik der Johann Wolfgang Goethe-Universität im Faschismus.

Amtsnachfolger der Täter „trauern"

Vor allem muß Aufklärung über das Geschehene einem Vergessen entgegenarbeiten, das nur allzu leicht mit der Rechtfertigung des Vergessenen sich zusammenfindet.

Theodor W. Adorno

Fünfundvierzig Jahre lang arbeiteten MedizinstudentInnen in der BRD mit Präparaten, die während des Nationalsozialismus hergestellt wurden. Sie stammen von den Ermordeten, den Opfern des Naziregimes. Erst der gestiegene öffentliche Druck bewegte die Institute zur Herausgabe. Am 21. Dezember 1990 bat der hessische Wissenschaftsminister zu Bestattung, Gedenksteinlegung und Trauerfeier.

In Tübingen gelang es einer Gruppe von Studierenden 1988/1989 nachzuweisen, daß anatomische Präparate, an denen sie ausgebildet wurden, von Opfern des Nationalsozialismus stammen. Daraufhin protestierte die israelische Regierung bei der deutschen Bundesregierung, worauf die Ministerien der Länder die Überprüfung sämtlicher medizinischer Präparatesammlungen anordneten. Es gelang den Tübinger StudentInnen trotz fortgesetzten Widerstands der Unileitung, eine unabhängige Kommission einzuklagen, die die Präparatesammlungen der medizinischen Fakultät Stück für Stück auf ihre Herkunft hin überprüfen sollte. Auch in Frankfurt forderten Studierende die Einrichtung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Dies wurde unter dem Hinweis auf eine vorgebliche Zuständigkeit der medizinischen Ethikkommission vom Dekanat des Fachbereichs abgelehnt. Der Dekan, Professor Groß, sowie einzelne Institutsleiter verneinten gegenüber den StudentInnen das Vorhandensein jeglicher Präparate aus der NS-Zeit. Die Einsicht in die Institutssammlungen und -archive wurde der studentischen Arbeitsgruppe fast nie gewährt.

Dabei gibt es gerade in Frankfurt genügend Anlaß zum Nachfragen. Hier wurde 1935 das Institut für Erbbiologie und Rassenhygiene gegründet. Ein führender Rassenideologe, Professor von Verschuer, sowie Dr. Mengele, später als KZ-Arzt von Auschwitz bekannt geworden, waren dort mit der Erfassung und Kartierung der Frankfurter Bevölkerung nach „erbbiologischen" Gesichtspunkten beschäftigt. Dies schloß neben rassistischen Bestimmungen Suchtkranke, Geschlechtskranke, psychisch Kranke ein und wurde ausgeweitet bis zu X-Beinigen und Plattfüßigen. Aufgrund der Gutachten aus diesem Institut wurden Eheverbote ausgesprochen, Menschen zwangssterilisiert und ermordet. Zwangssterilisationen wurden sowohl in der Frauenklinik als auch in der Chirurgischen Klinik von Ärzten durchgeführt. Das Anatomische Institut wurde vom Gefängnis in Preungesheim mit Hingerichteten beliefert. Gegen Ende des Krieges wurden immer mehr Menschen als Volksschädlinge, Hochverräter, Deserteure, Wehrkraftzersetzer und Kriegsgefangene hingerichtet. Studenten wurden an deren Leichen im Präparierkurs ausgebildet und Institutsmitglieder stellten Präparate aus ihnen her.

Die Fachschaft Medizin erhielt Mitte Dezember von einem Universitätsangestellten den Hinweis auf eine Gedenkfeier am 21.12.1990 auf dem Frankfurter Hauptfriedhof. Aufgrund einer Anordnung des hessischen Wissenschaftsministers Gerhardt und erst nach zweimaliger Aufforderung hatten die Institutsleiter offenbar doch — und vor allem in Frankfurt — zahlreiche Präparate aus der NS-Zeit dem Wissenschaftsministerium angegeben.

So heimlich wie die Überprüfung der Präparate abgelaufen war, so sollte auch die Gedenkfeier begangen werden: Eingeladen wurden vor allem die Amtsnachfolger der Täter, Präsidenten, Dekane und Institutsleiter der hessischen Universitäten. Die jüdische Gemeinde wurde erst verspätet benachrichtigt. Noch Ende November war von ihrer Beteiligung nicht die Rede. Nicht eingeladen wurden Organisationen der Opfer und Verfolgten des Nationalsozialismus. Der Bund der „Euthanasie"Geschädigten und Zwangssterilisierten, VertreterInnen der Sinti und Roma, die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes-Bund der Antifaschisten, beispielhaft neben anderen, wurden erst durch die Initiative der Fachschaft informiert.

In seiner Rede bei der Trauerfeier zeichnete Wissenschaftsminister Gerhardt das Bild einer Universität, die dem Nationalsozialismus widerstanden hätte. „Viele Mitglieder gerade auch an der Frankfurter Universität haben nationalsozialistisches Unrecht bekämpft". Dies ist blanker Zynismus angesichts der Tatsache, daß bereits 1933 ein Drittel der Frankfurter Professoren von den Nationalsozialisten entlassen wurde. Die Verbliebenen wurden von den Nationalsozialisten als zuverlässig betrachtet oder gehörten selbst zu ihnen. Diese betrieben weiterhin ihre Wissenschaft, ohne sich um die vertriebenen Kollegen zu kümmern. Im Gegenteil, die Kollegen Professoren denunzierten sich gegenseitig oder schielten nicht nur auf die freigewordenen Stellen, sondern auch auf die verbliebener jüdischer oder sozialistischer Wissenschaftler, um ihre eigene Karriere voranzutreiben. Der 1934 berufene Rektor der Universität, Platzhoff, führte in diesem Sinne aus: „Der alte Vorwurf, daß gerade unsere Universität eine Hochburg marxistisch-jüdischen Geistes sei, kann weiß Gott nicht mehr erhoben werden. Wohl an keiner anderen Universität ist die Säuberung so radikal vorgenommen worden wie gerade bei uns." Die entlassenen Professoren selbst werden nun von Gerhardt zu Widerständlern erklärt. Die Entlassungen wurden tatsächlich nicht aufgrund von Widerstandshandlungen angeordnet, sondern weil die Betreffenden Juden waren oder der sozialdemokratischen Partei angehörten etc. Doch dient diese Verdrehung der Behauptung, daß gerade darum „diese Universität die Kraft aufbringen (kann), sich stellvertretend für andere Hochschulen mit verbrecherischem Tun auseinanderzusetzen". Wie diese Auseinandersetzung aussieht, ist im *diskus* 1-2/1989 nachzulesen.

Auch über die Motivation der damaligen Forscher macht sich Gerhardt ein Bild: „Wissenschaftliche Neugier" und „aufklärerischer Drang" seien die „Triebfeder zur Forschung" gewesen. Nur hätte die „ethische Bindung" bzw. „Bändigung" solcherart „gepackter" Wissenschaftler eben nicht ausreichend funktioniert. Es fragt sich, ob er solche Wissenschaftler angesichts ihrer Triebhaftigkeit überhaupt für schuldfähig halten kann. Trotzdem kommt Gerhardt zum Fazit, „daß es einem verbrecherischem Kapitel deutscher Geschichte nicht gelungen ist, die ethische Bindung von Forschung zu beseitigen, auch wenn Menschen versagt haben". Indem er die Motivation der Wissenschaftler ins Triebleben verlegt, macht er sie zu Opfern der Gesellschaft, die für die „Bändigung" der inneren Natur der Forscher zuständig sein soll. Die Wissenschaft selbst bleibt völlig neutral. Die Bedeutung der Professorenschaft als Träger kriegswichtiger Forschung, Repräsentant „wissenschaftlich" getarnter Rassenideologie und verantwortlicher Ausbilder ist von ihm verschwiegen worden.

Als nächster Redner bezeichnete Unipräsident Ring die „Wertordnung . . . im ausgehenden 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert" und das „neue Menschenbild in der Wissenschaft" als den Boden für den Rassismus. Nach seiner Betrachtung haben sich die Wis-

J.L.

Landesheilanstalt Lörchingen (Lothr.)

Fernruf: Lörchingen Nr. 6
Postscheckkonto Saarbrücken Nr. 11428

Zeichen: D.LP. 13.178

Lörchingen, den 8. September 1942

An Herrn Professor Dr. H I R T

in S T R A S S B U R G - Anatomisches Institut -

Bayerstraße

Sehr geehrter Herr Professor!

Soeben trifft von meiner vorgesetzten Behörde die Genehmigung ein, in besprochener Weise Leichen abgeben zu dürfen.

Ich stelle Ihnen anheim, nunmehr das Nötige zu veranlassen, damit bei gegebener Gelegenheit Leichentransporte an Ihr Institut durchgeführt werden können.

Heil Hitler!

Der kommissarische Leiter der Heilanstalt:

[illegible]

Oberarzt.

5000 - Juni 42 - P 0344

senschaftler „über den Schöpfer und die Schöpfung" erhoben, was sie in „Schuld und Verstrickung" geführt habe. Diese religiöse Geschichtsbetrachtung blendet die Hintergründe und die Analyse der damaligen Wissenschaft aus. „Wissenschaftler jener Zeit, die es hier weder zu benennen noch zu entschuldigen gilt" waren die Täter. Unerkannt und ungenannt sollen diejenigen bleiben, die auch nach dem Nationalsozialismus für ihre Verbrechen nicht bestraft wurden und ihre Karriere meist ungebrochen fortsetzen konnten. Sie haben ihre Wissenschaft auch nach '45 auf den alten Grundlagen und mit der gleichen Haltung weitergeführt. Gerade in der Humangenetik (der früheren Erbbiologie) wurde in der ganzen Welt weitergeforscht. Rassenhygienisches Denken findet sich heute in vielen Aussagen und Projekten von Wissenschaftlern wieder, die ihre neu gewonnenen Fähigkeiten in der Gentechnik gerne zum Wohl der Menschheit anwenden wollen. „Keiner von uns weiß heute, wie er vielleicht schuldig geworden wäre, wenn er als Wissenschaftler in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts sein Lebenswerk begonnen hätte." Ring hält auch die heutigen Wissenschaftler für potentielle Täter. Allerdings ist diese Auffassung nicht als Aufforderung zur Wissenschaftskritik zu verstehen, sondern dient der Entschuldigung der Wissenschaftler, die während des Nationalsozialismus Verbrechen begingen. Nicht der Wissenschaftler ist für sein Tun verantwortlich, nicht die Wissenschaften haben die Folgen ihrer Forschung zu reflektieren, sondern die Gesellschaft. Zwangsläufig sieht Ring auch im heutigen Wissenschaftsbetrieb keinen Anlaß zur Kritik. Doch gerade sein Fach Biochemie ist es, in dem in unkalkulierbarer Weise und unter Ausschaltung von Kontrollmitteln, aber mit Unterstützung der Industrie das „Geheimnis des Lebens" ergründet werden soll. Ist die DNA, Baustein der Gene, mittels hochgerüsteter Technik erst einmal entschlüsselt, so wird die schrankenlose Genmanipulation am Menschen möglich.

Als nächster Redner hat sich Haushistoriker Hammerstein durch eine Geschichtsauffassung hervorgetan, die bereits aus der von ihm verfaßten Universitätshistorie bekannt ist. Sein Versuch, die Täter zu decken, war den meisten Zuhörern fast unerträglich. „Ich will ... nicht die Vorgeschichte des heutigen Tages schildern." Die Begründung hierfür blieb er schuldig, vielleicht, weil er sonst „im Nachhinein ... verurteilen" müßte, was er ablehnt. Dann teilte er noch eine Schelte an die „sogenannten Medien" aus, die mit „unsäglichen Berichten" die öffentliche Stellungnahme von Universitäten erst erzwungen hatten. Er bezeichnete die Arbeit der Universitäten, des Landtags und des Wissenschaftsministeriums im Umgang mit den Präparaten als „verantwortungsbewußt, hilfsbereit und angemessen". Eine genaue Darstellung über Anzahl, Fundort, Herkunft und Hersteller der Präparate wurde allerdings bisher nicht veröffentlicht. Die Angaben der „hilfsbereiten" Professoren sind außerdem alleinige Grundlage der Untersuchungen. Forschungsaufträge an ausgewiesene Historiker in dieser Sache wurden weder von den Universitäten noch vom Ministerium vergeben. Er äußerte, daß „nur 350 von 90000 Ärzten" an Naziverbrechen beteiligt gewesen und auch „bedeutende pharmakologische Erkenntnisse" in dieser Zeit gewonnen worden wären. Die Geschichtsbewertung Hammersteins wird hier noch deutlicher, da er wichtige, allgemein bekannte Quellen mißachtet und Verleugnungen der beteiligten Ärzteschaft nach 1945 mehr Glauben schenkt als der zumindest ab 1980 in Deutschland immer zahlreicher vorliegenden Literatur zu diesem Thema. Schon in einem 1947 erschienenen Buch zur Dokumentation der Nürnberger Ärzteprozesse widerlegen Mitscherlich und Mielke das Bild einer im Ganzen gesehen unbeteiligten Ärzteschaft. Der Vorsitzende des Zenralrates Deutscher Sinti und Roma nannte diese Rede einen Skandal, ein Professor des Fachbereichs Medizin eine Unverschämtheit.

Der gewählte Blickwinkel in der Geschichtsbetrachtung läßt eine Reflexion der falschen und unmenschlichen „wissenschaft-

lichen" Prämissen nicht zu. Nochmals Hammerstein: „Erbbiologen suchten eine Antwort auf die brennenden Fragen der Zeit." Wie „erfolgreich" sie das taten und welche Konsequenzen für ausgegrenzte soziale Gruppen das hatte (und hat) ist bekannt. Dr. Julius Moses warnte schon 1928: „Die Vertreter der Eugenik sind heute hauptsächlich Männer, die politisch reaktionär eingestellt sind. Das muß in Bezug auf die ganze Propaganda für die Eugenik stutzig machen. Es scheint, daß gewisse Eugeniker die Sterilisation benutzen wollen, um eine biologische Abbiegung der sozialen Verhältnisse zu erreichen."

Dem Vorsitzenden des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Neumann, ist für seine eindeutig für die Opfer des Faschismus eintretende Rede zu danken. Er war der einzige, der daran erinnerte, daß die während des Nationalsozialismus hergestellten Präparate 45 Jahre lang in den Regalen medizinischer Institute im Namen der Wissenschaft gelagert wurden, bevor sie aufgrund der öffentlichen Empörung bestattet werden konnten.

Fast gleichzeitig mit dieser „Gedenkstunde" ist das Weiterbestehen der Gedenkstätte im ehemaligen Vernichtungsbetrieb Hadamar, wo vor allem „Euthanasie"-Opfer zu Tausenden ermordet wurden, nicht möglich, da den Bundes- und Landesministerien selbst eine vorübergehende Finanzierung nicht wichtig genug ist.

Die Fachschaft Medizin hat verschiedene Organisationen der Verfolgten und Opfer des Nazi-Regimes über die Trauerfeier informiert. Die anwesenden Mitglieder dieser Verbände, ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangs-Sterilisierte, haben dann die oben ausgeführten Geschichtsfälschungen, Unrechts-Rechtfertigungen und Unverschämtheiten auch noch ins Gesicht gesagt bekommen. In diesen Reden ist den damaligen Opfern heute noch einmal Gewalt angetan worden.

Die Freiheit der Wissenschaft erwies sich einmal mehr als eine Freiheit von Verantwortung.

Andrea Antolic
Berthold Fitzen

Literatur:
Mitscherlich, Mielke: Medizin ohne Menschlichkeit, Frankfurt 1960.
Ärztekammer Berlin (Hrsg.): Der Wert des Menschen, Berlin 1989.
C. Dorner, L. Lemhöfer et al.: Die braune Machtergreifung, Frankfurt 1989.

EIN DRINGENDER APPELL IN LETZTER MINUTE

KURDISTAN

27 000 Kurdische Flüchtlinge aus dem Irak in höchster Lebensgefahr

DER KRIEG HAT LÄNGST BEGONNEN

„CIZRE, NUSEYBIN & DIYARBAKIR": merken wir uns diese Namen kurdisch-türkischer Städte gut. **Sie benennen Orte unseres neuerlichen Verdrängens & Vergessens. Wie damals im Irak, als die Geschäfte mit Giftgas & Öl fabelhaft noch liefen, und niemand etwas wissen wollte: von Halabscha, den 30 000 Giftgastoten, den 5 000 planierten Dörfern und der mörderischen Vernichtung aller kurdischen Existenz.**

Heute herrscht in Kurdistan (Türkei) der offene Kriegszustand. 500 000 Soldaten halten die kurdischen Regionen besetzt und aufgeschlagen ist das neueste Kapitel eines nicht endenwollenden Völkermordes.

Ausgeübt nicht vom inzwischen einvernehmlich verurteilten Diktator in Bagdad, sondern vom engsten Verbündeten der westlichen Demokratien gegen denselben: dem türkischen Staat. Durch eine Regierung, die ein Assoziierungsabkommen mit der EG unterhält, einem Mitglied der NATO und Teilnehmer an den KSZE-Gesprächen wurden:

- **Die Aufhebung der Menschenrechte für die kurdischen Provinzen beim Europarat verfügt.**
- **Eine Regierungsempfehlung auf Vollstreckung von 287 Todesurteilen verkündet.**
- **Die Vertreibung von 500 000 Kurden in den Westteil des Landes angeordnet.**
- **Hunderte von Dörfern vernichtet und Menschen aus vielen Grenzregionen zwangsevakuiert.**
- **Ihre agrarische Lebensgrundlage mit Flammenwerfern verbrannt: Olivenhaine, Bienenstöcke & Haselnußfelder.**
- **Wurden und werden andauernd Hunderte von Zivilisten gefoltert & vergewaltigt.**

Kein einziger Mitgliedsstaat hat bisher gegen diese offen verkündete Außerkraftsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention auch nur mit einem Wort protestiert.

STATTDESSEN ZAHLT DIE BUNDESREGIERUNG „RÜSTUNGS-SONDERHILFE" IN MILLIONENHÖHE AN DIE TÜRKEI.

Während dies neue Kapitel der Vernichtung kurdischer Existenz gerade aufgeschlagen wird, befindet sich das alte weiterhin in mörderischer Abwicklung:

Die Opfer und Flüchtlinge vor dem Giftgas deutscher Herkunft existieren unbeachtet & wenig erwähnt in ihren türkischen oder iranischen Elendslagern: über 100 000 Menschen.

In den 3 türkischen Camps von Mus, Mardin und Diyarbakir leben 27 000 Menschen in dünnwandigen Zelten & miserablen Behausungen und sterben mit tödlich-sicherer Präzision Hunderte in der schrecklichen Winterkälte.

WIR WOLLEN ES NICHT ZULASSEN,

DASS DIE OPFER PROFITABLER DEUTSCHER TODESHÄNDLER ALS LÄSTIGE MENSCHLICHE ZEUGEN STUMMWEG DER WEITEREN VERNICHTUNG PREISGEGEBEN WERDEN. PROTESTIEREN SIE MIT UNS BEI DER BUNDESREGIERUNG, DEN PARTEIEN, POLITIKERN & DEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN GEGEN DIE FORTGESETZTE VERFOLGUNG UND VERNICHTUNG DER KURDEN.
FORDERN SIE MIT UNS ZUSAMMEN DIE ANERKENNUNG DER MENSCHENRECHTE IN DER TÜRKEI UND HELFEN SIE MIT BEI DER MATERIELLEN UNTERSTÜTZUNG DIESER FLÜCHTLINGE, FÜR DEREN SCHICKSAL WIR UNLEUGBAR EINE BESONDERE VERANTWORTUNG TRAGEN.

Spenden für die „Winterhilfe", für Decken, Brennstoffe & medizinische Versorgung unter dem Stichwort „KURDISTAN" auf die Konten 6999-508 Postgiro Köln oder Frankfurter Sparkasse Konto 1800 (BLZ 500 501 02).

Nähere Informationen & PROTEST-UNTERSCHRIFTENLISTEN bitte kostenlos anfordern!

medico international
Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990041

Beamte der Nationalsozialistischen Betriebsorganisation

„Bist du Jude? Wieso lebst du dann?"

Zu Raul Hilbergs „Die Vernichtung der europäischen Juden"[1]

Seit Herbst letzten Jahres liegt Raul Hilbergs „Die Vernichtung der europäischen Juden" als erweiterte und überarbeitete dreibändige Taschenbuchausgabe vor. Hilbergs Lebenswerk ist die umfassendste Darstellung des von Deutschen in Gang gesetzten Vernichtungsprozesses, die sowohl die Vorgeschichte vor 1933 als auch die Nachgeschichte nach 1945 umfaßt.

Obwohl bereits 1961 in den USA veröffentlicht, erschien die deutsche Übersetzung erst 1982 bei dem kleinen Verlag Olle & Wolter. Droemer-Knaur in München erwarb zwar 1964 die Rechte und übersetzte die ersten dreihundert Seiten, brach dann das Projekt aber mit der Begründung ab, die Art und Weise, wie Hilberg über das Verhalten der Juden spreche, sei geeignet, antisemitische Ressentiments zu wecken. Hilberg dagegen meint, der Verlag wollte sich Kontroversen in der Öffentlichkeit ersparen, wie es sie nach der Veröffentlichung von Hannah Arendts „Eichmann in Jerusalem" gegeben habe. Zudem seien in jener Zeit die ersten großen Prozesse gegen die Täter geführt worden und Fragen wie die nach „Verjährung" hätten die öffentliche Diskussion bestimmt. So kam es, daß 21 Jahre vergingen, bevor „Das Standardwerk über den Holocaust" auf Deutsch erscheinen konnte.

Am 14. Januar sprach Raul Hilberg im Rahmen der Film- und Vortragsreihe „Lights out in Europe" in der Camera an der Goethe-Universität in Frankfurt. Auf Einladung des Pupille und Schöne Neue Welt e.V. stellte er die wichtigsten Thesen seiner Arbeit vor.

Am selben Tag beantwortete er in einem Interview die Fragen der Zeitschriften *diskus* und *links*. Auszüge daraus drucken wir im Anschluß an den Artikel, der auf Basis von Hilbergs Werk den Prozeß der Vernichtung der europäischen Juden schildert. Hilbergs Vortrag und das ungekürzte Interview erscheinen voraussichtlich in der Februar-Ausgabe der *links*.

Vier Stufen der Erkenntnis lassen sich bezüglich der Vernichtung der europäischen Juden unterscheiden. Auf der ersten Stufe wird nicht anerkannt, daß sich der nationalsozialistische Vernichtungsprozeß in besonderer Weise auf Juden bezog. Juden gelten entweder als Opfer unter anderen oder werden gänzlich ignoriert, indem sie zu „Patrioten" stilisiert werden. Die zweite Form der Erkenntnis akzeptiert die Tatsache, daß Juden als Juden von der Verfolgung betroffen und die ergriffenen Maßnahmen maßgeblich zu ihrer Ermordung konzipiert waren. Die Herausstellung der besonderen Lage der Juden bedeutet keine Mißachtung anderer Kategorien von Opfern, während eine Leugnung der speziellen jüdischen Situation ein völliges Verkennen des deutschen Antisemitismus und deutscher Gesellschaft überhaupt zur Folge hat. Auf dieser Stufe stellen sich gewöhnlich gleichsam als Entschuldigung die Fragen: Warum haben sich die Juden nicht gewehrt? Weshalb sind sie so schweigend in den Tod gegangen? Diese Fragen implizieren die leichtsinnige Behauptung, daß die Juden aufgrund ihrer Passivität eben auch ein wenig selbst an ihrem Schicksal Schuld seien. Die dritte Stufe führt zur Entdeckung des jüdischen Widerstands. Von dem Attentat Herschel Grynszpans auf den deutschen Gesandtschaftsrat vom Rath 1938 bis zu den verzweifelten Aufständen in den Vernichtungslagern Treblinka (2. August 1943), Sobibor (14. Oktober 1943) und Auschwitz (7. Oktober 1944) gab es eine Reihe von jüdischen Widerstandsaktivitäten. Das große Fanal war der Aufstand im Warschauer Ghetto, der am 19. April 1943 ausbrach und erst am 16. Mai 1943 von den Deutschen endgültig niedergeschlagen werden konnte. Doch die Größe und die Resultate des Widerstands zeigen, daß die Vernichtung der europäischen Juden im wesentlichen eine Geschichte des Sterbens ohne erfolgreiche Gegenwehr ist. Dies führt uns zur vierten Stufe. Ihre Wahrheit ist der Tod. Die Deutschen setzten einen Vernichtungsprozeß in Gang, der sich selbst genügte und keine übergeordneten Zielsetzungen verfolgte. Dieses sinnlose Sterben ist für den Betrachter schier unerträglich. Daraus resultiert der Wunsch nach rebellischen Aktionen. Marek Edelmann, stellvertretender Kommandant der jüdischen Kampforganisation (ZOB) und einer der wenigen Überlebenden des Warschauer Ghettos, bezeichnet genau den Ort, den durchschreiten muß, wer auch nur annähernd begreifen will, was geschah. Hanna Krall berichtet: „‚Mein Kind', sagt er zu mir. ‚Du mußt das endlich verstehen. Diese Menschen gingen ruhig und würdevoll. Es ist schrecklich, wenn man so ruhig in den Tod geht. Das ist wesentlich schwieriger als zu schießen. Es ist ja viel leichter, schießend zu sterben, es war für uns viel leichter zu sterben, als für einen Menschen, der auf den Waggon zugeht und dann im Waggon fährt und dann eine Grube für sich gräbt und sich dann nackt auszieht ... Verstehst du das jetzt?' fragt er.

‚Ja', sage ich. ‚Das ja. Denn es fällt uns auch leichter, ihren Tod mitanzusehen, wenn sie schießen, als wenn sie Gruben für sich selbst ausheben.'"[2]

Um den Vernichtungsprozeß zu erfassen, ist die Frage nach dem Verhalten der Opfer falsch. Es muß nach denen gefragt werden, die das Massensterben veranlaßten, es muß verstanden werden, wie sie es durchführten. Erst daraus erhellt sich, weshalb die Opfer so und nicht anders handelten.

Die deutsche Tat

Genau hier setzt Hilbergs Buch an. Im Vorwort zur englischen Erstausgabe schreibt er, daß es „kein Buch über die Juden ist. Es ist ein Buch über das Volk, das die Juden vernichtete. Hier wird nicht viel über die Opfer zu lesen sein. Der Blick ist auf die Täter konzentriert."[3]

Die Fragestellung ist allgemeiner Natur. Es geht um die Struktur bürokratischer Prozesse als solcher. Wie sind durch Menschen geplante, administrativ beschlossene und systematisch durchgeführte Massentötungen von Menschen möglich? Um dies nachzuvollziehen, müssen aber spezifische Fragen gestellt werden. Der Vernichtungsprozeß wurde von Deutschland in Gang gesetzt. Ziel der Destruktion waren nicht gesellschaftliche Strukturen, sondern Menschen. Es war die deutsche Bürokratie, die sich zur Vernichtungsmaschinerie entwickelte. Es geschah in Deutschland, daß die technischen Errungenschaften der Moderne für den Völkermord nutzbar gemacht wurden. Der Vernichtungsprozeß wurde tatsächlich in seiner letzten Dimension, den Massenerschießungen in der Sowjetunion und den Vergasungen in den Todeslagern, fast ausschließlich von Deutschen durchgeführt.[4] Juden waren nicht die einzigen Opfer des Vernichtungsprozesses, sie waren „lediglich die ersten Opfer der deutschen Bürokratie" (1068). Allerdings war es kein Zufall, daß gerade Juden dem entfalteten Destruktionspotential des Nationalsozialismus ausgesetzt waren und die Zerstörung des europäischen Judentums annähernd vollständig gelang.

Die beste Charakterisierung seines Buches stammt von Hilberg selbst: „Das Buch ist voluminös und komplex. Es ist dies notgedrungen, weil die Ereignisse, die es schildert, gewaltig und verwickelt waren. Es ist detailliert, weil es eine ganze Kette von Schritten behandelt, die von der Definition des Begriffs ‚Jude' bis in die Düsternis der Gaskammern führt. Es verkürzt nicht, um Maßnahmen uneingeschränkt schildern zu können, die uneingeschränkt ergriffen wurden." (9) Sein Werk zeichnet sich dadurch aus, den Vernichtungsprozeß in seiner ganzen Dimension zu erfassen, ohne dabei einfach chronologisch zu verfahren. Er folgt der logischen Struktur der antijüdischen Politik, die sich schließlich in modifizierter Form in jedem von Deportationen betroffenen Land aufzeigen läßt, wobei die Maßnahmen innerhalb Deutschlands als Präzedenzfälle gelten. Die gesammelten Erfahrungen wurden bei der Expansion des Prozesses während des Krieges zur Effektivierung der Vernichtungmaschinerie herangezogen.

Der Vernichtungsprozeß läßt sich in vier Schritte gliedern. Er beginnt mit der *Definition* des Wortes „Jude".[5] Um eine Gruppe von Personen gesondert behandeln zu können, bedarf es zuerst einer Bestimmung dieser Zielgruppe. Der Definition folgten *Enteignungen*, die vor allem den größeren Unternehmen, aber auch dem Staat wie Einzelpersonen Gewinn brachten. Der dritte Schritt bestand in der sozialen und territorialen *Konzentration* der Juden. Das beinhaltete die Untersagung von Kontakten zwischen Juden und Nichtjuden, Kennzeichnungsmaßnahmen und schließlich die Ghettoisierung.

Definition, Enteignung und Konzentration bewegen sich im Rahmen traditioneller antijüdischer Maßnahmen. Sie haben ihre historischen Vorläufer, von denen sie sich nur in ihrer umfassenden Systematik unterscheiden. Auch das Ziel dieser Maßnahmen, die Vertreibung, wurde schon im Mittelalter praktiziert. Bis 1941 beerbten die Deutschen die Vergangenheit, ohne wirklich Neues hinzuzufügen.[6] Im Jahre 1941 gab es einen radikalen qualitativen Einschnitt. Die Option der Emigration wich dem Ziel der Ausrottung. Der vierte Schritt, die faktische Vernichtung, die der vorhergehenden Maßnahmen notwendig bedurfte, kulminierte in den mobilen Tötungsoperationen in der besetzten Sowjetunion und den Deportationen der anderen europäischen Juden in die Vernichtungslager. Diese Lager bleiben bis heute eine uneingeholte Wirklichkeit der deutschen Geschichte. Von dieser letzten Phase aus gewinnt der ganze Prozeß der Vernichtung das Stigma des singulären Geschehens. Die These der Singularität besagt nicht, daß Vergleichbares nicht mehr geschehen könnte. Sie verknüpft aber diese bisherige historische Einmaligkeit mit der deutschen Geschichte und betont, daß dieses Verbrechen nur vor dem Hintergrund der besonderen Entwicklung Deutschlands begriffen werden kann und eine universale Schuldzuweisung, die sich auf die Unzulänglichkeit des menschlichen Geschlechts beruft, unzulässig ist.

Das nationalsozialistische Herrschaftssystem

Dieser Wahrheit entsprechend geht Hilberg in seiner Darstellung vom nationalsozialistischen Herrschaftssystem aus. „Der deutsche Machtapparat bestand aus einem Führer (Adolf Hitler) und vier verschiedenen hierarchischen Gruppen — Ministerialbürokratie, Wehrmacht, Industrie und Partei." (59) Hilberg stützt sich dabei auf Franz Neumanns

Analyse des Nationalsozialismus in seinem erstmals 1942 erschienen Buch „Behemoth".[7] Die Ministerialbürokratie war im Anfangsstadium die zentrale Kraft antijüdischer Verordnungen. Ihre Macht nahm zwar gegenüber den anderen Sektoren des Herrschaftssystems beständig ab, sie leistete aber auch später entscheidene Beiträge zum Vernichtungsprozeß. Hilberg beweist dies mittels eines kleinen Büchleins über die Funktion der Reichsbahn bei den Deportationen.[8]

Die Wehrmacht wurde mit Ausbruch des Krieges Teil der Vernichtungsmaschinerie. In den von der deutschen Wehrmacht kontrollierten Ländern fanden umfangreiche Tötungsaktionen statt. Wehrmachtseinheiten beteiligten sich an allen Maßnahmen, „darunter an der Tötung von Juden durch mobile Sondereinheiten und am Transport von Juden in die Vernichtungslager" (60). In Serbien wurden Juden direkt von der Wehrmacht erschossen. „Die Rolle der SS bei den Exekutionen schränkte [der bevollmächtigte kommandierende General in Serbien] Böhme durch die Anordnung ein, daß die Erschießungen von der Truppe durchzuführen seien, und zwar möglichst von der Einheit, die die Verluste erlitten habe. An den Juden war also Rache zu nehmen." (731) Für jeden getöteten Deutschen wurden 100, für jeden verwundeten Deutschen 50 Gefangene, darunter überwiegend Juden, erschossen.

Die Industrie profitierte von der Enteignung jüdischer Betriebe und der Einführung von Zwangsarbeit. Sie lieferte sowohl die Verbrennungsöfen als auch das Gas für die Vernichtungslager.

Die NSDAP stellte den entschiedensten Teil des Herrschaftssystems dar: ihr militärischer Arm, die SS, führte maßgeblich den Mord an den Juden durch.

Dieses grauenhafte Unternehmen gelang, ohne daß eine eigens zu diesem Zweck eingerichtete Behörde nötig war oder ein Sonderbudget bereitgestellt worden wäre. Der Zerstörungsprozeß schritt kontinuierlich voran. „Auch in unüblichen Situationen kamen die üblichen Praktiken zur Anwendung. Das Finanzministerium griff auf Beschlagnahmeverfahren zurück, um den Auschwitz-Komplex zu errichten, die Deutsche Reichsbahn stellte der Sicherheitspolizei für die Judentransporte Rechnungen aus, in denen für jeden Deportierten der einfache Fahrpreis der zurückgelegten Strecke berechnet wurde." (1063) Alltagshandlungen führten in eine nicht alltägliche Katastrophe.

Im folgenden sollen die vier Stufen der Judenverfolgung skizziert werden. Es gilt zu bemerken, daß die Stufen nicht schematisch getrennt betrachtet werden dürfen, sondern ineinandergreifen. Diese Einteilung dient nur der Hervorhebung verschiedener Dimensionen des Gesamtprozesses. Lag die endgültige Definition des Wortes „Jude" erst 1935 vor, begann die Phase der Enteignungen bereits am 7. April 1933 mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", das die Entlassung aller „nicht arischen" Beamten zur Folge hatte, sofern sie nicht seit dem 1. August 1914 (Beginn des 1. Weltkriegs) verbeamtet oder Weltkriegsteilnehmer bzw. Väter oder Söhne von gefallenen Soldaten waren. Doch sollten auch diese Privilegien im Laufe der Zeit aufgehoben werden.

Definition

Der Nationalsozialismus hatte von seiner ersten Stunde an Juden zu unmittelbaren Feinden erklärt. Während Kommunisten, Bibelforscher etc. potentiell umerzogen werden konnten, sofern sie „arischer" Abstammung waren, galt allein die Tatsache, Jude zu sein, als Verbrechen. Bereits das Parteiprogramm der NSDAP von 1920 behauptete den minderen Status der Juden:

„4.) Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.

5.) Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen."[9]

Der Regierungsantritt der Nationalsozialisten machte nun eine Definition des Wortes „Jude" nötig. Das war die Aufgabe des Reichsinnenministeriums, die endgültige Definition von 1935 stammte von Staatssekretär Dr. Stuckart und seinem Referenten für Judenfragen, Ministerialrat Dr. Lösener. Nach dieser *war* „Jude", wer wenigstens drei jüdische Großeltern besaß. Als „Jude" *galt*, wer von zwei jüdischen Großeltern abstammte und sich zur jüdischen Religion bekannte oder mit einem Juden verheiratet oder Sproß einer ehelichen sowie außerehelichen Verbindung mit einem Juden war. „Für die Bestimmung des Status der Großeltern galt weiterhin, daß ein Großelternteil jüdisch war, wenn er (oder sie) der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörte." (76) Die nationalsozialistische Definition fußte also nicht auf rassischen Kriterien (dies hätten z.B. körperliche Merkmale sein müssen), sondern auf der Religionszugehörigkeit der Großeltern. Hitlers Behauptung von 1919, daß das „Judentum unbedingt Rasse und nicht Religionsgemeinschaft"[10] sei, konnte selbst die nationalsozialistische Definition nicht einlösen.[11]

Enteignungen

Darunter versteht Hilberg den Prozeß der systematischen Verarmung der Juden. Er umfaßt Entlassungen, „Arisierungen", d.h. Übernahme jüdischen Eigentums durch Deutsche, Lohnkürzungen und Rationierungen von Lebensmitteln. Während die Forcierung der Enteignungen den Deutschen immer weniger Gewinn abwarf, verursachte sie der jüdischen Bevölkerung immer größere Qualen und verurteilte sie zum Hungertod.

Alle vier Bereiche des deutschen Machtapparats waren in diesen Prozeß involviert, die Ministerialbürokratie und die Wirtschaft, allen voran die Dresdner Bank, zeichneten sich jedoch als Hauptakteure aus. Um die vermeintliche „jüdische Macht" zu brechen, begannen die Enteignungen mit der Entlassung von Juden aus den Ministerien, der Wehrmacht und der Industrie[12], da diese Hierarchien das Rückgrat der Vernichtungsmaschinerie bildeten. Interessanterweise — und dies wirft ein Licht auf den Antisemitismus vor 1933 — war der Entlassungsprozeß bei der Wehrmacht am einfachsten zu regeln. Sie war 1933 mit offiziell 100 000 Soldaten eine relativ kleine Organisation, vor allem aber war das preußische Militär schon immer darauf bedacht gewesen, Juden fernzuhalten. „Noch 1910 konnte in der preußischen Armee kein Jude Berufsoffizier werden, sofern er nicht seine Religion wechselte oder Arzt war." (93)

Der zentrale Eingriff, der den Juden in Deutschland jede selbständige Existenzmöglichkeit nahm, war die „Arisierung" vor allem der unabhängigen jüdischen Betriebe. Um den Verkauf zu beschleunigen und den Preis zu senken, bediente man sich bis 1938 des Käufer- und Zuliefererboykotts jüdischer Geschäfte und Betriebe sowie der Käuferabsprachen und behördlicher Genehmigungen. Die Banken spezialisierten sich auf die Vermittlung von „Arisierungen" und wurden selbst als Käufer tätig. Schließlich ging der Zwang bei den sogenannten „freiwilligen Arisierungen" so weit, daß unwilligen Juden die Ausreise verweigert und sie verhaftet wurden. 1938 nun wurde die Schließung jüdischer Arztpraxen, Rechtsanwaltskanzleien und Einzelhandelsgeschäfte angeordnet. Juden wurden administrativ gezwungen, ihre Betriebe unter Wert zu veräußern.

Profitierte von den „Arisierungen" vor allem der Wirtschaftssektor, hielt sich der Staat schadlos, indem er den Juden Vermögenssteuern auferlegte. Doch war das nicht das Ende der Enteignungen. „Während es die antijüdischen Maßnahmen der Jahre vor 1939 auf die jüdischen Kapitalien abgesehen hatten, zielten die Verordnungen der Kriegszeit auf das jüdische Einkommen ab. Von nun an nahm die Bürokratie den Juden ihre Einkünfte." (154) Juden wurden zur Zwangsarbeit herangezogen und minimal entlohnt, schließlich kürzte man die ihnen zustehenden Lebensmittelrationen auf drastische Weise. Die in Deutschland verbliebenen Juden waren „auf eine Schar hungernder Zwangsarbeiter reduziert" (163) worden.

Konzentration

Die Phase der Konzentration, im engeren Sinne die Ghettoisierung, hatte wie die vorhergehenden Stufen ihre historischen Vorgänger. Sie war insofern keine Erfindung des Nationalsozialismus, bekam aber als direkte Voraussetzung der Deportationen eine neue Qua-

lität. Die Ghettos selbst waren vor allem in Polen Orte des Massensterbens. Ziel der Deutschen war nicht der Lebenserhalt jüdischer Ghettobewohner, sondern ihr Hungertod.

Eine Maßnahme der Konzentration war die Kennzeichnung der Juden. Der „Judenstern" wies jeden Träger augenblicklich als Verfemten aus und war ein untrügliches Zeichen für das Stadium, das der Vernichtungsprozeß bereits erreicht hatte. Die Kennzeichnung wurde, obwohl bereits drei Tage nach der „Reichskristallnacht" für Deutschland vorgeschlagen, erstmals ein Jahr später in Polen eingeführt.[13] Der Konzentrationsprozeß vollzog sich in Polen zielstrebiger als in Deutschland. „Das neubesetzte polnische Territorium war in der Tat ein Experimentierfeld. Innerhalb kürzester Zeit zog die Vernichtungsmaschinerie in Polen mit der Bürokratie in Berlin gleich und überholte sie." (197)

Das erste große Ghetto, im April 1940 in Lodz errichtet, sollte zugleich alle anderen überdauern. „Die Liquidierung des Ghettos [Lodz] erforderte eine ungewöhnlich lange Zeit. Als es schließlich im August 1944 abgerissen wurde, hatte es vier Jahre und vier Monate existiert. Eine so lange Zeit überdauerte kein anderes Ghetto im von Deutschland besetzten Europa." (234) Das Warschauer Ghetto, das im März 1941 445 000 Menschen zählte, wurde nach vierwöchigem Kampf am 16. Mai 1943 endgültig aufgelöst. Bis auf wenige Ausnahmen waren alle Bewohner innerhalb von zwei Jahren ermordet worden.

Die Ghettos sollten nach deutschen Plänen von vorneherein nur Zwischenlösungen sein. Allerdings war die physische Vernichtung 1940 noch nicht beschlossen. Doch schon jetzt kam es auf das Leben eines einzelnen Juden nicht mehr an. „Stadt für Stadt setzten die Lokalbeamten den gleichen dreistufigen Prozeß in Gang. Sie wählten den geeigneten Ort für das Ghetto, erteilten ‚schlagartige' Umzugsbefehle und sperrten das Ghetto ab, sobald alle Juden einquartiert waren." (238) Die Strategie des Blitzkrieges setzte sich auch hier durch.

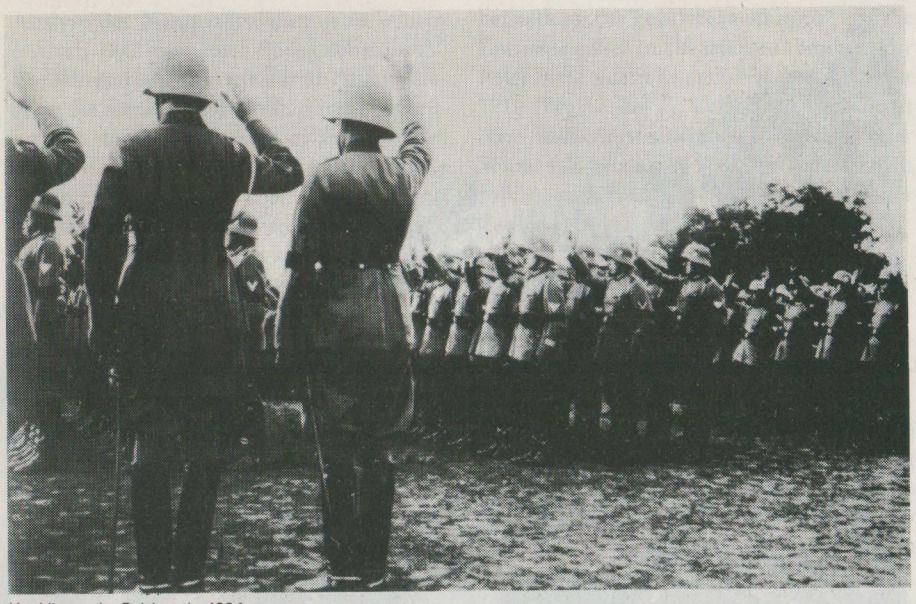
Bemerkenswert sind die Gründe, weshalb in Deutschland das Ghetto nicht eingeführt wurde. Der Hauptorganisator des Vernichtungsprozesses, Reinhard Heydrich, erhob auf einen Ghettoisierungsvorschlag des zweiten Mannes im nationalsozialistischen Deutschland, Hermann Göring, folgenden Einwand: „Das Ghetto, wo der Jude sich mit dem gesamten Judenvolk versammelt, ist in polizeilicher Hinsicht unüberwachbar. Es bleibt der ewige Schlupfwinkel für Verbrechen und vor allen Dingen von Seuchen und ähnlichen Dingen. Heute ist es so, daß die deutsche Bevölkerung — wir wollen die Juden auch nicht in dem selben Haus lassen — in den Straßenzügen oder in den Häusern den Juden zwingen [sic!], sich zusammenzunehmen. Die Kontrolle des Juden durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung ist besser, als

wenn Sie die Juden zu Tausenden und aber Tausenden in einem Stadtteil haben [...]"[14] Entsprechend wurden Juden ab 1939 in gesonderte Häuser eingewiesen, aber nicht in einem Stadtteil interniert. Das Ergebnis des Vernichtungsfeldzuges bestätigte Heydrichs Urteil über die deutsche Bevölkerung als Hilfspolizei: über 120 000 deutsche Juden wurden ermordet. In Polen jedoch stand weder eine solch zuverlässige Bevölkerung zur Verfügung noch stellten Seuchen eine Bedrohung dar, da sie Deutsche bzw. „Arier" nicht betrafen. Aufgrund zunehmender Verschlechterung der Wohnverhältnisse, mangelnder medizinischer Versorgung und Unterernährung grassierten Fleckfieber, Darmtyphus, Tuberkulose und Grippe mit tödlichem Ausgang im Ghetto.

Vernichtung

Hitler hatte im Januar 1939 — sieben Monate vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Polen — erklärt: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa."[15] Bis 1941 bewegte sich die nationalsozialistische Politik innerhalb traditioneller antisemitischer Bahnen. Ziel war die Vertreibung, der Plan, die europäischen Juden nach Madagaskar zu deportieren, wurde ernsthaft erörtert. Dieser zerschlug sich aufgrund der militärischen Lage. Doch reifte eine weit furchtbarere „Lösung" heran.[16] Zwischen Sommer und November 1941 fiel der Entschluß zur physischen Vernichtung der Juden. „Mitte 1941 war die Scheidelinie erreicht; und hinter ihr erstreckte sich ein Spektrum von Aktionen ohne Vorläufer, aber auch ohne Beschränkungen der Vergangenheit." (420) Die endgültige Vernichtung der europäischen Juden war eine deutsche Erfindung.

Bereits seit August 1941 agierten mobile Tötungseinheiten im Schutze der Wehrmacht in der Sowjetunion. Diese Einsatzgruppen hatten die Aufgabe, Juden, kommunistische Parteifunktionäre und Geisteskranke sofort zu erschießen. Schließlich betrug die Zahl der erschossenen Juden 1 300 000.



Vereidigung der Reichswehr, 1934

Die Juden im übrigen Europa tötete man auf andere Art. Sie wurden in Vernichtungslager deportiert. Die berüchtigte Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942 sicherte die Mitarbeit der Verwaltungsbürokratie an dem Ausrottungsplan. „Zwei Behörden standen im Zentrum des Deportationsprozesses: die eine relativ klein — die Abteilung IV-B-4 des RSHA [Reichssicherheitshauptamt der SS] —, die andere eine der größten — die dem Verkehrsministerium unterstehende Reichsbahn. Referat IV-B-4 unter Adolf Eichmann war für den gesamten Deportationsraum außerhalb Polens (wo sich SS- und Polizeistellen um die Auflösung der Ghettos kümmerten) zuständig. Das Verkehrsministerium mit seinen Neben- und Unterorganisationen war für den Zugverkehr im gesamten Achseneuropa verantwortlich." (462) Beide erfüllten ihre Aufgabe aufs genaueste. Schon vor der Wannseekonferenz hatten bereits Deportationen aus dem Reichsgebiet und dem Protektorat Böhmen-Mähren eingesetzt, während Juden aus dem Wartheland seit Dezember 1941 in Kulmhof (Chełmno) vergast wurden. Von nun an nahm der Umfang der Vernichtungsoperation immer größere Ausmaße an. Die Nationalsozialisten bedurften einer Form maschineller Massenvernichtung. Dies waren die Vernichtungslager.

Vernichtungslager dürfen nicht mit Konzentrationslagern verwechselt werden. Sie sind qualitativ verschieden. Diese Differenz nivelliert z.B. Hans-Martin Lohmann bei der Rezension einer kürzlich erschienen Dokumentation des nationalsozialistischen Lagersystems.[17] Lohmann schreibt: „[...] Dachau, Buchenwald, Theresienstadt, Auschwitz, Treblinka. Die Namen stehen für ein Wort: Konzentrationslager."[18] Während dies auf Dachau und Buchenwald zutrifft, war Theresienstadt als Ghetto konzipiert. Auschwitz stellte eine Kombination von Konzentrations- und Vernichtungslager dar, Treblinka aber war ein reines Vernichtungslager. Lohmanns Nachlässigkeit wird im Begriffsverzeichnis des von ihm rezensierten Buches selbst korrigiert. Dort heißt es: „Vernichtungslager werden fälschlich mit Konzentrationslagern gleichgesetzt, vielleicht deswegen, weil zwei Vernichtungslager *innerhalb* eines KZ errichtet wurden. [Dies betrifft Auschwitz-Birkenau und Lublin (Majdanek).] Konzentrationslager sind aber, ihrer Anlage und Funktion nach, Instrumente zur Massenversklavung, zur sozialen Kontrolle durch Einschüchterung und Terror, keine Apparate zur Massenvernichtung. [...] Genau besehen ist es eigentlich falsch, überhaupt von Vernichtungs*lagern* zu sprechen, Vernichtungs*zentren* wäre treffender. Denn die betreffenden Anlagen verfügten über kein ‚Lager', da ein Aufenthalt der Deportierten überhaupt nicht vorgesehen war. Die Deportierten hatten nach Verlassen der Züge nur noch wenige Stunden zu leben, sie wurden keine Lagerhäftlinge. Wenn sich diese Frist auf einige Tage verlängerte, waren das Improvisationen erfordernde Ausnahmen, gewissermaßen Betriebsstörungen, etwa Planungsfehler bei der Koordination der Deportationszüge."[19]

Alle sechs Vernichtungszentren lagen in Polen: Kulmhof (Chelmno), Belzec, Sobibor, Treblinka, Lublin (Majdanek), Auschwitz. Diese Zentren hatten „kein Vorbild, [...] keine administrativen Vorläufer" (927). Gas war das Tötungsmittel. Vor ihrer Ermordung wurden die Menschen vollständig ihres verbliebenen Eigentums beraubt. Ihnen wurden ihr weniges Reisegepäck, ihre Kleider, die sie auf dem Leib trugen, und schließlich den Frauen ihr Haar genommen. Den Leichen zog man die Goldzähne, und ihr Fett wurde zur Beschleunigung der Verbrennung ins Feuer zurückgegossen. Der Nationalsozialismus begründete „eine neue Art von Barbarei"[20]. Das osteuropäische Judentum wurde für immer zerstört. Der Zivilisationsbruch Auschwitz ist irreversibel.

Mancherorts wird behauptet, Hilberg unterstelle mit seiner Struktur einen von Anbeginn in Ziel und Richtung geplanten Prozeß.[21] Bei Hilberg selbst finden sich vereinzelt Sätze, die dieses Urteil vermeintlich bestätigen. So schreibt er: „Als zu Beginn des Jahres 1933 erstmals ein Ministerialbeamter eine Definition der Bezeichnung ‚nichtarisch' in einen Richtlinienerlaß hineinschrieb, war das Schicksal des europäischen Judentums besiegelt." (1115) Tatsächlich geht Hilberg jedoch von einem logischen Prozeß post festum aus, dessen Ergebnis während des Vollzugs keineswegs feststand. Jede folgende Stufe verlangte notwendig die ihr vorhergehende, diese aber implizierte jene nur der Möglichkeit nach. Der Prozeß war nicht vorherbestimmt, „schicksalhaft", sondern entwickelte sich durch die konkreten historischen Konstellationen. So ergibt sich nur im Nachhinein eine logische Struktur der Vernichtung. Hilberg formuliert das Paradoxe der planlosen Logik: „Der Vernichtungsprozeß entfaltete sich nach einem feststehenden Schema. Er entsprang gleichwohl keinem grundlegenden Plan." (56) Es war die erklärte Absicht des Nationalsozialismus, Juden keinerlei Rechte einzuräumen. Dies führte in der Konsequenz zu der einzigen möglichen Entwicklung über Definition, Enteignung und Konzentration zur Vernichtung, sollten die Maßnahmen zu einer unwiderrufbaren „Endlösung" führen. Zugleich ist aber erwiesen, „daß die Bürokratie keinen fertigen Plan, keine grundlegenden Richtlinien, keine scharf umrissene Vorstellung von ihrem Tun besaß." (1067)

Wie die Deutschen innovativ und fleißig den Vernichtungsprozeß immer weiter trieben, erzählt Hilbergs Buch. Das Ergebnis lautet: „Stets stellt die Vernichtungsmaschinerie einen bemerkenswerten Querschnitt der deutschen Bevölkerung dar." (1080) „So unterschied sich die Vernichtungsmaschinerie nicht grundlegend vom deutschen Gesellschaftsgefüge insgesamt." (1062)

Die Geschichte der Auslöschung der europäischen Juden endet mit den Vernichtungslagern. Hilbergs Buch aber zeichnet auch die Nachgeschichte auf: das vorgeschobene „Nicht-Wissen" der Täter, die Karriere machen, der Kampf der Opfer um materielle Unterstützung und das Desinteresse aller Nationen an einer für die Opfer günstigen Regelung. Das ganze Geschehen zeigt die Unheilbarkeit der offenen Wunde, die nur die Opfer und ihre Nachkommen schmerzt. Der objektive Gang der Geschichte erleichtert den Tätern das Vergessen. „‚Was für ein Himmel? Was für ein Gott?! Siehst du nicht, was geschieht? Siehst du nicht, daß es schon lange keinen Gott mehr gibt? Und selbst wenn', hier senkte der Alte seine Stimme, ‚dann ist er auf *deren* Seite.'"[22]

Stephan Bundschuh

1 Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, 3 Bde., aus dem Amerikanischen von Christian Seeger, Harry Maor, Walle Bengs und Wilfried Szepan, Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1990 (1351 S., 39,80 DM). Alle folgenden Zitate aus diesem Buch sind mit der Seitenzahl im Text vermerkt.

2 Hanna Krall, Schneller als der liebe Gott, aus dem Polnischen von Klaus Staemmler, Frankfurt/M. 1980, S. 52.

3 Raul Hilberg, The Destruction of the European Jews, Chicago 1961, S. V (Übersetzung von *S.B.*).

4 In den Niederlanden bestand die Spitze der Vernichtungsmaschinerie aus Österreichern; rumänische Truppen nahmen in der Sowjetunion Massenerschießungen vor; ukrainische Kollaborateure beteiligten sich an Tötungen.

5 Hilberg spricht von der Definition des *Begriffs* „Jude". Da Begriffe in der Philosophie immer einen Anspruch auf Wahrheit erheben, halte ich es für unzulässig, die nationalsozialistische Definition als eine Begriffsbestimmung zu bezeichnen.

6 Zum Nachweis der Traditionslinie eignen sich bei Hilberg hervorragend Tabelle 1 (17f.), in der antijüdische Maßnahmen des kanonischen (= Kirchen-) Rechts nationalsozialistischen Bestimmungen gegenübergestellt werden, und Tabelle 2 (20), die antijüdische Erlasse vor 1933 mit nationalsozialistischen Verordnungen vergleicht.

7 Franz Neumann, Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 -1944, hrsg. u. mit einem Nachwort „Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismusdiskussion" von Gert Schäfer, Köln/Frankfurt/M. 1977, vor allem S. 430-463; 659ff.; Neumann stieß 1936 zum Institut für Sozialforschung und hatte in den Jahren 1939 bis 1942 maßgeblichen Anteil an der Institutskontroverse um die Beurteilung des Nationalsozialismus. Hilberg, 1939 aus Österreich in die USA emigriert, war ab 1948 Schüler von Neumann.

8 Raul Hilberg, Sonderzüge nach Auschwitz, aus dem Amerikanischen von Gisela Schleicher, Mainz 1981, Taschenbuch: Frankfurt/M./Westberlin 1987.

9 Zitiert nach Hilberg, Vernichtung . . ., a.a.O., S. 37

10 Zitiert nach Helmut Krausnick, Judenverfolgung, in: Hans Buchheim u.a., Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, Freiburg 1965, S. 283-448, hier S. 308.

11 Siehe hierzu auch Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Königstein/Ts./Düsseldorf 1979, S. 140-144: „Zur Problematik der Nürnberger Gesetze: Der Widersinn eines ‚rassischen Rechts'".

12 Im Unterschied zu den italienischen Faschisten nahm die NSDAP prinzipiell keine Juden auf.

13 Die Verordnung vom 23. November 1939 besagte, daß alle Juden in Polen ab dem zwölften Lebensjahr eine weiße Armbinde mit blauem Davidstern zu tragen hätten.

14 Zitiert nach Hilberg, Vernichtung . . ., a.a.O., S. 176.

15 Zitiert nach Hilberg, Vernichtung . . ., a.a.O., S. 411.

16 Siehe zur Komplexität dieses Übergangs auch U.D.Adam, Judenpolitik, a.a.O., S. 253-258; 303-316; Saul Friedländer schreibt: „Für die Zeit zwischen 1938 und 1941 lassen sich vier verschiedene Aspekte der nationalsozialistischen Politik unterscheiden: a) Hitlers Androhungen der Vernichtung, die Ende 1938 begannen und in bekannten Diskussionen mit ausländischen Staatsmännern, in öffentlichen Reden wie derjenigen vom 30. Januar 1939 sowie in Diskussionen mit engen Beratern nach der Niederwerfung Polens geäußert wurden; b) eine gleichzeitige Politik zwangsweiser Auswanderung und Vertreibung, die in gewisser Weise auch den Madagaskar-Plan und die Vertreibung von Juden aus der Saarpfalz und Baden in das unbesetzte Frankreich einschloß; c) eine Politik der Konzentrierung im Generalgouvernement [. . .]; d) mehrere begrenzte Vernichtungsmaßnahmen gegen Juden oder andere Gruppen, einschließlich der Aktionen der Einsatzgruppen in Polen und des ‚Euthanasie-Programms'." (Saul Friedländer, Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung, in: Eberhard Jäckel/Jürgen Rohwer (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg. Entschlußbildung und Verwirklichung, Frankfurt/M. 1987, S. 18-60, hier S. 57f. Anm. 93).

17 Das nationalsozialistische Lagersystem, hrsg. v. Martin Weinmann, Frankfurt/M.: Zweitausendeins 1990 (1328 S., 33.- DM); mit Glossar, Zeittafel, Einleitung und Gesamtverzeichnis versehen wird hier der vom „International Tracing Service" in den Jahren 1949-1951 herausgegebene „Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-occupied Territories" reproduziert. Bis heute ist es das umfangreichste Verzeichnis der nationalsozialistischen Lager geblieben, auch wenn die Lager, die vor dem 1. September 1939 geschlossen wurden, nicht erfaßt und auch im Zeitraum von 1939-1945 Fehleinstufungen von Lagern oder Lücken zu finden sind.

18 Hans-Martin Lohmann, Archiv der Opfer, in: *FR* vom 8.1.1991, S.8.

19 Das nationalsozialistische Lagersystem, a.a.O., S. LXXIX.

20 Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971, S. 1.

21 So z.B. U.D. Adam, Judenpolitik . . ., a.a.O., S. 16.

22 Hanna Krall, Schneller als der liebe Gott, a.a.O., S. 137.

Die vorliegende Gesamtgeschichte des Holocaust ist »...Quelle für den Spezialisten, Analyse für den Theoretiker und Geschichtsbuch ohnegleichen für das allgemeine Publikum.« *The Sunday Times*

Das Standardwerk über den Holocaust

Bd. 4417 1354 Seiten DM 39,80

Wenn das Wort *Standardwerk* überhaupt noch einen Sinn hat, dann muß man Hilbergs berühmte Gesamtgeschichte des Holocaust als solches bezeichnen. In einer durchgesehenen und erweiterten Ausgabe liegt es nun als dreibändige Taschenbuchausgabe vor. Das Thema dieses Werkes sind die Täter, der Plan, das Tatschema, die Tat selbst, ihre Vorbereitung und Durchführung. Mit *Kühle und Präzision, die den großen Chronisten auszeichnen* (Süddt. Zeitg.), weist Hilberg die Verwicklung und Beteiligung der Führungseliten in Staatsverwaltung, Industrie und Wehrmacht bei der Judenvernichtung nach und entschlüsselt zudem den Tätertypus.

IN ALLEN BUCHHANDLUNGEN

Fischer

Interview mit Raul Hilberg

diskus: *Ihr Werk „Die Vernichtung der europäischen Juden" endet 1961 wie 1990 mit den Sätzen: „Das Judentum sieht sich dem letzten Waffenaufgebot gegenüber. Es verfügt über wenige Abschreckungsmittel. Die Juden können jetzt freier leben. Sie können auch schneller sterben. Der Gipfel ist in Sicht. Unten hat sich ein Abgrund aufgetan." In der Ausgabe von 1982 schließt der Satz an: „In einem umfassenderen Sinne sind dies die Aussichten, die in unserem gefährlichen Jahrhundert der gesamten Menschheit bevorstehen." Dieser Satz ist nun gestrichen. Warum?*

Raul Hilberg: Das letzte Kapitel ist selbstverständlich sehr schwierig, weil es über die heutige Zeit geschrieben ist. Vor dem Jahre 1933 konnte man mit Kompromissen weiterleben. Auch wenn man nicht gerade Gleichheit hatte, konnte man doch unter jedem Gesetz, egal mit welcher Existenz, leben. Jetzt muß man bedenken, daß die Vernichtung wichtigste Werte in Frage stellte. Man kann entweder nur als Gleichberechtigter oder aber in großer Gefahr leben. Sonst gibt es keine Mittelwege mehr. Denn wenn man annimmt, daß man das machen kann und das nicht, daß das erlaubt ist und das nicht, ist man schon in Gefahr. Heutzutage sieht man das ein, verschiedene Regierungen sehen das ein. Sie haben auch aus diesem Grund die Gleichheit aller Menschen anerkannt. Zur selben Zeit aber muß zugestanden werden, daß mit heutigen Methoden viel mehr Unheil angerichtet werden könnte. Wenn sich heute eine Regierung die Aufgabe stellen würde, einen Teil der Bevölkerung nicht nur zurückzudrängen, sondern ganz aus dem Wege zu räumen, so wäre das heute viel leichter als vor fünfzig Jahren. Das ist es, was die Welt bedroht.

Ich habe diesen letzten Satz dann deshalb wieder ausgelassen, weil der Kalte Krieg zu Ende ging und ich dachte: vielleicht ist doch wieder etwas mehr Hoffnung als Gefahr zu registrieren. Aber das ist eine Ungewißheit in meinem Kopf.

Deutschland hat schon gezeigt, was möglich wäre und da kann man vieles nachahmen. Als Beweis, als Phänomen, als Geschichtsbeispiel bleibt dies immer.

In dem Interview mit Alfons Söllner sprechen Sie davon, daß Sie sich zwar nicht auf Franz Neumanns „Behemoth" direkt beziehen, aber diese Untersuchung doch eine Grundlage für Ihre Arbeit darstellte. Sie gehen aber nun viel tiefer, weil Sie unter die Herrschaftseliten: Wirtschaft, Verwaltung, Heer und Partei, die Neumann als Stützen des NS-Staates benennt, eine „deutsche" Mentalität legen. Sie sprechen zum Beispiel davon, daß „der deutsche Täter kein besonderer Deutscher war".

Wenn man dagegen den altbekannten Spruch setzt, daß der größte Teil der deutschen Bevölkerung „nichts gewußt habe", wie ist dann diese „Differenz in der Mentalität" zu sehen? Welche Unterschiede bestehen zwischen Neumann und Ihnen?

Es gab eine Differenz. Neumann war von Haus aus, also von Frankfurt aus, ein Sozialist. Er glaubte an Gewerkschaften, glaubte an die Arbeiterbewegung. Er hat vielleicht als erster anerkannt, vielleicht nicht als Marxist, aber immerhin als Schüler von Larsky, daß in Regierungsschichten Unternehmen nicht ausgelassen bleiben dürfen, daß besonders in der Hitler-Zeit große Firmen auf eigene Faust an dem Verbrechen mitwirkten. Das war für mich sehr wichtig. Seine These von vier solchen Säulen war sehr wichtig, was auch nach dem Krieg in den Nürnberger Prozessen deutlich wurde. Sogar die Dokumente wurden dort so eingeteilt. Darin sah ich einen wissenschaftlichen Fortschritt. Aber auch deswegen sagte ich mir, wenn auch viele Leute, man sagte immer die Mehrheit, nichts wußte oder wenig wußte — aber doch vieles ahnte —, so muß man nur in die Bürokratie eindringen und sieht jede Schicht an der Arbeit. Nehmen Sie zum Beispiel die Ordnungspolizei, der Schupo von der Straße, oder nehmen Sie die Reichsbahn. Diese Eisenbahner waren sozusagen nicht Nationalsozialisten, das war keine ideologische Organisation, das war nicht das Reichssicherheitshauptamt. Dennoch haben sie den Großteil der Opfer zur Hinrichtungsstätte gebracht und: bewußt. Wer waren diese Leute? Das hat auch nichts damit zu tun wie viele es waren, sondern damit, daß, wer immer für diesen Zweck gebraucht wurde, sich dazu hergeben konnte. Das was das Wichtige. Denn die ganze Maschinerie, die Verwaltung, war keine Sache, wo sich dieser oder jener dazu gemeldet hatte. Doch immer wenn jemand gebraucht wurde, war er bereit mitzuwirken. In jeder Organisation, ich meine in absolut jeder, haben alle bis auf wenige Ausnahmen mitgewirkt.

Häufig wird argumentiert, die Juden hätten sich dem Vernichtungsprozeß widerstandslos ergeben. Unterstellen wir einmal, diese Aussage sei nicht als Denunziation oder „Entschuldigung" für eigenes Versagen der Deutschen gemeint, so wird damit gesagt, selbst wenn der Kampf aussichtslos gewesen wäre, hätte er aus Gründen der moralischen Selbstachtung geführt werden müssen. Marek Edelmann aber, der führend am Aufstand im Warschauer Ghetto beteiligt war, soll einmal gesagt haben, daß es leichter gewesen sei zu schießen, als schweigend in den Tod zu gehen. Der Tod in der Gaskammer besitze die gleiche Würde wie der Tod im Kampf.

Marek Edelmann hat recht. Denn das Nichtkämpfen war eine Strategie und das hat nichts mit Feigheit oder Mut zu tun gehabt. Man sagte sich in den verschiedenen Judenräten in Polen, in Deutschland, überall, wenn man Widerstand leiste, dann würde es noch ärger werden. Es wurde angenommen, daß die Deutschen irgendwo haltmachen würden. Vielleicht werden sie bei der Ausbeutung haltmachen, vielleicht daß nur die Alten und nicht die Jungen getötet würden. Es war eine Strategie, den „Kern" des Volkes zu retten. Man wollte keinen Grund

LISTEN
JORDANSTRASSE 14
6000 FRANKFURT 90
5 JAHRE
LISTEN
VIERMAL IM JAHR:
DM 20,–
ÜBER 1200 BUCHBESPRECHUNGEN, INTERVIEWS UND ESSAYS · HEFT 1-20: DM 100,–
(GEGEN VORKASSE)
GEGEN BEIGELEGTES RÜCKPORTO IN BRIEFMARKEN VON DM 1,80 SCHICKEN WIR GERNE EIN PROBEHEFT.

liefern, damit dann die SS hätte sagen können: diese Juden müssen alle getötet werden, weil sie Widerstand leisten. Diesen Grund wollte man nicht liefern. Doch es wurde übersehen, daß die Deutschen diesen Grund gar nicht brauchten, weil sie sich schon entschlossen hatten, das Judentum zu vernichten. Es handelt sich also um eine Verkennung der deutschen Strategie. Nun, wenn Edelmann sagt: es war leichter zu kämpfen als wehrlos in die Gaskammer zu gehen, hat er vollkommen recht. Wer hat denn gekämpft? Es waren die Jüngeren, die keine Kinder hatten. Wann hat man in Warschau gekämpft? Es war im April 1943, als nur noch 60000 Juden übrig waren. Nur ein Prozent davon waren Kinder. Da war das Kämpfen schon leichter. Denn nun mußte man sich nicht mehr sagen, wenn gekämpft wird, müssen vielleicht auch die Kinder sterben. Die waren schon tot. Der Vater mit Familie, der vielleicht schon als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg gekämpft hat, sagte sich: ich könnte vielleicht da raus und schießen. Aber erstens mit was und zweitens was passiert dann mit meiner Familie? Das war zum Beispiel ein Problem in Wilna. Dort gab es eine Untergrundorganisation unter den Juden und der Chef des Judenrates, selbst ein Offizier der litauischen Armee, wußte genau, daß geplant wurde, Widerstand zu leisten. Aber den Führern der Widerstandsbewegung sagte er, daß sie abzuwarten hätten. Er war nämlich der Meinung: wenn wir brav arbeiten, werden wir geschont. Wenn ihr zu kämpfen beginnt, so werdet ihr euch vielleicht selbst retten, weil ihr in die Wälder fliehen könnt. Dann aber bleiben die anderen zurück. Und wenn einer zurückbleibt, ist das auch eine Tat. Denn individuell hat er das Schwierigste gemacht. Er hat sich entschieden bei der Familie zu bleiben, was immer auch passieren wird. Deswegen sagt Edelmann, daß das Kämpfen leichter gewesen wäre und damit hat er recht.

Saul Friedländer zum Beispiel zieht bei dem Problem des Erklärens eine Grenze. Er sagt, zur Shoah gibt es zwar kausale Erklärungen, aber wir besitzen keine Kategorien des Verstehens. Sie, wenn ich es richtig verstanden habe, gehen doch nun noch weiter, wenn Sie sagen, daß dieses Ereignis auch nicht zu erklären ist. Diese Grenze scheint doch schon ein methodisches Problem für den Historiker zu sein, der das Material sammelt. Was war für Sie der Grund? Das Sammeln der Dokumente allein kann es doch nicht sein, oder?

Doch. Denn schon von 1948 an sagte ich mir, alles was ich bis dahin gelesen hatte, war für mich unbefriedigend gewesen. Ich konnte das so nicht schlucken. Da habe ich mir die Frage gestellt: wie hat sich dieser Vorgang zwischen 1933 und 1945 detailliert in allen Einzelheiten vollzogen und entwickelt? Als ich die ersten Dokumente versucht zu analysieren, sah ich, daß es sich nicht um eine einzige Entscheidung handelte, sondern um viele tausende. Man muß bedenken, daß bis 1941 kein Plan und kein Entschluß vorlag. Dieser Entschluß kam nur, weil man sonst stecken geblieben wäre. Deswegen sagte ich mir, auch wenn ich nichts anderes leiste, ist es wichtig, die Sache wenigstens so zu sehen, wie sie die Täter selbst verstanden haben. Was waren diese Gedankengänge, die dann zu der Tat übergesprungen sind? Wie konnten sie sich selbst zurechtfinden? Ja, sie haben einen Weg gefunden. Aber die Frage: warum denn, das ist eine viel tiefere Frage.

Doch eine Singularität?

Man könnte sagen, ja. Hier war eine historische Tat, die sollte unvergleichbar sein, als einzelne Tat.

Für wen unvergleichbar?

Für die Täter. Und das waren Deutsche, die haben schon Geschichte gelernt, wie eben Hegel sie lehrte. Ob man jetzt links oder rechts steht, der Urgroßvater bleibt Hegel. Hegel sagte ganz deutlich, daß die Seiten der Geschichtsschreibung, die so gut wie nichts enthalten, die Seiten über den Frieden wären. Es ist die Geschichte der Täter.

Wenn man das „Warum" der Tat nicht erklären kann, kann denn dann überhaupt aus der Geschichte gelernt werden? Ist es nicht so, daß die Frage des Warums erst spätere Generationen dazu befähigen könnte, rechtzeitig einzugreifen?

Reichsparteitag der NSDAP, 1934

Man kann schon lernen, aber es ist eben nicht alles zu lernen. Ich versuche einmal zu sagen, was schon gelernt wurde. Für Regierungen zum Beispiel, die nicht in die Rolle solcher Täter rutschen wollen, ist es sehr notwendig, Diskriminierungen abzuschaffen. So hat sich zum Beispiel der amerikanische Präsident Truman im Jahre 1950 entschieden, das amerikanische Heer, das damals noch in Schwarze und Weiße aufgeteilt war, zu verändern. Er sagte ganz deutlich, daß er Diskriminierungen von Regierungsseite aus nicht dulden werde, weil man jetzt weiß, wo das enden könnte. Was sieht zum Beispiel eine Minorität, zumindest die Judenschaft? Der Verfolgungswahn mag bei deutschen und anderen Völkern eine Krankheit sein. Für die Juden ist er eine Medizin. Wenn man sich zum Beispiel fragt, was für eine Strategie Israel befolgt, so sieht man, daß sie auf dem Holocaust-Erlebnis aufgebaut ist. Man darf sich auf die Welt nicht verlassen. Die Welt kommt einem nicht zu Hilfe. Das sieht man heute. Wenn man über wenig Gewalt verfügt, so ist es besser, als überhaupt keine Gewalt zur Verfügung zu haben. Man muß sich wehren.

Worin besteht Ihrer Meinung nach die historische Kontinuität und worin der qualitative Unterschied der antijüdischen Politik des Nationalsozialismus?

Es besteht eine Kontinuität, die allerdings nicht als Wiederholung angesehen werden darf. Man hat zum Beispiel wieder alte Gesetze ins Reichsgesetzbuch aufgenommen. Das alte bewährte antijüdische Moment hatte sich zu Beginn der dreißiger Jahre wieder gezeigt. Bis 1939 war noch nichts Neues passiert. Dann aber kommt die „Endlösung". Sie war das Neue. Das war bisher noch nicht da gewesen. Aber diese

„Endlösung" hätte ohne die Vorbereitung nicht möglich sein können. Man kann ein Volk nicht aus der Umgebung herausreißen. Überall waren Leute, die schon in die Gesellschaft integriert waren. Sie hatten Verträge abgeschlossen, hatten eine Rolle in der Wirtschaft, waren Ärzte. Gerade diese Beziehungen mußten abgebrochen werden. Man mußte zusätzlich alles sehr präzise machen, damit das deutsche Volk nicht geschädigt wird. Deshalb hat der Staatssekretär Pfundtner zum Beispiel gefragt: Haben wir überhaupt genug Ärzte, wenn der Krieg ausbricht? Dann geht man daran, die Mischehen zu behandeln, was macht man mit den Alten. All das mußte schon geklärt werden, bevor es zur Vernichtung kam. Dazu brauchte man die ganze Vorgeschichte. Die Hauptsache war doch: die „Endlösung" ohne wichtige Kosten zustande zu bringen.

Ihr Buch ist ja deshalb so interessant, weil es strukturell und nicht chronologisch vorgeht. Stimmt es, daß aber die Logik der Vernichtung erst im Nachhinein als Logik erkennbar wurde?

Richtig. Das war nicht vorgezeichnet. Uwe Adam hat das in seinem Buch „Judenpolitik im Dritten Reich" auch geschrieben. Es war eine eingebaute Logik. Nehmen wir ein ganz gewöhnliches Beispiel aus der Reichsbahn. Was muß man alles tun, bevor die Sonderzüge so problemlos abgefertigt werden konnten. Man muß schon ganz bestimmte Vorbereitungen getroffen haben, sonst geht das nicht. Die Tarife, die Bereitstellung der Züge und so weiter. Ich behaupte, die Juden waren doch ein Bestandteil der Bevölkerung und wenn man sie herausgerissen hätte, dann wäre eine Lücke entstande. Man mußte also schrittweise vorgehen. Natürlich dachte man 1933 noch nicht an eine physische Vernichtung. Bis zum Ausbruch des Krieges dachte man noch an eine Auswanderung, richtiger Vertreibung.

In einem Gespräch mit Alfons Söllner erwähnen Sie die Arbeit an einem neuen Buch mit dem Titel: „Verfolger-Opfer-Zuschauer", das sich mehr mit den Menschen als mit der Struktur des Vernichtungsprozesses befasse. Könnten Sie uns etwas über den Inhalt dieses Buches sagen?

Wenn man die deutschen Täter beschreiben will — damit habe ich angefangen, weil ich nicht glaube, daß man etwas über den Holocaust sagen kann, wenn man nicht zuerst die Täter beschreibt —, muß man die Dokumente gebrauchen. Außer im Gericht gab es nur wenige Aussagen von deutscher Seite. Nehmen Sie die Fülle der Bücher. Wo gibt es eines, wo beschrieben wird: So war es, als ich ein Täter war. Höß war da eine Ausnahme. Aber gewöhnlicherweise findet man die Aussagen der Täter nur in den Dokumenten. Das hat seine Schwierigkeiten, aber so ist es. Nun, wenn es zu den Opfern kommt, gibt es nur sehr wenige Dokumente. Selbst die Anweisungen und Ausführungen in den Ghettos waren meistens Berichte an die deutsche Verwaltung beziehungsweise an die Aufsichtsbehörde, wie man das nannte. Das wurde schon für deutsche Ohren geschrieben. Wir haben nicht einmal die interne Korrespondenz des Warschauer Ghettos. Wir finden also, mit wenigen Ausnahmen, nur die Berichte der Judenräte. Zum Beispiel von Lublin existieren noch die Protokolle der Sitzungen des Judenrates. Das sind Ausnahmen.

Wenn man also über die Opfer schreibt, hat man nur die Erinnerungen der Opfer. Das ist eben das Gegenteil zu den Tätern. Denn wenn man über die Täter schreibt, sind es die offiziellen Dokumente, wenn man über die Opfer schreibt, sind es die Erinnerungen.

Jetzt in diesem neuen Buch versuche ich, einen Teil über die Täter zu schreiben, der wiederum auf erneuten Dokumenten beruht, zum Beispiel Personalakten oder auch Aussagen vor Gericht. Dann versuchte ich über die Opfer zu schreiben, was ziemlich schwer war. Nehmen wir ein Kapitel: die Kinder. Sie schrieben keine Dokumente und nur wenige Briefe. Aber ich habe es dennoch versucht. In diesem Rahmen sind im neuen Buch einige Kapitel über die Opfer und über die Zuschauer, die auch geschwiegen haben.

Welche Hoffnungen oder Befürchtungen haben Sie beim Gedanken an das wiedervereinigte Deutschland?

Bleiben wir lieber bei den Befürchtungen. Wer soll diese Wiedervereinigung befürchten? Das jüdische Volk? Kaum. Außer in Frankreich ist in Europa kein jüdisches Volk mehr vorhanden. Bald wird es auch aus der Sowjetunion verschwunden sein. Furcht müßten in erster Linie die Polen haben. Denn es sind die polnischen Gebiete, die als erstes wohl wieder begehrt würden. Zwar nicht in den nächsten paar Jahren, aber wer weiß. Ich weiß, daß die hiesige Regierung versprach, diese Gebiete nicht zu beanspruchen. Ich glaube an diese Versicherung. Andererseits müssen mit der ehemaligen DDR genug Probleme gelöst werden. Denn es wird Milliarden kosten und Jahre dauern, bis der Lebensstandard sich eventuell angeglichen hat — und wenn man dann noch in das Industriegebiet Schlesien vorstoßen würde, dann würde es noch schlimmer. Was will man also damit.

Würden Sie einen Zusammenhang zwischen Ausländerfeindlichkeit, die immer mehr zunimmt, und Antisemitismus sehen?

Es gab immer so etwas wie Ausländerfeindlichkeit hier in Deutschland, das gibt es auch in Frankreich und anderen Ländern. Vielleicht ist in Deutschland oder auch in Frankreich sehr schwierig zu erkennen, daß es in der Geschichte immer Wanderungen gegeben hat. So waren Deutsche mal Franzosen oder Holländer oder Polen. Das zeigen viele Namen von Leuten, die selbst an hohen Stellen der Diplomatie und Bürokratie stehen. Schon die Weimarer Republik hatte Schwierigkeiten mit Kindern aus Mischehen.

In den USA, wo die Mischehen schon zum Alltag gehören, fällt es kaum noch jemand ein, das als Problem zu sehen. Die Umstellung, was Vorurteile gegenüber Rassen betrifft, kann sehr schnell vorgehen. Denn jede jüngere Generation kann die Menschen annehmen. Das sieht man auch dort.

Warum verwenden Sie den Begriff der Rasse zur Einteilung der Menschheit? Max Weber zum Beispiel hat den Begriff der Rasse als unwissenschaftlich abgelehnt, weil er nicht fixierbar sei. Selbst der Nationalsozialismus hat genau gezeigt und Sie zeigen das ja selbst in ihrem Buch, daß Definitionen des Begriffs Rasse zum Beispiel juristisch nicht möglich sind.

IG Farben-Werk Höchst

Selbstverständlich. Aber es gibt Rassen. Die Schwarzen sind schwarz und die Gelben sind gelb und die Weißen sind weiß. Das sind Rassen, weil man an der Hautfarbe erkennt, daß die Leute anders ausschauen. Nun, diese physischen Merkmale kann jedes Kind beobachten, aber es hat überhaupt keine Bedeutung. Doch wenn man einen Juden als Juden erkennen will, so sind die eben erwähnten Merkmale nicht erkennbar. Die Nationalsozialisten hatten ihre Schwierigkeiten, die Juden als Rasse zu definieren. Deshalb haben sie den Arier definiert als jemanden, der arische Vorfahren hatte, Juden als jemanden, der jüdische Vorfahren hatte, der der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört. Das hat die Partei schon aus einem Vorfall von 1932 gelernt. Goebbels organisierte in diesem Jahr einen Schlägertrupp, der Juden nach dem Verlassen der Synagoge in der Fasanenstraße in Berlin verprügeln sollte. Aber er hatte sich verkalkuliert. Der Schlägertrupp kam zu spät und hat die falschen Leute verprügelt.

Auf diese äußeren Merkmale hin sind die Juden keine Rasse und werden erst von den Nationalsozialisten als Rasse angesehen.

Was wundert, ist schon, daß Sie den Begriff der Rasse so verwenden. Denn wenn man zum Beispiel ein Studienfach wie „Rassenhygiene", das in der Zeit des Nationalsozialismus auch hier an der Frankfurter Universität gelehrt wurde, sich vergegenwärtigt, dann ist doch der Begriff der Rasse eindeutig besetzt. Die Kritik, die meines Erachtens zu recht besteht, lautet doch, daß mit der Verwendung solcher Begriffe bereits andere Bedeutungsgehalte mittransportiert werden sollen.

Ich glaube, daß der Begriff Rasse von den Nazis übernommen wurde aus der Kolonialzeit und von den Imperialisten des 19. Jahrhunderts. Die Nazis sagten immer, daß „der Jude" sich nicht ändern kann. Assimilieren geht nicht: er kann Christ werden und ist trotzdem Jude, er kann Deutscher werden, bleibt aber Jude. Jude bleibt Jude. Warum bleibt er Jude? Weil es eine Rasse ist. So sagten die Antisemiten im 19. Jahrhundert: Wenn eine Kuh im Pferdestall geboren wird, so ist sie noch kein Pferd. So hat man auch über die Juden gesprochen. Sie können sich gar nicht ändern. Schwarze, Asiaten schauen anders aus und man definierte sie über diese Äußerlichkeiten als Rasse. Die Nazis haben dies nun auch für die Juden übernommen. Wenn man die Dokumente anschaut, so ist es fast unglaublich, wie von den Nazis über eine Definition des Andersseins Hierarchisierungen, „Höherrangigkeiten" von Nationalitäten vorgenommen wurde. Das sind alles Hirngespinste. Schließlich werden gewisse kulturelle Unterschiede zu physischen uminterpretiert und daraus wird dann eine „Rasse" gemacht. Das ist der Rassismus.

Herr Prof. Hilberg, vielen Dank für das Gespräch.

(Das Gespräch mit Raul Hilberg führten Stephan Bundschuh, Thomas Kieseritzky und Peter-Erwin Janssen)

Wir wissen leider nicht, was dieser Mann* zur Zeit liest.

Wir wissen aber, daß viele andere Gefangene keine Möglichkeit haben, regelmäßig Zeitungen zu bekommen. Machen Sie bitte mit, diesen Gefangenen zu ihrem Recht zu verhelfen, und

Spenden Sie ein Freiabonnement!

an:

Freiabonnements für Gefangene e.V.
Dominicusstraße 3, W-1000 Berlin 62
Tel: 030 / 784 75 96, Berl. Volksbank
BLZ 100 900 00, Konto-Nr. 26 011 604

Bitte geben Sie Ihre vollständige Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

* Erich Mielke

FREIABONNEMENTS FÜR GEFANGENE E.V., DOMINICUSSTR.3, 1000 BERLIN 62, TEL. 030/784 75 96

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Kennwort/Zeitung .....

Kontoinhaberin (Adresse) .....

.....

.....

Bank .....

Konto-Nummer .....

Bankleitzahl .....

Ich gestatte dem Verein Freiabonnements für Gefangene e.V., DM ..... jährlich von meinem Konto abzubuchen. Diese Erklärung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum, Unterschrift

Das Elend marxistischer Philosophie

Zu Etienne Balbiar, Immanuel Wallerstein: „Rasse Klasse Nation"

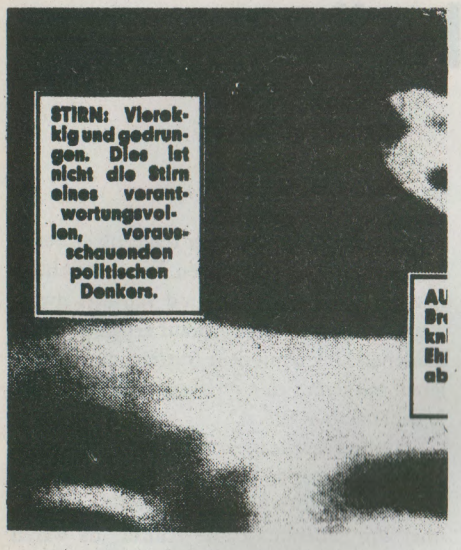
Früher war der Rassismus immer woanders. Entweder ortete man ihn räumlich in Amerika und Südafrika oder zeitlich bei den Ideologen des späten 19. Jahrhunderts oder der nationalsozialistischen Ideologie

von den „Untermenschen". Auch für die Kritiker des Rassismus sind Apartheid und Nationalsozialismus Referenzpunkte geblieben, aber der Rassismus ist in Europa dem Alltagsleben inzwischen auf die Pelle gerückt. Rassistische Schemata prägen die Wahrnehmung der Welt in den Massenmedien. Der ganz alltägliche Rassismus wird kaum noch geleugnet. Aber wenn er schon als gegenwärtige Tatsache zugegeben wird, dann werden als seine Verursacher wie als seine Exponenten immer die anderen bestimmt. Als Rassist alten Stils, der ins Auge sticht wie der von Sartre geschilderte Onkel, gibt sich kaum einer mehr öffentlich zu erkennen. Offensichtlich ist der Rassismus nicht, wie eine aufklärerische Utopie verspricht, verschwunden; doch seine Veränderung ist evident. Der veränderte gewöhnliche Rassismus bringt auch den aus der Geschichte der europäischen Linken altbekannten Antirassismus in Schwierigkeiten. Er korrespondierte noch mit dem bürgerlichen Assimilationsideal, das durch die Praxis der bürgerlichen Gesellschaft selbst zerstört wurde.

Ideologien, die längst gestorben scheinen, kehren in jüngster Zeit wieder. Wenn man einmal Deutschland nicht als den Nabel der Welt betrachtet, wie es Nationalisten und Antinationalisten in Deutschland zu tun belieben, fällt die Tatsache auf, daß sich in allen fortgeschritteneren kapitalistischen Ländern seit gut einem Jahrzehnt eine Neue Rechte etabliert, die mit populistischen Methoden nicht nur dem Konservativismus, sondern auch der traditionellen Linken Schwierigkeiten macht. Immigration kristallisiert sich zum gesellschaftlichen Konfliktpunkt, an dem Stichwörter wie Nation, Rasse, Kultur und Identität aufleuchten. Kürzlich erschienen Untersuchungen aus den achtziger Jahren von Immanuel Wallerstein aus New York und Etienne Balibar aus Paris, die ihre Studien unter dem lapidaren Titel „Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten" zusammenfaßten. Beide Autoren prägten seit Jahren die internationale marxistische Diskussion. Balibar arbeitete in jungen Jahren bei Louis Althussers legendärem Projekt „Lire le Capital" mit, und Wallerstein schuf mit seinem dreibändigen Werk „The Modern World System" ein soziologisches Standardwerk. Wallerstein und Balibar nähern sich den Phänomenen von Rasse, Klasse und Nation von unterschiedlichen Ausgangspunkten, gelangen jedoch zu erstaunlichen Konsequenzen. Beide nehmen die Veränderungen des modernen Kapitalismus ebenso ernst wie die Veränderung der Bewußtseinsformen, in denen die Gesellschaft wahrgenommen wird. Allerdings muß man sich in die Begrifflichkeit vor allem Balibars erst einmal einlesen, um den Wert seiner Studien goutieren zu können.

Balibar konzentriert sich auf das Neue am Rassismus, den er im Unterschied zum traditionellen Rassismus den „differentialistischen Rassismus" nennt. Der differentialistische Rassismus greift die Argumente auf, die gegen die Universalisierung eurozentrischer Weltbilder vorgebracht wurden. Das Recht auf Differenz, das einst mühsam nicht nur dem aufklärerischen Universalismus, sondern auch dem traditionellen Marxismus abgetrotzt werden mußte, erscheint nun plötzlich als Vorstufe einer modernisierten rassistischen Argumentation: Claude Lévi-Strauss als Vorläufer von Le Pen? Kulturelle Differenz wird auf jeden Fall argumentativ zur Voraussetzung eines drohenden Ethnozids gemacht, doch der differentialistische Rassist verkehrt die Bedrohung, die von der Universalisierung der europäischen Gesellschaft ausging, in eine Gefahr kulturellen Untergangs für das Abendland. Balibar versucht die Veränderung im Rassismus in immer neuen Definitionen: „Von der Theorie der Rassen bzw. des Kampfes der Rassen in der Menschheitsgeschichte — ganz gleich, ob diese auf biologische oder auf psychologische Grundlagen zurückgeführt wurden — wird der Übergang zu einer Theorie der ‚ethnischen Beziehungen' (oder auch der ‚race relations') innerhalb der Gesellschaft vollzogen, die nicht die rassische Zugehörigkeit, sondern das rassistische Verhalten zu einem natürlichen Faktor erklärt. Der differentialistische Rassismus ist also, logisch betrachtet, ein Meta-Rassismus bzw. ein Rassismus, den wir als ‚Rassismus in zweiter Linie' kennzeichnen können, d.h. ein Rassismus, der vorgibt, aus dem Konflikt zwischen Rassismus und Antirassismus seine Lehren gezogen zu haben, und sich selbst als eine politisch eingriffsfähige Theorie der Ursachen von gesellschaftlicher Aggressivität darstellt."

Ein Dilemma, das Balibars und Wallersteins Rassismuskritik kompliziert, besteht in der



Unklarheit, ob sie den Rassismus als Theorie oder mehrere Theorien ernst nehmen wollen, als Ideologie analysieren oder als alltägliches Praxismuster begreifen wollen. Ebenso wie die Nation schillert die Kategorie der Rasse in dem jeweiligen historisch-gesellschaftlichen Kontext. Ihren Oszillationen läßt sich mit dem definitorischen Verfahren nicht beikommen, das beide anwenden. Rassismus wird zu einer umfangslogischen Kategorie, unter die alle historischen und gesellschaftlichen Spezifitäten subsumiert werden. Die Schwäche dieser Argumentationsweise zeigt sich deutlich, wenn Balibar den Antisemitismus zur Illustration des Rassismus heranzieht. Der Antisemitismus wird als Spezialfall unter den Rassismus subsumiert — als differentialistischer Rassismus par excellence. Damit haftet der Balibarschen Typologie etwas Rationalistisches, seltsam Ungeschichtliches an. Im Grunde genommen scheint sich Balibar auf Alltagsdiskurse zu beziehen, denen er versucht, einen theoretisch akzeptablen, doch kritikablen Hintergrund zu verleihen. Mit umgekehrtem Leninismus behauptet er steif und fest: „Es gibt in der Tat ohne Theorie(n) keinen Rassismus."

Balibar wie Wallerstein betonen die manipulative Seite von Rassismus und Nationalismus, ihre Funktionalität für die Aufrechterhaltung der Herrschaft. In dieser Allgemeinheit läßt sich das nicht abstreiten; aber zugleich gerät die einseitige Betonung der Funktionalität in die Nähe einer Verschwörungstheorie. Das herrschende Subjekt wird personengleich dämonisiert. Fiktive Kollektivsubjekte entstehen: Als ob „der" Rassismus hassen und verfolgen würde! Von einer einheitlichen herrschenden Klasse wagen weder Balibar noch Wallerstein zu reden. Aber tatsächlich machen Abstraktionen bei ihnen Geschichte. Unter den kategorischen Typologien stößt man auf eine Ontologie von Arbeit und Klasse als sicherem Fundament. Ein theoretischer Rap dance wird in kategorialen Rit-

terrüstungen aufgeführt, die grauenhaft klirren, wenn sie sich der gesellschaftlichen Empirie nähern.

Es liegt auf der Hand: Rasse und Nation sind keineswegs eindeutige Begriffe, sondern ihnen sind die Widersprüche der Aufklärung inhärent. Aber seit dem 18. Jahrhundert unterliegen sie auch einer historischen Dialektik, die selbst noch in der alltäglichen Wahrnehmung der Gegenwart präsent ist. Der von Balibar vehement zurückgewiesene Begriff „Vorurteil" enthält mehr von der historischen Dynamik als seine Typologien. Der Zusammenhang von Universalismus und rassistischem, nationalistischem und sexistischem Partikularismus entbehrt jeder gesellschaftsgeschichtlichen Konkretion, die doch die Probe aufs Exempel wäre. Die rapide Veränderung der Klassengesellschaft auf dem Boden der Klassengesellschaft selbst und die damit einhergehende Entwertung der Arbeit verändert den Bedeutungszusammenhang der vorgestellten Kategorien, die nach Balibar und Wallerstein zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft oszillieren. Aber auch dieser gute Einfall kommt nicht zur Entfaltung, sondern wird in das Konzept ambivalenter Identität eingesperrt. Balibar und Wallerstein reduzieren die Ambivalenz nahezu auf ihre Herrschaftsfunktionalität, ohne deren kollektive wie individuelle Produktionsbedingungen zu untersuchen. Vor diesem Hintergrund wirken die Unterschiede von Klasse an sich und für sich scholastisch, wenn unerklärlich bleibt, warum in die unterdrückte Klasse Rassismus und Nationalismus eindringen. Wallerstein ordnet Sexismus und Rassismus als Funktionen einer abstrakten ökonomischen Rationalität zu, die man nur als modellhafte Konstruktion akzeptieren kann.

Im Vergleich zur marxistisch-leninistischen Scholastik der Vergangenheit wirken die Analysen von Balibar und Wallerstein lebhaft. Sie sind offen gegenüber den im Vergleich zur Bundesrepublik spannenderen theoretischen Nationalismus- und Rassismusdiskussionen in Frankreich und im angloamerikanischen Raum. Diese Offenheit zwingt die Autoren, die Kategorien von Rasse und Nation nicht statisch zu handhaben; aber der Hang, unbrauchbare verbale Neuschöpfungen wie „Rassisierung" und „Ethnisierung" zur Erklärung von Alltagsphänomenen heranzuziehen, deutet auf eine falsche negative Sinngebung hin. Ohne Reflexion auf die Psychodynamik lassen sich die Triebkräfte nicht erkennen, die unterdrückte Menschen dazu bringen, irrationale, gewalttätige Praktiken einer rationalen Interessenwahrnehmung vorzuziehen. Der sympathische Versuch, in einer Weltgesellschaft ohne Alternative die Möglichkeit marxistischer Kritik zu begründen, erstarrt in positivierten Lehrformeln, die manchmal eine heimliche Bewunderung für den Massenerfolg rassistischer Ideologen kaum verbergen: „Ein praktischer Humanismus muß heute zuallererst ein affektiver An-

tirassismus sein." Marxistische Kritik fällt in anständige Gesinnung zurück — selbst bei den klügsten Marxisten im Westen läßt sich das Elend einer marxistischen Philosophie nicht verheimlichen, die nicht von der „Dialektik der Aufklärung" sich selbst in Frage stellen läßt.

Detlev Claussen

Donnerstag, 10. Januar 1991 Nr. 8/2 C 5845 A 60
BIG
UNABHÄNGIG · ÜBERPARTEILICH
FRANKFURT
Leser-Telefon 069/29 20 41

„Tausendundeine Nacht"

Europäische Legenden über den Islam

Die Sarazenen, ein beschnittenes Volk, das in der Gegend des Kaukasus lebte, waren zu zahlreich geworden. Sie griffen deshalb zu den Waffen und stürzten sich auf die Provinzen des Kaisers Heraklius. Die Sarazenen drangen rastlos immer weiter vor, wobei sie, ihrer Gewohnheit gemäß, die Provinzen des Reiches verwüsteten. Unter den Kaisern Konstanz und Constantin, die Heraklius folgten, richteten die Sarazenen schreckliche Verwüstungen an."

So sprach etwa 30 bis 40 Jahre nach Beginn der islamischen Eroberungen ein burgundischer Geschichtsschreiber. Es war im 7. Jahrhundert unserer Zeitrechnung. Die Araber, im Abendland Sarazenen genannt, hatten bereits die Provinzen des christlichen Byzanz, Syrien und Palästina, erobert.

Das Abendland sah im Islam einen feindlichen Glauben, der in entfernten Regionen des Orients dem Christentum riesige Gebiete entriß. Die islamischen Völker galten im Abendland als heidnische Barbaren, die die christlichen Länder plagten. Man machte sich wenig Gedanken über die Araber.

Schon lange gab es Kenntnisse über die Sarazenen, lange bevor der Islam eine bedeutende Religion wurde. Eine Weltbeschreibung aus dem 4. Jahrhundert hält beispielsweise fest: „Mit dem Bogen und durch Raub beschaffen sich die Sarazenen alles, was sie zum Leben benötigen."

Die Gelehrten studierten an ihrem Namen herum und glaubten, er sei von Sarah, der Frau Abrahams abgeleitet. Während doch nach der Bibel die arabischen Stämme von Hagar abstammten, der Magd, die mit ihrem Sohn Ismael in die Wüste gejagt worden war. Dieser Widerspruch wurde zu einem Hauptproblem. Doch es gab auch wichtige Gemeinsamkeiten zwischen beiden Religionen: den Glauben an einen einzigen Gott, an das Prophetentum, an Lohn und Strafe im Jenseits.

Deshalb sah die christliche Kirche im Islam eine Abspaltung. Der Prophet Mohammed galt als „Betrüger" und „falscher Prophet". Martin Luther sagte über Mohammed: „Er ist ein Zerstörer unseres Herren Christi und seines Reiches und der Islam ist ein Irrglauben, darin auf einem Haufen alles Greuel, aller Irrtum, alle Teufel liegen."

In seinem Buch „Das Islambild im Mittelalter" faßt der englische Historiker Richard Southern die anti-islamische Haltung des europäischen Mittelalters zusammen: „Wenn die europäischen Autoren sich als erstes fragten, was für eine Art Mensch Mohammed war und warum er Erfolg hatte, so gelangten sie meist zu der Erkenntnis, er sei ein Magier gewesen, der mit Zauberkraft und Schlauheit die Kirche in Afrika und Asien vernichtete und seinen Erfolg dadurch gefestigt habe, daß er sexuelle Freiheit und Vielweiberei gestattet habe."

Neben den religiösen, halbwegs gelehrten Schriften gegen Mohammed und den Islam, entstanden im Zeichen der Kreuzzüge, die Ende des 11. Jahrhunderts begannen, auch eine Reihe volkstümlicher Werke, in denen sich die Autoren mit dem Leben Mohammeds beschäftigten. Sie ließen dabei ihrer Phantasie freien Lauf, um die Neugier des breiten Publikums anzustacheln und den religiösen und politischen Bedürfnissen jener Zeit Rechnung zu tragen. Ein sonderbares Beispiel hierfür ist der Mahon-Roman, der im 13. Jahrhundert sehr beliebt war: „Mahon oder Mohammed, einem Kardinal der römischen Kirche, ist der Heilige Stuhl verweigert worden. Er lehnt sich gegen die Kirche auf, flieht nach Arabien und gründet dort eine neue, anti-christliche Religion, den Islam."

Der literarische Höhepunkt solcher phantastischen Erzählungen fand sich im Gesang der Troubadours, der französischen Minnesänger. Für die französischen Minnesänger war Mohammed der Hauptgott der Sarazenen. Mit Vorliebe erzählten sie die Geschichte von seinem angeblich jämmerlichen Tode: Schweine hätten den Betrunkenen auf einem Misthaufen gefunden und aufgefressen. Auch die Reiseberichte von Handelsleuten oder heimgekehrten Kreuzrittern besagten mehr über die Einbildungskraft der Autoren als über die Wirklichkeit der islamischen Welt.

Die Legende von der „Mörder-Sekte", die Marco Polo streute, war in Europa bereits bekannt. Der Gesandte des Kaisers Barbarossa hatte 100 Jahre zuvor berichtet: „In den Regionen von Damaskus, Aleppo und Antiocheia ist eine Gruppe von Moslems ansässig, die die Einheimischen Hessessini nennen. Die Hessessini sind Anomisten. Sie essen, entgegen den islamischen Sitten Schweinefleisch und wohnen jedem Weibe bei, auch ihrer eigenen Mutter oder Schwester. Ihr Emir ist von dem muslimischen Fürsten genauso gefürchtet, wie von den christlichen Königen, denn er pflegt seine Feinde auf geheimnisvolle Weise zu beseitigen. Er besitzt hoch auf den Bergen mehrere prächtige Burgen und Schlösser, die jeweils von hohen Mauern umringt sind. Hier werden ausgesuchte Bauernsöhne einer strengen Erziehung unterzogen. Sie lernen schon als Kind verschiedene Sprachen, wie Latein, Griechisch, Arabisch und weitere. Vor allem lernen sie, ihrem Emir zu gehorchen. Ist einer von ihnen zum Manne gereift, wird er zum Emir gebracht. Dieser fragt, ob er bereit sei, seine Befehle zu befolgen. Er wirft sich seinem Herren zu Füßen und schwört ewige Treue und Gehorsam. Darauf erhält er einen goldenen Dolch mit dem Auftrag, diesen oder jenen mit dem Emir verfeindeten Fürsten ins Jenseits zu befördern."

Während für die meisten Europäer die Muslime nur Heiden, Barbaren, Plünderer und Mörder waren, wußten nur wenige näheres über ihr Leben und ihre Kultur. Es waren nämlich die Muslime, die antike Philosophen, wie Sokrates, Platon und Aristoteles entdeckt und übersetzt hatten. Die griechische Philosophie wurde dann aus der arabischen Sprache ins Lateinische übersetzt und so den abendländischen Gelehrten zugänglich gemacht. Im islamischen Cordoba gab es um 950 etwa 80 öffentliche Schulen, deren Besuch kostenlos war und mehr als 20 öffentliche Büchereien für das breite Publikum. Im christlichen Abendland konnten zur gleichen Zeit nur die Mönche lesen und schreiben. So mancher Kalif besaß eine Bibliothek mit mehr als 400000 Bänden, während die meisten christlichen Fürsten nicht einmal eine Urkunde lesen konnten. Islamische Zentren, wie Cordoba, Bagdad, Samarkand oder Kairo zählten um das Jahr 1000 etwa eine Million Menschen, während Metropolen der Christenheit, wie Paris, Mailand oder Venedig — sogar 300 Jahre später, um das Jahr 1300 — nicht mehr als 100000 Einwohner hatten.

Erst mit der Aufklärung im 18. Jahrhundert änderte sich das europäische Bild von der islamischen Welt. Die europäischen Aufklärer des 18. Jahrhunderts waren erklärte Gegner der Kirche, oft Gegner des Christentums überhaupt. Man versuchte nun, die mit dem Christentum konkurrierenden Religionen ohne Vorurteile zu betrachten. Für fremde Religionen wurden sogar Sympathien entwickelt. Unbewußt glaubte man in ihnen Werte einer neuen Weltanschauung zu finden. Bald wurde die unparteiische Betrachtung von Bewunderung abgelöst. Im osmanischen Reich, dem islamischen Nachbarn Europas, fanden nämlich verfolgte Juden und Christen aus der ganzen Welt Zuflucht.

Ende des 18. Jahrhunderts galt das osmanische Reich als strahlendes Vorbild religiöser Toleranz. Der Islam wurde nun als Religion der Vernunft angesehen, als eine Religion, die nur wenig Aberglaube zuließ. Im 18. Jahrhundert schaute Europa wahrhaft brüderlich und verständnisvoll auf den islamischen Orient. Die Muslime galten als Menschen, wie alle anderen auch und in vielen Fällen sogar als den Europäern überlegen.

Eine ganze Reihe europäischer Gelehrter und Dichter trug im Zeitalter der Aufklärung zum besseren Verständnis des Islam bei: zum Beispiel der englische Historiker Gibbon, die französischen Philosophen Voltaire und Montesquieu, die deutschen Dichter Lessing und Herder, vor allem aber Goethe. In seinem „West-Östlichen Diwan" und in „Mahommets Gesang" verlieh Goethe seiner Bewunderung für den Propheten bleibenden Ausdruck. Orientkenner versuchten aufgrund ihrer Kenntnis islamischer Schriften dem Propheten und seinem werk gerecht zu werden. Der deutsche Islam-Spezialist Jakob Reiske schrieb Mitte des 18. Jahrhunderts: „Viel Wunderbares gibt es in der orientalischen Geschichte, das der menschliche Verstand nicht ergründen kann. Ein armer und verachteter Mensch, wie Mohammed es war, erwarb durch seine Frömmigkeit und seine anderen Tugenden solche Macht, daß er kaum geringer als Gott selbst von einem großen Teile des bewohnten Erdkreises verehrt wird — ist es nicht wunderbar. Derselbe zähmte ohne Gewalt und bildete durch gute Sitten ein wildes und unbezwingliches Geschlecht; er stiftete eine Religion, welche die christliche wie mit Besen aus dem Orient fegte. . . . Dies alles, sage ich, geschah nicht ohne höhere Fügung."

Die zur Zeit der europäischen Aufklärung verbreitete tolerante Sicht gegenüber dem Islam war von kurzer Dauer. Mit Beginn der kolonialen Eroberungen im 19. Jahrhundert nahm der Westen gegenüber dem islamischen Orient erneut eine feindliche Haltung ein. Zwei Richtungen zeigte diese Haltung: rassistische Verachtung für andere Völker und Kulturen und ein romantischer Hang zum Fremdartigen. Trotz äußerer Widersprüchlichkeit ergänzten sich diese beiden Richtungen vollkommen.

Mit Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich eine erdrückende wirtschaftliche, technische, militärische und politische Überlegenheit des Westens gegenüber dem Orient. Nach und nach wurden die islamischen Länder zu direkten Kolonien der europäischen Mächte: wie Marokko, Tunesien und Libyen — oder sie wurden dem europäischen Einflußbereich einverleibt wie das Osmanische Reich oder Persien.

War es im Mittelalter religiöser Haß, so breitete sich im 19. Jahrhundert rassistische Verachtung gegen die Völker des Ostens aus. Man sprach nicht mehr von „Heiden" wie im Mittelalter, sondern von „Wilden" und „Barbaren" und nannte die Menschen nun auch noch „minderwertig". Minderwertige, die aus der Sicht der Europäer zivilisiert werden sollten.

Die Vorstellung von den Barbaren, die nur darauf warten, von den weißen Europäern aus ihrer Unwissenheit und Wildheit herausgeführt zu werden, kommt am besten in der Literatur der Kolonialzeit zum Ausdruck. So schreibt zum Beispiel der französische Dichter André Chateau-Briand 1810 über die Orientalen: „Sie wissen nichts über die Freiheit, haben keinen Anstand, Gewalt ist ihr Gott. Wenn sie für lange Zeit allein sind, ohne Eroberer zu sehen, haben sie das Gehabe von Soldaten ohne Führung, Bürgern ohne Gesetzgeber und einer Familie ohne Vater."

Wer den Orientalen Führer, Gesetzgeber und Vater sein soll, kommt in einem Gedicht des Engländers Kipling zum Ausdruck:

„Hier, dies ist der Weg, den die Weißen Männer einschlagen,
Wenn sie daran gehen, ein Land zu roden -
Das Eisen unter den Füßen und den Wein über ihren Köpfen.
Und Abgründe zur rechten und linken Hand
Wir sind diesen Weg gegangen — einen nassen und windigen Weg -
Unser Leitstern war unser Führer.
Oh, der Welt geht's gut, wenn die Weißen Männer
sich Seite an Seite ihren Weg bahnen!"

Im 19. Jahrhundert galt der islamische Orient als Feind, aber als ein in absehbarer Zeit besiegter Feind. Die Kolonialisierung der islamischen Länder war in vollem Gange. Die Türken zogen sich aus den Balkanländern zurück. 1830 war Griechenland endgültig von der Türkenherrschaft befreit. Der Orient, ganz eindeutig der europäischen Überlegenheit ausgeliefert, erregte nun Mitleid gerade durch seine Schwäche.

Es ist leicht und angenehm, dem Feind, der kapituliert, die Ehre zu erweisen. Nun konnte man sich, ohne Gefahr, für die Orientalen begeistern, die den Europäern immer noch wild und barbarisch vorkamen.

Bereits um 1800 war so etwas wie ein Orient-Fieber ausgebrochen. Alles Orientalische wurde zur Kunstrichtung, Lebensform und Mode zugleich. Vor allem Ägyptisches war sehr beliebt. Man sprach von „Ägyptomanie". Dabei spielte der ägyptische Feldzug Napoleons im Jahre 1798 eine entscheidende Rolle. Der Orient wurde zum Fluchtpunkt aus der Enge des bürgerlichen Lebens im Abendland. Die europäischen Dichter und Maler suchten im Orient das Wunderbare und Märchenhafte. Faßt man die Stimmung der Gemälde und Bücher zusammen, die sich im 19. Jahrhundert mit dem Orient befaßten, so ergibt sich das folgende Bild: Farbenfrohe Städte, Pracht und barbarische Wildheit, Harem und Serail, abgehackte Köpfe, Frauen, die in Säcken in den Bosporus geworfen werden, runde blaue Kuppeln und weiß aufragende Minarette, schöne Sklavinnen und dicke Eunuchen, weiß gewandete Derwische, gutmütige Sultane und böse Wesire, kühle Quellen unter Palmen, Christen mit aufgeschlitzten Kehlen und gefangene Europäerinnen, die den stürmischen Leidenschaften der Sieger preisgegeben sind. Ein Bild aus „Tausendundeiner Nacht", das übrigens bereits in alle europäischen Sprachen übersetzt war.

Diese farbenprächtigen Bilder befriedigten auf billige Art und Weise niedrige Instinkte, verworrene sexuelle Phantasien und Wünsche der westlichen Bürger. Wenn Europäer in den Orient reisten, suchten sie dort diese Bilder. Sie wählten das Merkwürdige, Sonderbare aus und übergingen das, was nicht zur vorgefaßten Meinung paßte. Ein Schulbeispiel hierfür sind Reiseberichte des französischen Dichters Gustave Flaubert aus Ägypten: „Um die Menge zu unterhalten, nahm Mohammed Alis Spaßmacher eines Tages eine Frau in einem Kairoer Bazar, setzte sie auf den Verkaufstisch eines Geschäftes und liebte sie öffentlich, während der Geschäftsbesitzer ruhig seine Pfeife rauchte."

So schrieb Flaubert Mitte des 19. Jahrhunderts. In fast allen orientalischen Erfahrungen Flauberts zeigt sich eine Verknüpfung zwischen Orient und erotischen Phantasien. „Auf der Treppe steht, uns zugewandt, im vollen Lichte eine Frau in rosa Hosen, mit dem blauen Himmel als Hintergrund. Um den Leib trägt sie nur einen Schleier von tiefem Violett. Sie kam gerade aus dem Bade. Ihr fester Busen duftete frisch, es war ein Duft, wie von süßlichem Terpentin. Kuchiouk Hanem ist ein großes prächtiges Weib, heller als eine Araberin. Sie stammt aus Damaskus. Ihre Haut, besonders am Körper, ist leicht kaffeebraun. Wenn sie sich hinsetzt, hat sie bronzene Wülste um den Leib. Ihre Augen sind schwarz und übermäßig groß, ihre Brauen sind schwarz. Sie hat langgeschlitzte Nüstern, bereite, kräftige Schultern, volle Brüste, einen Adamsapfel."

Flaubert war keine Ausnahme. Für die europäischen Männer war der Orient der Ort erotischer Phantasien und sinnlicher Erfahrungen. So berichten fast alle europäischen Schriftsteller, die in der Zeit nach 1800 den Orient bereisten, über ihre sexuellen tatsächlichen oder erfundenen Abenteuer. Ein weiteres Beispiel ist hier Pierre Loti, der französische Dichter und Diplomat am osmanischen Hof: „Die türkischen Frauen, besonders die vornehmen Damen, nehmen es mit der Treue, die sie ihren Gatten schulden, wenig genau. Die grausame Bewachung durch manche Männer und die Furcht vor Züchtigung sind, um sie zu zügeln, unentbehrlich. Stets müßig, von Langeweile verzehrt, sind sie im Stande, sich dem erstbesten hinzugeben, dem Diener, der in ihre Fänge gerät oder, wenn er schön ist und ihnen gefällt, dem Schiffer, der sie spazierenfährt. Alle sind sehr neugierig auf die europäischen jungen Männer, die daraus manchmal Nutzen zögen, wenn die Umstände einem solchen Versuch günstig wären. Meine Stellung in Istanbul, meine Kenntnis der türkischen Sprache und Gebräuche — meine abgelegene Tür, die sich lautlos in ihren alten Angeln dreht — waren für solche Art Unternehmen von besonderem Vorteil; und mein Haus hätte ohne weiteres der Treffpunkt schöner Müßiggängerinnen der Harems werden können, wäre mir daran gelegen gewesen."

Die politische und wirtschaftliche Unterlegenheit der islamischen Welt beflügelte auch die christlichen Missionare. Sie sahen im Erfolg der europäischen Länder einen Sieg des Christentums und in der Schwäche des Orients eine endgültige Niederlage des Islam. Die Missionare waren der Ansicht, das Christentum begünstige von Natur aus den Fortschritt und der Islam dagegen die Rückständigkeit.

Der mittelalterliche Haß gegen den Islam und seinen Propheten wurde nun in moderner Sprache vorgetragen. Ein besonders bezeichnendes Beispiel lieferte noch im Jahre 1910 der belgische Jesuitenpater Henri Lamars, der die katholische Islamforschung über längere Zeit maßgeblich beeinflußte. Sein Urteil über Mohammed lautete: „Gerade er, der berühmte Faulpelz, wagte zu behaupten, daß er oft einen großen Teil der Nacht im Gebet verbrachte! Diesen Begriff der ‚nächtlichen Gebete' hat er in der Tat von den christlichen Asketen gestohlen, dann hat er ihn in den Koran geschmuggelt. Aber nie hat er sich darum gekümmert, so etwas in der Praxis durchzusetzen. . . . Mohammad, jener Bourgeois, verwöhnt und nach Bequemlichkeit trachtend, feiger und gewalttätiger Kaufmann, der zu jedem Lug und Trug bereit war, der Meuchelmörder organisierte und leitete . . ."

Obwohl das 20. Jahrhundert bereits angebrochen war, sah man den Islam in Europa erneut als eine Verschwörung des Satans gegen die Christenheit. Die katholische Kirche in Frankreich urteilte über den Islam: „Er ist eine Verschwörung der Muslime, Juden und Freimaurer unter dem Befehl des Teufels — gegen Fortschritt und Wahrheit."

Insbesondere hielt man die religiösen Bruderschaften der Muslime für gefährliche Organisationen, die sich von einem barbarischen Haß gegen die Zivilisation leiten ließen. In der populären Presse, in Romanen und Kinderbüchern wurde diese Sichtweise einem breiten Publikum in Europa nahegebracht.

Der Erste Weltkrieg erschütterte das Selbstvertrauen der europäischen Zivilisation. Die Revolutionen und Bewegungen, die gegen die europäischen Kolonialherren in den islamischen Ländern entstanden waren, brachten die europäische Vorherrschaft ins Schwanken. Der Widerstand der islamischen Völker gegen den europäischen Kolonialismus bewirkte in kleinen aber einflußreichen Kreisen des Westens eine Veränderung des Bildes von der islamischen Welt. Doch die große Mehrheit der Europäer sah im Versuch der islamischen Länder, sich von der europäischen Kolonialherrschaft zu befreien, erneut eine Bedrohung der westlichen Zivilisation: „Sie können ihre Wildheit schlecht beherrschen — ihr Widerstand gegen uns Europäer ist entfesselter Fanatismus."

Ahmad Taheri

Das Licht

von Mohammed Mrabet

Hadidan Aharam wurde zum Günstling des Pascha und durfte in seinen Gärten Unkraut jäten. Eines Tages kam ein Sklave zu Hadidan Aharam und verkündete, der Pascha verlange nach ihm. Als er den Palast betrat, saß der Pascha inmitten seines Gefolges.

„Es ist Winter, nicht wahr?" sagte der Pascha

„Ja", antwortete Hadidan Aharam. „Es ist kalt".

„Traust du dir zu, eine Nacht nackt auf dem Dach zu verbringen, ohne ein Feuer?" fragte der Pascha und sah in an. „Wenn du das fertigbringst, darfst du dir wünschen, was du willst. Aber ich bezweifle es."

„Ich schaffe es", sagte Hadidan Aharam.

„Bist du sicher?"

„Ganz sicher."

Als es Abend wurde, zog sich Hadidan Aharam aus und begab sich auf das Dach, wo er zitternd die dunklen Stunden verbrachte und darüber nachdachte, um was er den Pascha bitten sollte, wenn der Morgen kam. In der Dämmerung sah er ein winziges Licht in der Ferne flackern. Es war so weit weg, daß es auf der anderen Seite der Meerenge in Spanien hätte sein können.

Am Morgen lief er hinunter und holte bei den Dienern seine Kleider ab. Dann begab er sich zum Pascha, der wieder unter seinen Freunden saß.

„Guten Morgen. Du hast also tatsächlich die Nacht nackt auf dem Dach verbracht. Bist du sicher, daß nirgendwo ein Feuer gebrannt hat?"

„Nein, Sidi. Es gab kein Feuer."

„Du hast wirklich die ganze Nacht nichts gesehen?" fragte der Pascha und warf ihm einen strengen Blick zu.

„Doch, Sidi. Ich habe ein winziges Licht gesehen, aber ich weiß nicht, wie weit es entfernt war."

Aha, also doch! Sehr bedauerlich. Du solltest ohne Feuer auskommen. Nein, nein, nein."

Hab Dank, Sidi." Hadidan Aharam ging zurück zu seiner Gartenarbeit und dachte daran, wie der Pascha sich vor dem ganzen Gefolge über ihn lustig gemacht hatte. Am Ende des Tages ging er heim und setzte sich zu seiner Mutter.

Als erstes zog er seine Kifpfeife hervor und rauchte. Dann erzählte er ihr, warum er in der Nacht zuvor nicht nach Hause gekommen war und was der Pascha ihm angetan hatte.

„Ich muß ihm eine Lektion verpassen", sagte er.

Er ließ eine Woche verstreichen, dann bat er, zum Pascha vorgelassen zu werden.

„Sidi", sagte er. „Ich gebe ein Abendessen und will dich und alle deine Freunde einladen."

Der Pascha wußte um Hadidan Aharams vorzügliche Kochkünste und sagte, er werde die Einladung mit Freuden annehmen.

Als der Tag gekommen war, erschienen der Pascha und ein großer Teil seines Gefolges vor Hadidan Aharams Haus. Während sie hereinkamen, nahm Hadidan Aharam ihnen die Burnusse ab und brachte sie in ein Nebenzimmer. Als alle Gäste vor der Tür ihre Babouches ausgezogen und sich hingesetzt hatten, steckte Hadidan Aharams Mutter Burnusse und Babouches in zwei Säcke und eilte zum Markt. Dort verkaufte sie alles an einen Händler und kaufte von dem Erlös das Essen.

Während sie fort war, brachte Hadidan Aharam Tabletts und Gläser, Gebäck und Zucker, Minze und Tee. Dann hockte er sich neben die Kohlenpfanne und zündete ein Feuer an. Da er nur ein kleines Stückchen Kohle nahm, war die Flamme sehr klein. Und statt den Kessel auf das Feuer zu setzen, hängte er ihn sorgfältig an eine kurze Kordel, die von der Decke herabhing.

Die Gäste saßen da und warteten auf den Tee. Nach einer langen Zeit stand der Pascha auf und trat zu der Ecke, wo Hadidan Aharam neben dem Feuer hockte. „Was ist mit dem Tee?" frage der Pascha.

Hadidan Aharam versuchte, mit dem Blasebalg das Feuer anzufachen. Es war erloschen, nur die Asche wirbelte auf.

„Was ist mit dem Feuer passiert? Was machst du?"

„Das Feuer ist hier", antwortete Hadidan Aharam, und wies auf die Kohlenpfanne.

„Und der Kessel? Wo ist der Kessel?" rief der Pascha.

Hadidan Aharams sah zur Decke auf.

Der Pascha warf einen Blick auf den Kessel über seinem Kopf und sagte: „Und du meinst, so würde das Wasser je kochen?"

„Warum nicht, Sidi? Wenn ein Licht in Spanien einen Mann auf deinem Dach zu erwärmen vermochte."

Der Pascha starrte ihn an. Die anderen, die das Gespräch mitangehört hatten, brachen in lautes Gelächter aus.

Der Pascha setzte sich und lachte mit ihnen, während Hadidan Aharam ein richtiges Feuer anzündete und Tee kochte. Er servierte *majoun* und gab ihnen Kif zu rauchen, und als seine Mutter mit dem Essen zurückkam, waren alle bester Laune.

„So", sagte Hadidan Aharam. „Hier kommt euer Essen."

Die Gäste verschlangen das Mahl. Als sie aufbrechen wollten, suchten sie vergeblich nach ihren Burnussen und Babouches. „Was hast du damit gemacht?" fragten sie Hadidan Aharam.

„Tut mir leid, aber ihr habt sie gegessen", antwortete er. „Ich sagte euch doch, daß es euer Essen ist."

Seine Gäste waren jedoch so bekifft, daß ihnen keine Antwort einfiel. Sie bedankten sich bei Hadidan Aharam und machten sich barfuß und ohne ihre Burnusse auf den Heimweg.

„Das Licht" ist der Titel einer Kurzgeschichte aus Mohammed Mrabets Geschichtenband über den Schelm Hadidan Aharam, der voraussichtlich im Herbst bei Maro in Augsburg erscheinen wird. Der Autor stammt aus dem Rif in Marokko und lebt heute in Tanger.

Für die Übersetzung aus dem Englischen („Harmless Poisons, Blameless Sins" bei Black Sparrow) danken wir Roberto de Hollanda.

Von Mohammad Mrabet erschien 1987 im Maro Verlag „M'Hashish, Geschichten aus Marokko".

KONKRET IM FEBRUAR

Das blöde Sterben im Staub
Detlef zum Winkel über die deutsche Friedensbewegung und andere Golf-Kriegsgewinnler

Gorbimausi
Hermann L. Gremliza über eine Liebe zu Litauen

Terror von Staats wegen
Jan Philipp Reemtsma über die Folter als Mittel der politischen Willensbildung

Leben wir auf Kosten der Dritten Welt?
Eine Kontroverse zwischen den Ökonomen Jörg Goldberg und Kurt Hübner

Der Ball ist deutsch
Dietrich Schulze-Marmeling über Fußball unter nationalsozialistischer Regie

Nette Chaoten von nebenan?
Oliver Tolmein über die Hamburger Hafenstraße

Außerdem kommen zu Wort:

Karl **Anton & Vororth,** Claudia **Burgsmüller,** Lea **Fleischmann,** Abdallah **Franghi,** Georg **Fülberth,** E. Fernández **Huidobro,** Ernst **Kahl,** Heike **Kleffner,** Wolfgang **Pohrt,** Maria **Puschner,** Nora **Räthzel,** Mauricio **Rosencof,** Claudia **Roth,** Michael **Scharang**

Ich bestelle KONKRET
als StudenIn, SchülerIn, Wehrpflicht- oder Zivildienstleistender zum ermäßigten Preis von DM 5,10 monatlich mit jährlicher Verlagsrechnung.

Name, Vorname

Straße/Platz etc.

PLZ/Ort

☐ **Bequem und bargeldlos durch 1/2jährlichen Bankeinzug (DM 30,60)**

Bankleitzahl (bitte vom Scheck abschreiben)

Kontonummer

Geldinstitut

☐ **Jahresrechnung** (12 Hefte KONKRET jährlich DM 61,20)
Bitte keine Vorauszahlung leisten – Rechnung abwarten

Eine Ausbildungs- bzw. Dienstbescheinigung habe ich beigefügt.

Datum/Unterschrift Bitte hier unterschreiben

Vertrauens-Garantie: Ich weiß, daß ich die Vereinbarung innerhalb einer Woche bei der Bestelladresse widerrufen kann und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum/Unterschrift Bitte unbedingt hier unterschreiben!

Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird.

Coupon bitte einsenden an:
KONKRET Leserservice , Postfach 103245, 2000 Hamburg 1 (Frau Klein 040/ 232223)

AB SOFORT IM ZEITSCHRIFTENHANDEL